

N i e d e r s c h r i f t

über die 136. bis 139. - öffentliche - Sitzung (Reise)

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

vom 13. bis 16. April 2026

Brüssel

Tagesordnung:

Seite:

Reise des Ausschusses für Haushalt und Finanzen nach Brüssel

<i>Gespräch mit Matthias Ecke, Mitglied des Europäischen Parlaments, zu aktuellen haushalts- und steuerpolitischen Themen</i>	<i>4</i>
<i>Gespräch mit Jens Michel, Präsident des Sächsischen Rechnungshofs, und Jan-Christoph Oetjen, Mitglied des Europäischen Parlaments, über die Tätigkeit der Europäischen Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens (EURORAI)</i>	<i>4</i>
<i>Gespräch mit Ralph Schmitt-Nilson und Eike Klapper (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der EU-Kommission) über strategische Industriepolitik und Bürokratieabbau</i>	<i>5</i>
<i>Gespräch mit Dr. Anne Schädle und Christian Friemann (Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der EU-Kommission) über die Kapitalmarktunion und Entwicklungen im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung.....</i>	<i>6</i>
<i>Gespräch mit Albert Rädler (Generaldirektion Steuern und Zollunion der EU-Kommission) über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Steuerbereich</i>	<i>7</i>
<i>Gespräch mit Peer Horstmann und Sören Schmidt (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO) über die Tätigkeit der NATO.....</i>	<i>7</i>
<i>Gespräch mit Mitarbeitern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union über die Planungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2028 bis 2034</i>	<i>8</i>
<i>Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Generaldirektion für</i>	

<i>Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission über die Agrarförderung der Europäischen Union</i>	<i>8</i>
<i>Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion und der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der EU-Kommission über die EU-Regionalpolitik sowie die Prüfung der Verwendung von EU-Geldern</i>	<i>9</i>
<i>Gespräch mit Alexander Schäfer und Leonie Schwall (Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der EU-Kommission) über die Überprüfung des Solvency-II-Regelwerks</i>	<i>10</i>
<i>Round-Table-Gespräch mit Vertretern deutscher Industrieunternehmen und -verbände zur europäischen Industriepolitik</i>	<i>10</i>
<i>Gespräch mit Philipp Mohl und Hauke Vierke (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission) über die Umsetzung neuer EU-Fiskalregeln</i>	<i>11</i>
<i>Gespräch mit Vertretern der Generaldirektion Steuern und Zollunion der EU-Kommission zu den Themen vermögensbezogene Steuern und Steuerlücken</i>	<i>11</i>

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD) (136. und 137. Sitzung)
3. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
4. Abg. Jörn Domeier (SPD)
5. Abg. René Kopka (SPD)
6. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
7. Abg. Reinhold Hilbers (i. V. der Abg. Melanie Reinecke) (CDU)
8. Abg. Jörn Schepelmann (CDU) (136. und 137. Sitzung)
9. Abg. Ulf Thiele (CDU)
10. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
11. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE) (137. bis 139. Sitzung)
12. Abg. Jürgen Pastewsky (i. V. des Abg. Peer Lilienthal) (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Regierungsrat Dr. Schmidt-Brücken, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer:

13. April 2026: 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr, 19:30 Uhr bis 20:00 Uhr,
14. April 2026: 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr, 13:15 Uhr bis 16:35 Uhr,
15. April 2026: 09:00 Uhr bis 13:05 Uhr, 14:30 Uhr bis 17:00 Uhr,
16. April 2026: 09:00 Uhr bis 11:20 Uhr.

Tagesordnung:

Reise des Ausschusses für Haushalt und Finanzen nach Brüssel

Gespräch mit Matthias Ecke, Mitglied des Europäischen Parlaments, zu aktuellen haushalts- und steuerpolitischen Themen

Matthias Ecke, Mitglied des Europäischen Parlaments (S&D-Fraktion) und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für Steuerfragen, gibt dem Ausschuss einen Überblick über aktuelle haushalts- und steuerpolitische Entwicklungen auf europäischer Ebene. Dabei geht er neben den Vorbereitungen für den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU vor dem Hintergrund der jüngst abgehaltenen Wahlen im Mitgliedstaat Ungarn auch kurz auf den von der ehemaligen ungarischen Regierung verfolgten „strukturellen Obstruktivismus“ auf EU-Ebene ein. Ferner spricht er sich für eine Digitalsteuer im Rahmen der OECD aus und verweist dabei auf das Verhältnis Europas zur EU sowie auf die innerdeutsche Debatte zum Thema Digitalsteuer.

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD), Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) Fragen zu den Themen Digitalsteuer und Mindestbesteuerung. In diesem Zusammenhang vertritt Herr **Ecke** die Auffassung, dass eine geringe Integration der Finanzmärkte ein Wachstumshemmnis darstelle. Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) führt Herr **Ecke** aus, aus seiner Sicht seien eine gemeinsame Einlagensicherung sowie Maßnahmen in den Bereichen Insolvenzrecht und Verbriefungen notwendige Bausteine auf dem Weg zu einer Kapitalmarktunion. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) thematisieren eine im Vergleich zu den USA mangelhafte Risikokultur in Europa. Hierzu verweist Herr **Ecke** unter anderem auf den sogenannten Draghi-Bericht der EU-Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit Europas insbesondere gegenüber China und den USA. Daran anschließend spricht Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) die geopolitische Rolle der Europäischen Union an und dass es vor dem Hintergrund auch zeitlich drängender Probleme klarer Entscheidungen bedürfe. Auf eine Anmerkung von Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) zur Vereinfachung von Förderverfahren für kleine und mittlere Unternehmen hin stellt Herr **Ecke** die These auf, die EU sei „die größte Bürokratieabbaumaschine der Welt“. Abschließend führt er auf eine entsprechende Frage von Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) hin zu einer Wiederaufnahme von Kooperationen der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich im Bildungs- und Forschungsbereich aus.

Gespräch mit Jens Michel, Präsident des Sächsischen Rechnungshofs, und Jan-Christoph Oetjen, Mitglied des Europäischen Parlaments, über die Tätigkeit der Europäischen Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens (EURORAI)

Jens Michel, Präsident des Sächsischen Rechnungshofs und stellvertretendes Präsidiumsmitglied von EURORAI, stellt dem Ausschuss auf Grundlage einer Tischvorlage (**Anlage 1**) die Organisation und Tätigkeiten der Europäischen Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens (European Organization of Regional Audit Institutions) vor. Dabei geht er insbesondere auf die alle drei Jahre stattfindenden Kongresse von

EURORAI und den dort stattfindenden Erfahrungsaustausch der regionalen Finanzkontrollinstitutionen zu wechselnden Themenbereichen ein.

In der sich anschließenden Diskussion stellt Herr **Michel** auf die Frage von Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) hin, wie die Arbeit von Rechnungshöfen noch besser in die Öffentlichkeit getragen werden könne, die diesbezügliche Vorgehensweise des Sächsischen Rechnungshofs dar. Dieser lege seine Prüfergebnisse in zwei Berichten pro Jahr vor und biete darüber hinaus Livepresskonferenzen sowie erklärende Videos zu seiner Tätigkeit auf YouTube an. Dabei, so betont Herr **Michel**, werde auf eine nüchterne, faktenbasierte Darstellung der Prüfergebnisse Wert gelegt und auf „reißerische Überschriften“ verzichtet. Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE) thematisiert internationale Standards bei Prüfungen durch Rechnungshöfe in Europa, woraufhin Herr **Michel** darauf hinweist, dass im Kontext von EURORAI ein Peer-Review von Prüfverfahren unter den Mitgliedsinstitutionen stattfinde. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und **Jan-Christoph Oetjen**, Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion Renew Europe), diskutieren die Mitgliederstruktur von EURORAI und mögliche Ost-West-Differenzen innerhalb der Organisation. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) spricht die Rolle der externen Finanzkontrollinstitutionen mit Blick auf eine stabilitätsorientierte Politik in der EU an.

Gespräch mit Ralph Schmitt-Nilson und Eike Klapper (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der EU-Kommission) über strategische Industriepolitik und Bürokratieabbau

Ralph Schmitt-Nilson, Referatsleiter für den Bereich Strategie - Binnenmarkt und Industriepolitik - in der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (DG GROW) der EU-Kommission, und **Eike Klapper**, stellvertretender Referatsleiter für den Bereich Zugang zu Finanzmitteln in der DG GROW, informieren den Ausschuss über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben der Europäischen Kommission zur Vollendung des EU-Binnenmarktes. Dabei gehen sie sowohl auf Stärken des Binnenmarktes angesichts der derzeitigen geopolitischen Lage als auch auf die Herausforderungen ein, um Hindernisse im Binnenmarkt abzubauen. Zu Letzteren gehörten die Vereinfachung übermäßig komplexer EU-Vorschriften, eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in juristischer Hinsicht sowie die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen. Herr **Klapper** führt darüber hinaus zum Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft als geopolitischen Machtfaktor aus. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass die EU handelspolitische Fragen für die Mitgliedstaaten verhandeln könne, industriepolitische jedoch nicht.¹

Anschließend diskutieren Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE) und Herr **Schmitt-Nilson** über die Dekarbonisierungsziele und -maßnahmen der Europäischen Union und

¹ Herr Klapper hat mit E-Mail vom 17. April 2026 folgende Links zu weiterführenden Informationen übersandt:

- zum [European Competitiveness Fund](#),
- zum [Competitiveness Compass der EU](#),
- zum [Clean Industrial Deal](#),
- zur [Single Market Strategy](#),
- zum [2026 Annual Single Market and Competitiveness Report](#),
- [European Council Conclusions on „One Europe, One market“](#).

ihrer Mitgliedstaaten. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) spricht das Problem einer mangelnden Durchlässigkeit des europäischen Arbeitsmarktes an. Ferner thematisieren sowohl er als auch Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD) die EU-Förderung des SALCOS-Projektes (Salzgitter Low CO₂ Steelmaking) der Salzgitter AG im Rahmen des IPCEI-Programms (Important Projects of Common European Interest), die nicht für eine zweite Stufe infrage komme, da die Anforderungen der EU an die Innovativität eines geförderten Projektes dem im Wege stünden. Hierzu verweist Herr **Klapper** auf den derzeit noch in Vorbereitung befindlichen Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds (European Competitiveness Fund, kurz: ECF), mit dem neue Wege in der Förderpolitik beschritten werden sollten - auch vor dem Hintergrund, dass die europäische Marktführerschaft bei grünen Technologien besser genutzt werden müsse. Aus seiner Sicht, so Abg. **Ulf Thiele** (CDU), sei das eigentliche Problem, dass es in Europa keinen großen Kapitalmarkt wie in den USA gebe, der die fortgesetzte Finanzierung innovativer Ideen sicherstelle; mithin dürfe es keine „Verwaltungswirtschaft“ geben. Herr **Klapper** verweist in diesem Zusammenhang auf die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion durch die Savings and Investment Union. Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) und Herr **Klapper** diskutieren sodann über die Notwendigkeit einer größeren industriepolitischen Dynamik auch mit Blick auf rückläufige klassische Wirtschaftszweige wie die Chemie- und Stahlindustrie. Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD), Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD) und Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) stellen Fragen zum Erfordernis einer schnelleren Anpassung der Politik im Bereich der Förderung und zu mehr Zusammenarbeit der europäischen Ebene mit der Regionalpolitik. Auf Hinweise von Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) zu problematischen Aspekten der europäischen Industriepolitik weist Herr **Schmitt-Nilson** auf entsprechende Herausforderungen unter anderem durch die chinesische Handelspolitik hin.

Gespräch mit Dr. Anne Schädle und Christian Friemann (Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der EU-Kommission) über die Kapitalmarktunion und Entwicklungen im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Dr. Anne Schädle, Referatsleiterin für den Bereich Politikdefinition und -koordination in der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (DG FISMA) der EU-Kommission, informiert den Ausschuss über die Entwicklungen hinsichtlich der Savings and Investment Union. Sie kommt dabei auch auf den sogenannten Draghi-Bericht, die Deregulierung des Bankensektors und den aktuellen Omnibus-Vorschlag der EU-Kommission zu sprechen, mit dem Vereinfachungen unter anderem auch des Sustainable Finance Framework und der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) angestrebt würden.²

In der sich anschließenden Diskussion kritisiert Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) die Berichtspflichten im Rahmen der CSRD als zu umfangreich und führt dafür Beispiele aus deutschen Industriebetrieben an. Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD), Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **Reinhold**

² Die Landesvertretung hat mit E-Mail vom 17. April 2026 folgende Links zu weiterführenden Informationen übersandt:

- [Mitteilung zur Spar- und Investitionsunion](#),
- [Mitteilung zur Stärkung der Fähigkeit des Sektors der zusätzlichen Altersvorsorge in der EU zur Verbesserung des Ruhestandseinkommens und zur Bereitstellung von langfristigem Kapital für die EU-Wirtschaft](#),
- [Empfehlung zu Trackingsystemen mit Informationen über die individuellen Rentenansprüche, zu Übersichten über die Altersversorgung und zur automatischen Mitgliedschaft](#).

Hilbers (CDU) gehen auf die Belastungen durch die Nachhaltigkeitsberichtspflichten für kleine Banken ein; Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümmler** (CDU) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) mahnen vor diesem Hintergrund an, die mit dem Omnibus vorgeschlagenen Vereinfachungen müssten möglichst rasch in der Wirtschaft ankommen. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) merkt unter anderem an, dass die bestehende Regulatorik infolge des Basel-III-Regulierungsrahmens insbesondere für kleine Banken zu umfangreiche Auflagen mache, wohingegen Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) dafür plädiert, das grundsätzliche Ziel einer strikteren Bankenregulierung, nämlich die Eindämmung der Konsequenzen einer Finanzmarktkrise, wie man sie 2008 erlebt habe, nicht außer Acht zu lassen. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) spricht die im internationalen Vergleich besondere Verfasstheit der deutschen Bankenlandschaft an, die bei Reformvorschlägen seitens der EU-Kommission berücksichtigt werden müsse.

Gespräch mit Albert Rädler (Generaldirektion Steuern und Zollunion der EU-Kommission) über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Steuerbereich

Albert Rädler, Referent für Steuerpolitik und Zusammenarbeit bei den direkten Steuern in der Generaldirektion Steuern und Zollunion (DG TAXUD) der EU-Kommission, informiert den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 2**) über Aspekte der Besteuerung grenzüberschreitender Telearbeit innerhalb der Europäischen Union und stellt eine Studie der DG TAXUD zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Steuerbehörden in diesem Bereich vor.

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) und Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) Fragen zum steuerrechtlichen Status von Beamten der Europäischen Union. Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) und Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) thematisieren steuer- und sozialversicherungsrechtliche Aspekte grenzüberschreitenden Arbeitens. Herr **Rädler** verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorteile, die laut der genannten Studie die Festlegung *eines* zuständigen Finanzamts im Sinne eines „One-Stop-Shops“ bei Fragen der grenzüberschreitenden Besteuerung mit sich brächte, und beantwortet Nachfragen zu der Studie von Abg. **Jörn Domeier** (SPD) und Abg. **Jürgen Pastewsky** (AfD).

Gespräch mit Peer Horstmann und Sören Schmidt (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO) über die Tätigkeit der NATO

Peer Horstmann, Leiter der Abteilung Politik der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, gibt dem Ausschuss einen Überblick über aktuelle geopolitische Entwicklungen im Zusammenhang mit der NATO.

In der sich anschließenden Diskussion beantworten Herr **Horstmann** und **Sören Schmidt**, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Fragen von Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümmler** (CDU), Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU), Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE), Abg. **Markus Brinkmann** (SPD), Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD), Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) zur Ausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben, zum Operationsplan Deutschland sowie zu den Themen Zivilschutz und militärische Infrastruktur in Niedersachsen, zu Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ukraine und zum Thema hybride Kriegführung.

Gespräch mit Mitarbeitern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union über die Planungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2028 bis 2034

Dr. Bastian Spangenberg, **Jan Moritz Klein** und **Dr. Christopher Finck**, Referenten bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, informieren den Ausschuss über die Planungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union für die Jahre 2028 bis 2034 und die Position der Bundesregierung zum diesbezüglichen Vorschlag der EU-Kommission. Herr **Klein** geht dabei auf die Aspekte Verteidigung und Sicherheit, eine größere Flexibilität, Änderungen bei Kohäsionsprogrammen und den Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds (ECF) ein. Herr **Dr. Spangenberg** und Herr **Dr. Finck** führen zu den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP) als zentrales Instrument des geplanten EU-Haushalts aus.

In der sich anschließenden Diskussion vertritt Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) den Standpunkt, dass eine Flexibilisierung in der europäischen Kohäsionspolitik eher zu einem Finanzausgleich als zur beabsichtigten Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse führe. Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) hinterfragen die Rolle des Bundes bei der Entscheidung über EU-Mittel für die Regionen. Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) spricht darüber hinaus die Priorisierung von Finanzmitteln für den Bereich der Sicherheitsinfrastruktur an, für den Niedersachsen eine wichtige Region sei. In diesem Zusammenhang wirft Abg. **Ulf Thiele** (CDU) die Frage auf, ob die Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur zukünftig durch Mittel gefördert werde, die bisher für die regionale Strukturförderung aufgewendet worden seien. Hierauf weist Herr **Klein** darauf hin, dass aus dem MFR insbesondere Maßnahmen von europäischem Mehrwert finanziert werden sollten. Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) erkundigt sich angesichts der vielfach thematisierten Ausgaben aus dem Haushalt der EU nach möglichen zusätzlichen Einnahmen; hierzu spricht Herr **Dr. Finck** die Aspekte Zölle und Eigenmittel der EU an. Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) spricht an, dass für eine erfolgreiche Umsetzung des ECF die betreffenden Wirtschaftsunternehmen in den Mitgliedstaaten möglichst gut über die entsprechenden Fördermöglichkeiten informiert werden müssten.

Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission über die Agrarförderung der Europäischen Union

Kathrin Maria Rudolf, stellvertretende Referatsleiterin für den Bereich GAP-Strategiepläne von Deutschland, Kroatien, Österreich und Slowenien in der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DG AGRI) der EU-Kommission, **Dr. Antonia Lütteken** und **Felix Lutz** informieren den Ausschuss auf Grundlage einer Tischvorlage (**Anlage 3**) über den geplanten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU und insbesondere über die darin eingebetteten Strukturen zur Agrarförderung in den Jahren 2028 bis 2034. Der seit Juli 2025 vorliegende Haushaltsvorschlag der EU-Kommission umfasse 2 Bill. Euro, der NRP-Fonds (National and Regional Partnership) 865 Mrd. Euro und der Europäische Wettbewerbsfähigkeitsfonds (ECF) 409 Mrd. Euro.

In der sich anschließenden Diskussion erkundigt sich Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) über die Informationspolitik bei Direktvergaben für landwirtschaftliche Betriebe sowie über die von der

EU angesetzte Definition des Begriffs „ländlicher Raum“; diese obliege den Mitgliedstaaten, so Frau **Dr. Lütteken**. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) spricht die Modalitäten zur Kofinanzierung von EU-Geldern in den Mitgliedstaaten an. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) stellt Fragen zu den Entwicklungen im Bereich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und zu den künftigen Finanzierungsmöglichkeiten in den Bereichen Hochwasserschutz und Forstwirtschaft. Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) thematisiert die Wichtigkeit von Mitteln für Küstenschutz und Deichbau. Abschließend sprechen er, Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) die Notwendigkeit von Vereinfachungen mit Blick auf Antragsverfahren und Nachweispflichten bei der Förderung von Maßnahmen, insbesondere auch bei kommunalen Mittelempfängern, an.

Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion und der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der EU-Kommission über die EU-Regionalpolitik sowie die Prüfung der Verwendung von EU-Geldern

Janos Schmied, Politischer Assistent in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO) der EU-Kommission, führt den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 4**) in die Grundsätze der EU-Kohäsionspolitik ein. Dabei geht er unter anderem auf die verschiedenen Förderstrukturen der Regionalpolitik ein und weist zudem auf verschiedene Förderdatenbanken und Übersichten hin, die weiterführende Informationen zu EU-geförderten Projekten geben.³

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU), Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **René Kopka** (SPD) Fragen zu den Kriterien der Mittelvergabe aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, zum bisherigen Mittelabfluss und zum Regionalen Partnerschaftsplan für Niedersachsen.

Sodann erläutert **Louisa Lönnies**, Auditorin in der Gemeinsamen Prüfdirektion Kohäsion bei der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion (DG EMPL), auf Grundlage einer weiteren PowerPoint-Präsentation (**Anlage 5**) die Prozesse der EU-Kommission zur Prüfung der Verwendung von EU-Finanzmitteln.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD) führen **Vladislava Glietz**, stellvertretende Referatsleiterin des Referats 3 der Gemeinsamen Prüfdirektion Kohäsion in der DG EMPL und DG REGIO, und Frau **Lönnies** zu Rechtsvorschriften auf Bundes- und Länderebene aus, die bei der Abrechnung von geförderten Maßnahmen zu berücksichtigen sind. Auf die Frage von Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) hin, warum entsprechende Prüfungen zum Teil mehrfach - zum einen durch Wirtschaftsprüfer, zum anderen durch Verwaltungsbehörden - durchgeführt werden, weisen die beiden Vertreterinnen der Gemeinsamen Prüfdirektion darauf hin, dass dies davon abhängt, ob die jeweiligen Prüfstandards vergleichbar seien. Herr **Schmied** weist ergänzend darauf hin, dass das Fördergeschäft künftig zunehmend digital abgewickelt werden solle. Was die Reduzierung des sogenannten Gold-Platings, also der Übererfüllung von Anforderungen

³ Diese sind verfügbar unter:

- <https://projektatlas.europa-fuer-niedersachsen.de/>,
- https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/liste-der-vorhaben-152610.html,
- <https://kohesio.ec.europa.eu/en>.

der EU im Förderwesen, anbelange, habe Niedersachsen bereits signalisiert, entsprechende Änderungen der Landeshaushaltsordnung anzustreben.

Gespräch mit Alexander Schäfer und Leonie Schwall (Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der EU-Kommission) über die Überprüfung des Solvency-II-Regelwerks

Alexander Schäfer, Referent für Versicherungen und Renten in der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (DG FISMA) der EU-Kommission, und **Leonie Schwall**, Nationale Expertin bei der DG FISMA, informieren den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 6**) über die Überprüfung des Solvency-II-Regelwerks, die darauf abziele, es durch eine höhere Risikosensitivität zu modernisieren und gleichzeitig den administrativen Aufwand für Versicherungsunternehmen zu senken. Zentrale Neuerungen, die ab Januar 2027 Anwendung finden sollten, umfassten die Förderung langfristiger Aktieninvestitionen durch reduzierte Kapitalanforderungen, die Einführung von Proportionalitätsregeln für weniger komplexe Unternehmen sowie die stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeits- und systemischen Risiken.

In der sich anschließenden Diskussion stellt Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) Fragen zur Berücksichtigung deutscher Interessen im Rahmen des Reviews von Solvency II und zu einer Vergleichbarkeit mit Regelungen für den Bankensektor, auch was Stresstests anbelange. Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) erkundigen sich über die Berücksichtigung von Bilanzsummen im Rahmen des Solvency-II-Reviews sowie über die erhofften Vorteile einer Überarbeitung des Regelwerks mit Blick auf eine Erhöhung der Investmentkapazitäten von Versicherungsunternehmen. Auf die Frage von Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) nach dem Nutzen der Überarbeitung für die Bürgerinnen und Bürger stellt Frau **Schwall** klar, dass Solvency II zunächst Versicherungsunternehmen betreffe, nicht die Bürgerinnen und Bürger direkt. Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD) führt sie aus, dass der Umfang der Berichtspflichten für Versicherungen insofern reduziert werden solle, als Doppelungen gestrichen werden sollten.

Round-Table-Gespräch mit Vertretern deutscher Industrieunternehmen und -verbände zur europäischen Industriepolitik

In einem Round-Table-Gespräch geben **Markus Broich**, Vizepräsident für EU-Angelegenheiten der Airbus SE - auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 7**) -, **Sebastian Schaffer**, Leiter des Verbindungsbüros der Volkswagen AG in Brüssel, **Philipp Tschinke Parsché**, Leiter des Brüsseler Büros der Salzgitter AG, und **Timo Schubert**, Leiter des Verbindungsbüros des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) in Brüssel, zunächst Statements zur europäischen Industriepolitik aus Sicht ihrer Unternehmen bzw. ihres Verbandes ab. Dabei gehen sie unter anderem auf die globale Wirtschaftslage, den von der EU-Kommission jüngst vorgestellten Industrial Accelerator Act, klima- und handelspolitische Entwicklungen sowie die Industrial Maritime Strategy der EU ein.

Daran anschließend führt Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) zu den Themen Wettbewerb und industriepolitische Rahmenbedingungen aus. Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD) erkundigt sich, ob die

Kennzeichnung von Produkten mit dem Label „Made in EU“ im Rahmen des Industrial Accelerator Acts definiert werde, und mahnt grundsätzlich mehr Pragmatismus in der europäischen Industriepolitik an. Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) wirft mit Blick auf China und die europäischen Dekarbonisierungsbemühungen die Frage auf, wie Industrie in Europa erhalten werden könne. Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) spricht vor dem Hintergrund der politischen Zielsetzung im Bereich der Wasserstoffwirtschaft das Erfordernis einer entsprechenden Infrastruktur an. Abschließend geht er auf industriepolitische Fragestellungen im Zusammenhang mit China sowie auf den Bereich der Batteriezellförderung ein.

Gespräch mit Philipp Mohl und Hauke Vierke (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission) über die Umsetzung neuer EU-Fiskalregeln

Philipp Mohl, stellvertretender Referatsleiter mit Zuständigkeit für Österreich, Zypern und Deutschland in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (DG ECFIN) der EU-Kommission, und **Hauke Vierke**, stellvertretender Referatsleiter für den Bereich Schuldentragfähigkeit und langfristige Ausgabetrends in der DG ECFIN, stellen dem Ausschuss auf Grundlage einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 8**) die Umsetzung des reformierten EU-Fiskalrahmens vor, der durch nationale mittelfristige Finanzpläne die Schuldentragfähigkeit und nachhaltiges Wachstum in den Mitgliedstaaten sicherstellen solle. Für Deutschland sei dabei ein auf sieben Jahre verlängerter Anpassungspfad festgelegt worden, der trotz erhöhter Verteidigungsausgaben als konform mit den EU-Vorgaben bewertet werde. Durch spezifische Reform- und Investitionspakete werde angestrebt, die deutsche Schuldenquote ab dem Jahr 2029 zu senken und gleichzeitig einen positiven Impuls für das Wirtschaftswachstum zu erzielen.

In der sich anschließenden Diskussion erkundigt sich Abg. **Ulf Thiele** (CDU) nach dem vorgesehenen Sanktionsmechanismus mit Blick auf die Schuldentragfähigkeit. Der Vorschlag der EU-Kommission dazu sei, so Herr **Vierke**, noch in der politischen Diskussion. Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) merkt an, dass es dabei eine differenzierte Betrachtung geben müsse, wofür Schulden aufgenommen würden. Herr **Vierke** und Herr **Mohl** weisen darauf hin, dass das neue Rahmenwerk auf nachhaltiges Wachstum abstelle, sodass etwa Bildungsinvestitionen und Rentenreformen positiv berücksichtigt würden. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) und Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE) sprechen die Rolle von Verteidigungsausgaben in diesem Zusammenhang an.

Gespräch mit Vertretern der Generaldirektion Steuern und Zollunion der EU-Kommission zu den Themen vermögensbezogene Steuern und Steuerlücken

Stephan Wolters, **Frank Neher**, **Daniel Stöhlker** und **Francisco Macedo**, Mitarbeiter der Generaldirektion Steuern und Zollunion (DG TAXUD) der EU-Kommission, informieren den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 9**) über eine Studie der EU-Kommission zur Vermögensbesteuerung. Darin werde festgestellt, dass vermögensbezogene Steuern trotz steigender Privatvermögen oft nur geringe oder rückläufige Erträge lieferten und ihre Wirksamkeit maßgeblich von institutionellen Faktoren abhängen. Ein weiterer Schwerpunkt ihres Vortrags sind massive Steuerlücken durch mangelnde Compliance, wobei insbesondere im Bereich der Mehrwertsteuer durch eine verstärkte Digitalisierung der Steuerverwaltungen erhebliche

Einnahmepotenziale erschlossen werden sollten. Zudem werde die mangelnde Transparenz und systematische Evaluierung von Steuervergünstigungen kritisiert, die als indirekte Staatsausgaben in der EU zu Steuerausfällen von bis zu 14 % des BIP führen könnten.⁴

In der sich anschließenden Diskussion erkundigt sich Abg. **René Kopka** (SPD) zu Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung von Steuerbehörden und zu Einsatzmöglichkeiten von künstlicher Intelligenz in diesem Bereich. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) spricht die Lenkungswirkung von Steuern und mögliche Verlagerungseffekte von Besteuerung an. Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) thematisiert das negative Image von Steuern und weist darauf hin, dass Steuern zu zahlen positive Effekte für die Gesellschaft insgesamt habe. Ferner fragt er nach einem europäischen Benchmarking und Best Practices im Bereich Steuern; hierzu verweist Herr **Wolters** auf regelmäßige Eurobarometer-Umfragen zu Steuermoral und -ehrlichkeit. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) merkt an, mit Blick auf die Diskussionen zur vermögensbezogenen Besteuerung sei ein Problem, dass große Teile der Bevölkerung kein nennenswertes Vermögen aufbauen könnten. Abg. **Pippa Schneider** (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Stand der Diskussion über eine Vermögensmindeststeuer.

⁴ Herr Wolters hat im Nachgang mehrere Unterlagen und Links mit weiterführenden Informationen übersandt, die mit E-Mail vom 24. April 2026 an die Ausschussmitglieder weitergeleitet wurden.

EURORAI - Ziele und Aktivitäten

Jens Michel - Präsident des Sächsischen Rechnungshofs



Ziele

- I Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Vereinigung fördern
- I Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen ermöglichen
- I Mitglieder über die Gesetzgebung, Organisation und das Funktionieren der verschiedenen öffentlichen Finanzkontrollenrichtungen unterrichten
- I Untersuchungen zu Themen, die mit der öffentlichen Finanzkontrolle in Verbindung stehen, fördern
- I Organisation von Austauschprogrammen und Fortbildungskursen ermöglichen
- I Annäherung von Prüfungsmethoden ermöglichen

Mitglieder

Bedingungen für eine Mitgliedschaft

- I Die Mitglieder von **EURORAI** müssen die folgenden drei Voraussetzungen erfüllen:
- ✓ **Europäisch:** Mitgliedstaat des Europarates
 - ✓ **Regional:** Prüfungszuständigkeiten müssen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene auf regionaler und/oder örtlicher Ebene ausgeübt werden
 - ✓ **Unabhängig:** funktionelle Unabhängigkeit von der Exekutive, freie Gestaltung der Prüfungsplanung und angemessene Finanzausstattung.

Mitglieder

Kategorien

- I Die Satzungsbestimmungen der Vereinigung sehen die folgenden drei Mitglieds-kategorien vor:
- **Vollmitglieder:** Erfüllen die oben erwähnten drei Voraussetzungen.
 - **Assoziierte Mitglieder:** Erfüllen eine der beiden letzten Voraussetzungen nicht (d.h. Regionalität oder Unabhängigkeit), sind aber daran interessiert an den Tätigkeiten von EURORAI teilzunehmen und bereit einen jährlichen Beitrag zu zahlen (es handelt sich idR um die Kommunalprüfungsabteilungen von Obersten Rechnungs-kontrollbehörden).
 - **Beobachter:** Andere Institutionen und Vereinigungen, auch außerhalb Europas, welche sich mit der öffentlichen Finanzkontrolle beschäftigen.

Arbeitsgruppen

1. **Arbeitsgruppe** zur Erarbeitung eines Berichts mit bewährten Praktiken zur Bekämpfung von Betrug und Korruption (*veröffentlicht im März 2012*)
2. **Arbeitsgruppe** zur Erarbeitung von Leitlinien für unabhängige regionale Einrichtungen der externen öffentlichen Finanzkontrolle (*veröffentlicht im April 2016*)
3. **Arbeitsgruppe** zur Verbesserung der externen Kommunikation der Mitgliedsinstitutionen von EURORAI (*veröffentlicht im Januar 2020*)
4. **Arbeitsgruppe** zu den Erfahrungen, die die Mitgliedsinstitutionen von EURORAI mit Peer Reviews gemacht haben
5. **Arbeitsgruppe** zur Vereinheitlichung von europaweiten Prüfungsstandards
6. **Arbeitsgruppe** zu den Erfahrungen bei der Öffentlichkeitsarbeit
7. **Arbeitsgruppe** zum Umgang und zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz in den Mitgliedsinstitutionen von EURORAI



EUROPEAN
ORGANIZATION
OF REGIONAL
AUDIT INSTITUTIONS

SÄCHSISCHER
RECHNUNGSHOF



Interne Organisation

Präsidium – Präsident, Vizepräsidentin und Generalsekretär

- I **Präsident: Charles Pict**, Direktor des Internen Auditdienstes des Kantons Genf (Schweiz)
- I **Vizepräsidentin: Alison Cumming**, Exekutivdirektorin für Wirtschaftlichkeitsprüfung und Best Value, Amt für kommunale Finanzrevision in Schottland
- I **Generalsekretär: Vicent Cucarella Tormo**, Präsident des Rechnungshofs der autonomen Gemeinschaft Comunidad Valenciana (Spanien)

Interne Organisation

Präsidium – weitere ordentliche Mitglieder

- I **Christophe Strassel**, Präsident der Rechnungskammer der Region Grand Est (Frankreich)
- I **Heinz Drobesch**, Direktor des Landesrechnungshofs Steiermark (Österreich)
- I **Joan C. Rosselló Villalonga**, Präsident des Rechnungshofs der Balearischen Inseln (Spanien)
- I **Jens Michel**, Präsident des Sächsischen Rechnungshofs (Deutschland)

Interne Organisation

Mitgliederversammlung und Kongress

- I alle drei Jahre veranstaltet **EURORAI** einen Kongress, dem eine Mitgliederversammlung folgt, welche:
 - I einen neuen Präsidenten und ein neues Präsidium wählt,
 - I die Prüfer der Bücher von EURORAI ernennt,
 - I den Beitritt der neuen Mitglieder bestätigt und
 - I das Arbeitsprogramm und den Haushalt für die nächsten drei Jahre verabschiedet.

- I Der **12. Kongress** fand im Oktober 2025 in Genf statt; die Veranstaltung stand unter dem Motto „Erfahrungsaustausch im Rahmen der Prüfungen der regionalen Einrichtungen der externen öffentlichen Finanzkontrolle über den Umgang mit Naturkatastrophen“.

- I Der nächste Kongress wird im Oktober 2028 in Schottland abgehalten werden.



EUROPEAN
ORGANIZATION
OF REGIONAL
AUDIT INSTITUTIONS

SÄCHSISCHER
RECHNUNGSHOF



Weitere Informationen

Wo können Sie weitere Informationen über EURORAI erhalten?

Wenn Sie gerne mehr über EURORAI wissen möchten, so können Sie sich gern an eine der Mitgliedsinstitutionen oder an das Generalsekretariat der Vereinigung wenden:

Generalsekretariat von EURORAI
Sindicatura de Comptes de la Comunitat Valenciana
c/ San Vicente, 4
E-46002 Valencia (Spanien)
Tel: +34 673412328
E-Mail: eurorai@eurorai.org
Web: <https://www.eurorai.org>

Sächsischer Rechnungshof
Präsidialbüro
Theodor-Kunzemann-Straße 10 und 10b
04720 Döbeln (Deutschland)
Tel: +49 3431 5880 747
E-Mail: presse@srh.sachsen.de
Web: <https://www.rechnungshof.sachsen.de>



EUROPEAN
ORGANIZATION
OF REGIONAL
AUDIT INSTITUTIONS

SÄCHSISCHER
RECHNUNGSHOF



Freistaat
SACHSEN

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





Informationsbesuch Haushalts- und Finanzausschuss des Niedersächsischen Landtages

BRUESSEL, 14. April 2026

Albert RAEDLER, DG TAXUD D2

Organigramm TAXUD



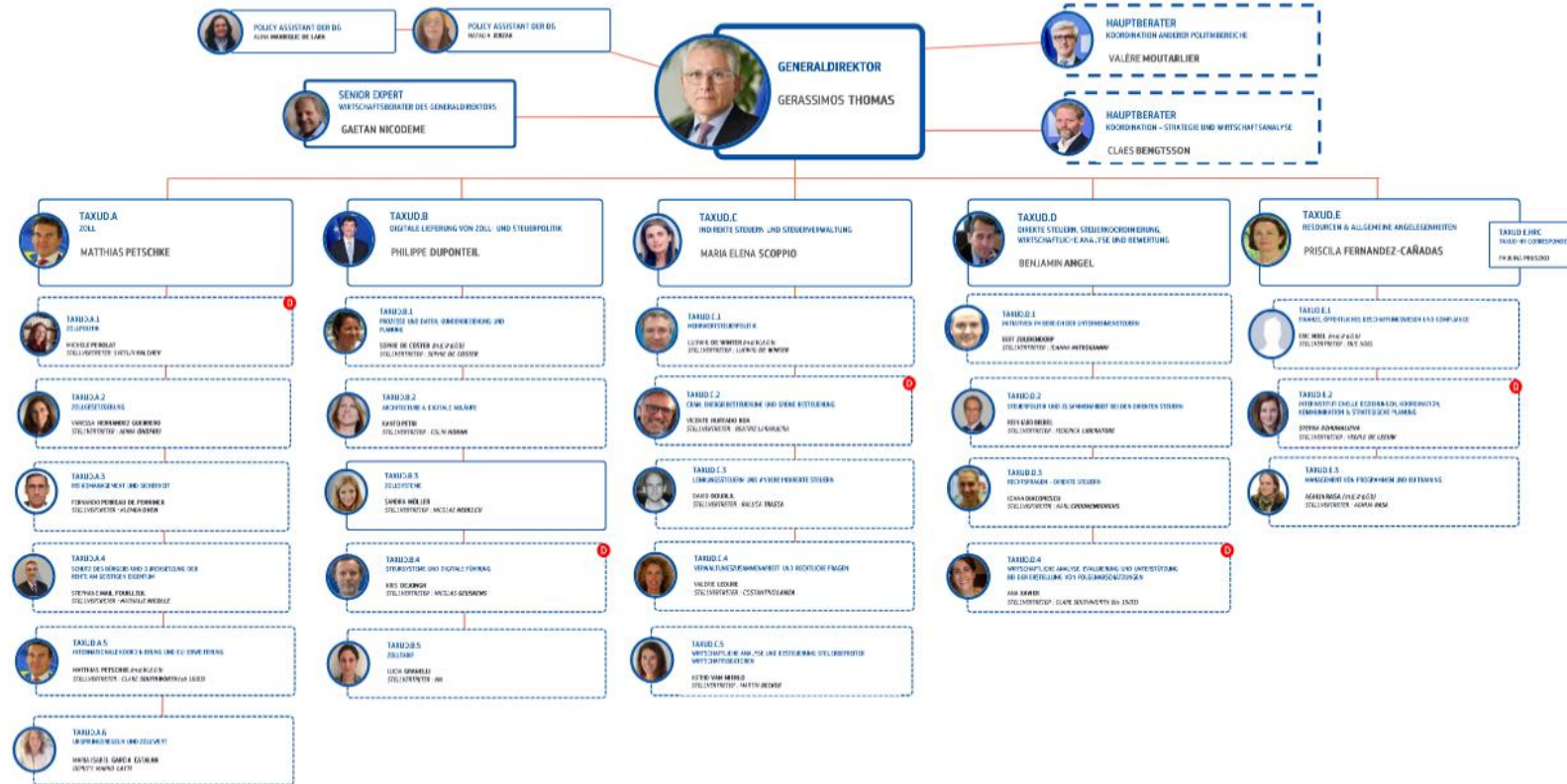
DG TAXUD Generaldirektion
Für Steuern & Zollunion



COMMISSIONER : MAROŠ ŠEFČOVIČ



COMMISSIONER : WOPKE HOEKSTRA

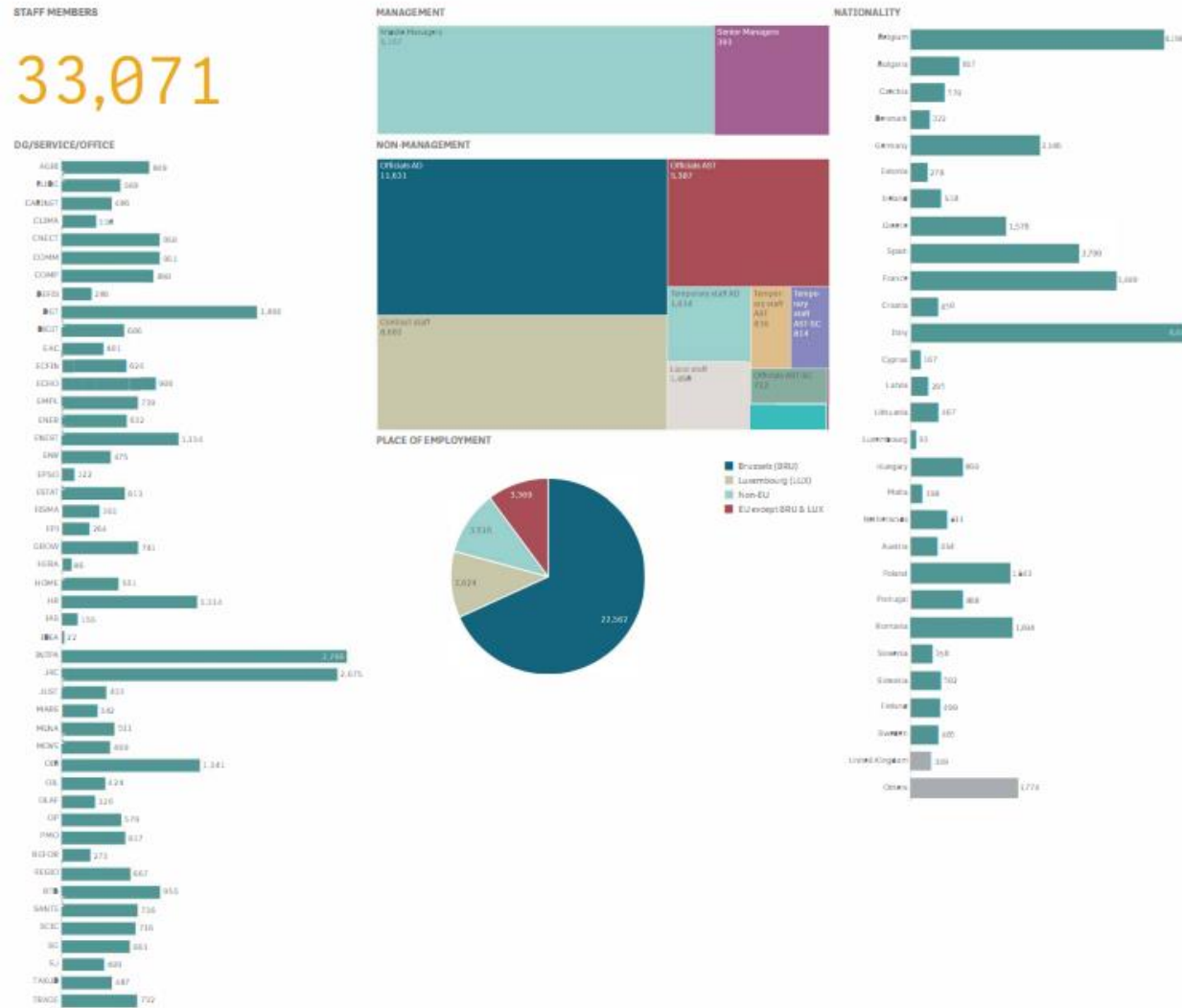


The European Union



- 27 Member States
- 24 Official Languages
- 20 Member States using the EURO
- 447,7 mio inhabitants
- Since 1993 completion of the internal market
- 4,233,255 km² surface area

Daten zum Kommissionspersonal



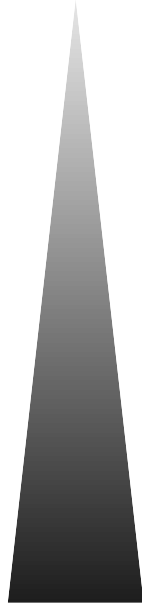
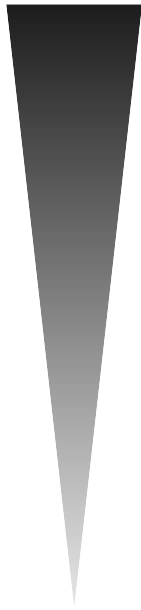
https://commission.europa.eu/document/download/3e50bd10-3030-44b7-b147-17eebb6c06ee_en?filename=2026%20HR%20Key%20Figures.pdf

The Provisions of the Treaties

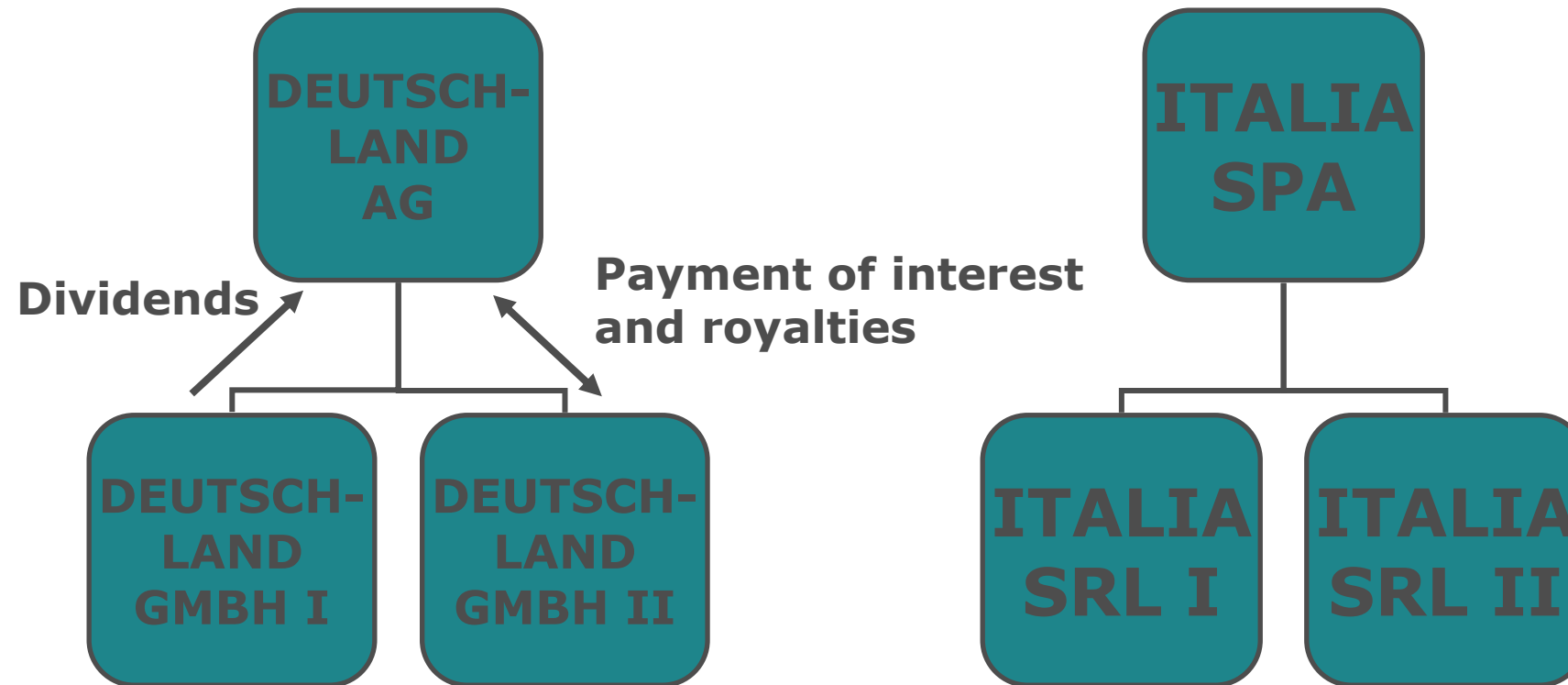
- Art. 3 para 3 TEU: The Union shall establish an internal market ...
- Art. 26 TFEU:
 1. The Union shall adopt measures with the aim of establishing or ensuring the functioning of the internal market, in accordance with the relevant provisions of the Treaties.
 2. The internal market shall comprise an area without internal frontiers in which the free movement of goods, persons, services and capital is ensured in accordance with the provisions of the Treaties.

Besteuerung von Unternehmen

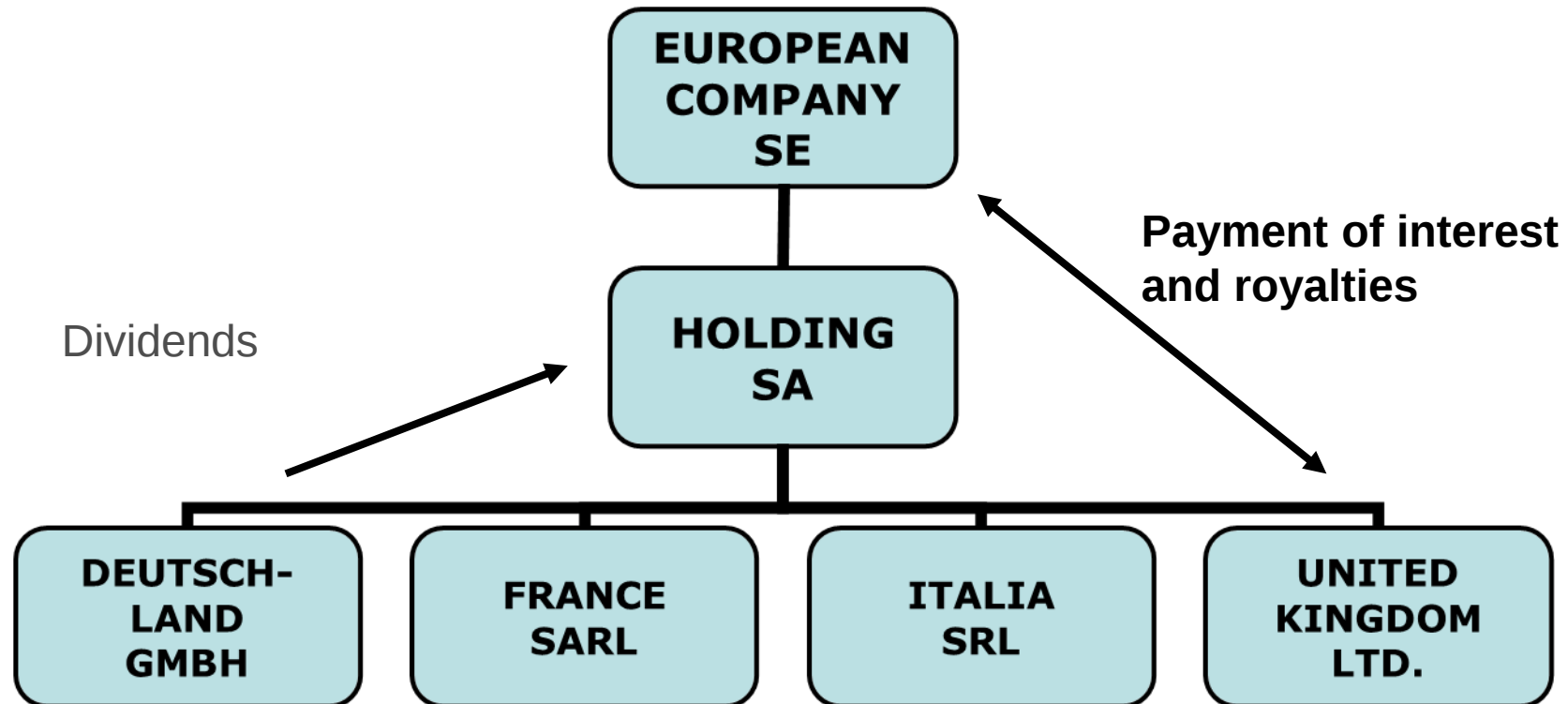
Economic Integration and Taxation

	Relevance of single tax base	Relevance of conventions
1. A preferential trading area (reduced customs tariffs between certain countries)		
2. A free trade area (no internal tariffs on some/all goods between the participating countries)		
3. A customs union (same external customs tariffs for third countries and common trade policy)		
4. A common market (common product regulations and free movement of goods, capital, labour and services)		
5. Economic and monetary union (single market with a single currency and monetary policy)		
6. Complete economic integration (all the above plus harmonised fiscal and other economic policies)		

Concept for a Company Taxation



Concept for a Company Taxation



Cross-border Teleworking

Base Line Scenario

Member State R



Commuting regularly /
irregularly

Member State S



Cross-border workers: Who and where?

Main Member States of origin					Main Member States of destination		
Member State	To EU-27 (in '000)	To EFTA (in '000)	Total	% of workforce	Member State	Total (in '000)	% of workforce
FR	236	188	424	1,7%	DE	378	1%
DE	159	53	213	0,6%	CH	345	8%
PL	176	15	190	1,2%	LU	212	44%
BE	119		119	2,6%	AT	143	4%
RO	113		113	1,5%	NL	122	2%
HU	69	3	72	1,6%	BE	85	2%
CZ	64		64	1,3%			

Cross-Border Teleworking

- Multidimensional issue
 - **Taxation**
 - **Social Security law:** Can cross-border teleworking result in a change of the applicable social security system ?
 - **Labour Law:** which labour law is applicable? For example: which rules apply for working hours ? What are the consequences of work accidents in homeoffice ?

Principles of Taxation of Cross-Border Workers

- **Art. 15(1) OECD-MTC:**
“A resident of a Contracting State in respect of an employment shall only be taxable in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State.”
- **Art. 15(2) OECD-MTC:** The right to levy the taxes reverts to the State of residence if the 3 cumulative conditions are fulfilled:

Taxing right with state of residence:	Taxing right with the state of source:
The employee is present in the state of source <u>not more</u> than 183 days, and	The employee is present in the source state for <u>more</u> than 183 days, or
the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is <u>not resident</u> in the state of source, and	the remuneration is paid by, or on behalf, of an employer who is <u>resident</u> in the state of source, or
the remuneration is <u>not borne</u> by a permanent establishment which the employer has in the state of source.	the remuneration is <u>borne</u> by a permanent establishment, which the employer has in the other state

Possible Tax Repercussions of Cross-border Teleworking

Cross-border teleworkers subject to taxation in the source state (the usual place of activity) and also subject to taxation in the state of residence on a pro-rata basis

<i>...for the employer</i>	<i>... for the employee</i>	<i>... for the tax administrations</i>
• Apportionment of income in two jurisdictions • Levying of wage tax as withholding tax in state of activity	• Additional compliance obligations (need to declare income in 2 MS) • Certain thresholds may no longer be reached (Schumacker-criteria) • Possible impact on overall income depending on difference in taxation in source and resident state	• Apportionment results in assessing taxpayer in both states on largely the same issues (days spent in home office, auditing of wage tax requirements, disputes with taxpayer)

Teleworking in normal times - Derogations

De-minimis-thresholds agreed upon between certain Member States in DTCs

- a certain pre-defined number of days of absence from usual place of activity does not lead to an apportionment
- LU negotiated with neighboring Member States 34 days ...

Member States	De-minimis-rule in place	Treaty negotiations
DTC DE–LU	34 days	Previously 19 days, increase according to protocol signed in July 2023
DTC DE–BE	-	ongoing treaty negotiations
DTC DE–NL	34 days	Increase from 0 days as from 2025
DTC BE–LU	34 days	Increase from 24 days as of 1 January 2022;
DTC FR–LU	34 days	Increase from 29 days as of 1 January 2023.
DTC FR–CH	Up to 40 % of Working time	Introduced as of 1 January 2023

Cross-border Teleworking: Possible Actions

1. Setting or increasing a *de-minimis* limit

- Cross-border teleworking without tax repercussions within set limits; avoidance of apportionment of income
- Concept exists in practice. Number of days range from 19 – 34 days per year, but: number of days insufficient for 1 day/week cross-border teleworking
- Call of various institutions and fora for 48 and up to 96 days.
- New development in the DTC FR-CH providing for up to 40 % teleworking (corresponding to 2 days per week / 96 days per year for a full-time employment)
- The more days allowed, the more the residence state will forgo revenue !

Cross-border Teleworking: Possible Actions

2. Creating bilateral *one-stop-shops* for frontier workers and cross-border teleworkers

- Instead of sharing taxing rights, Member States share tax revenues
- Taxpayers only interact with one single tax administration
- One-stop-shop could be linked to either state of source or state of residence

Arguments for a one-stop-shop (OSS) in the source state	Arguments for a one-stop-shop (OSS) in the residence state
• Similar tax treatment as colleague • More likely coordination between income tax and social security contributions • Levying of taxes on employment income easier for employer • Correlation of treatment between income tax and deduction of wage cost in source state	• Similar tax treatment as neighbour • Tax revenue in Member State that finances a greater share of public expenditure • Taking into account the personal and family circumstances • Income tax based on worldwide income • Full one-stop-shop as taxpayer needs to interact with tax administration only in residence state

Offsetting Imbalances for OSS: Compensation Regimes

Impact on budget revenue of OSS and possible ways to offset imbalances:

- In a perfect world, there would be an even number of incoming and outgoing cross-border workers and therefore no revenue effect
- Imbalances could arise mainly from differences of incoming and outgoing cross-border workers.
- The imbalances which can occur in today's world could be offset by financial compensations to be agreed upon by Member States.

Result: reduction of administrative tax burden; cross-border tax compliance to be facilitated for taxpayer

Examples for OSS with Compensation Regimes

DTC	Location One-stop-shop	Compensation Regime
DTC DE-FR	State of residence	1,5 % of total gross remuneration to state of source
DTC DA-SE	State of source	Denmark reimburses to Sweden the municipal tax paid in Denmark of around 25 % to Sweden for citizens residing in Sweden and working in Denmark of at least 50 % of the working time for any given 3-month period.
DTC DE-CH	State of residence	The state of source levies a withholding tax in the amount of 4,5 % of gross salary, which then may be credited against the income tax charged in the state of residence
DTC AT-CH	Art. 15 OECD-MTC	CH to pay a compensation of 12,5 % of Swiss tax revenue from employed activities. Should the relation of cross-border movement change substantially, the question of a bilateral compensation will be renegotiated.

The new agreement between CH and FR

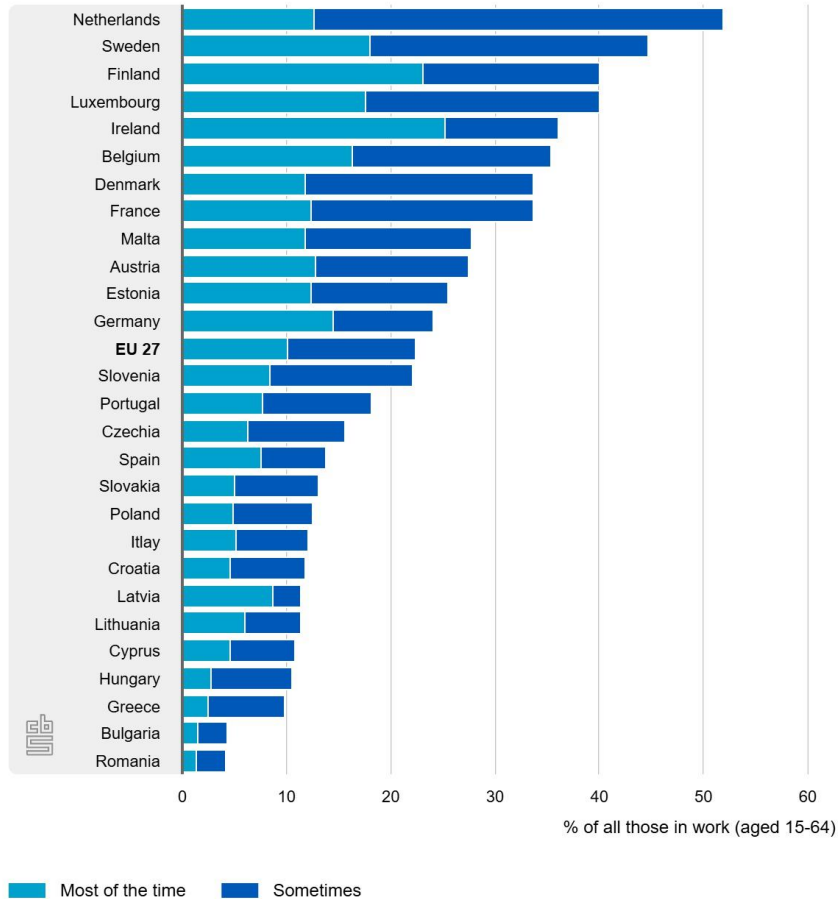
rules until 1/1/2023	
General Provision under Art. 17	Provisions as in OECD-MC and apportionment for home-office
Special Agreement with 8 Western Cantons from 1983	Special frontier worker rule: Taxation in state of residence with a 4,5 % withholding on gross salary in source state; 45 days of non-return.
Special Agreement with Geneva from 1973	No frontier worker rule, general provisions apply. Geneva agreed to pay a compensation of 3,5 % of gross salaries to France.
rules as of 1/1/2023	
General Provision under Art. 17	Up to 40 % teleworking without apportionment. State of source pays the state of residence a percentage of tax corresponding to the percentage of home office.
Special Agreement with 8 Western Cantons from 1983	Taxation in state of residence with a 4,5 % withholding on gross salary; 45 days of non-return <u>and</u> up to 40 % teleworking.
Special Agreement with Geneva from 1973	General provisions apply, i.e. up to 40 % teleworking without apportionment. 3,5 % compensation continues to apply (but possibly compensation by CH Confederation to Geneva).

BE PRES Task Force Cross-border Teleworking

- BE PRES held 3 meetings of a Task Force on Cross-border Teleworking with appr. 15 Member States and EFTA countries (and UK)
- Meetings on wages and Salaries, PE-Issue and evidence.
- Very good analysis of problem and presentation of potential solutions to issue
- Wrapping-Up within the framework of an informal HLWP mid May in Brussels.
- Results: not all Member States concerned / interested, no one size fits all, each frontier region is different, Member States hesitant to accept EU influence in DTC; further need to coordinate
- Next steps: ???

Alternative Approach for Estimating the Number of Cross-border Teleworker

Working from home the EU, 2022



Source: CBS, Eurostat

- Graph shows share of persons working from home “most of the time” or “sometimes” in the EU in 2023.
- Graph shows only number of workers in home office, but not volume of home office.

Mitigating Tax Obstacles for Cross-border Teleworkers

- Working Party IV of 19 October 2023 and BE Presidency Task Force discussed alternatives to the application of Art. 15 OECD-MTC for cross-border teleworkers.
- The apportionment according to Art. 15(2) OECD-MTC had been identified as main reason for the accompanying tax repercussions.
- Options for eliminating such repercussions are:
 - A threshold rule, allowing cross-border teleworker to remain taxable in the state of source even if they work for a certain number of days from home.
 - A one-stop-shop in the state of residence
 - A one-stop-shop in the state of source
 - A taxation in state of residence combined with a limited withholding tax in the state of source, imputable in the state of residence
- All options could be accompanied by a financial compensation between Member States to off-setting imbalances.

Simulation of Options and Consequences on Tax Revenue

- In the following, each of the options will be simulated on its effects on the tax revenue for each of the two Member States concerned.
- Starting point is a simulation of the overall tax revenue for 2 Member States according to the existing provisions in place without cross-border teleworking.
- The simulation is based on publicly available figures for the year 2023:
 - Number of incoming and outgoing commuters
 - Median income of a standard employee - is a single person without children, born 1/1/1975, subject to the basic social security insurance. No church tax is levied.
 - Simulation of the personal income tax charge to be levied on the average gross income.
- As the approach and technique should be applicable in practically all bilateral situations, Commission services decided to pseudonymize the actual real life pair of Member States.

Simulation of Options and Consequences on Tax Revenue - Safeguards

- The simulation is a trade-off between accuracy and simplicity.
- The following shortcomings of the applied method seem acceptable, but need to be kept in mind:
 - Only one bilateral situation is simulated; the approach, benefits and disadvantages of simulations roughly remain the same and the approach and consequences can easily be replicated to other bilateral situations.
 - No taking into account of the progression rate for tax exempted income.
 - The share of cross-border teleworking can only be roughly estimated on basis of the numbers for domestic teleworking.
 - A „net disposable income“ after income tax and social security contributions would have been preferable. However, with the means of board this was not possible.

Simulation of Options and Consequences on Tax Revenue

- There are 4 modulations:
 - Modulation 1: estimation of tax revenue from cross-border workers without teleworking
 - Modulation 2: estimation of tax revenue, taking into account teleworking with an apportionment of income according to Art. 15(2) OECD-MTC
 - Modulation 3: one-stop-shop in the state of source
 - Modulation 4: one-stop-shop in the state of residence

Simulation of Options and Consequences on Tax Revenue

- Modulation 1:

- Persons living in T-Land and working in F-Land: 7.900
- Persons living in F-Land and working in T-Land: 43.970
- Median income in F-Land: 45.552 EUR
- Median income in T-Land: 43.300 EUR

	Number of cross-border commuters	Median Income in EUR	Income tax base in EUR	Personal income tax charge in EUR	Tax revenue in EUR
Domicile F-Land/ work T-Land	43.970	T-Land= 43.300	T-Land= 33.270	T-Land PIT = 3.087 = 7,13 %	T-Land receipt: =135.735.390
Domicile T-Land/ work F-Land	7.900	F-Land= 45.552	F-Land= 35.739	F-Land PIT = 6.448 = 14,16 %	F-Land receipt = 50.939.200

Determining the Share and Volume of Cross-border Teleworking

- Calculation of the volume of cross-border teleworking to determine the pro-rata taxation in the state of residence: the statistics only show cross-border working as „most of the time“ or „sometimes“ - this needs to be translated into practical terms:
- „most of the time“ = 50 % of working time / remuneration (most of the time home office would mean no cross-border element). 50 % had been set with a view of social security provisions.
- „sometimes“ = 20 % of working time / remuneration.
- The volume of teleworking thus can be determined as follows:

volume of teleworking of persons living in F-Land and working in T-Land:	$12,7\% \times 0,5 + 39,2\% \times 0,2 = 14,19 \%$
volume of teleworking of persons living in T-Land and working in F-Land:	$14,5\% \times 0,5 + 9,6\% \times 0,2 = 9,17 \%$

Determining the share and volume of cross-border teleworking

- This gives the following share and volume of cross-border teleworking

	living and teleworking in F-Land	living and teleworking in T-Land
Share of cross-border teleworkers	52 %	24 %
Volume of cross-border teleworking	14 %	9 %

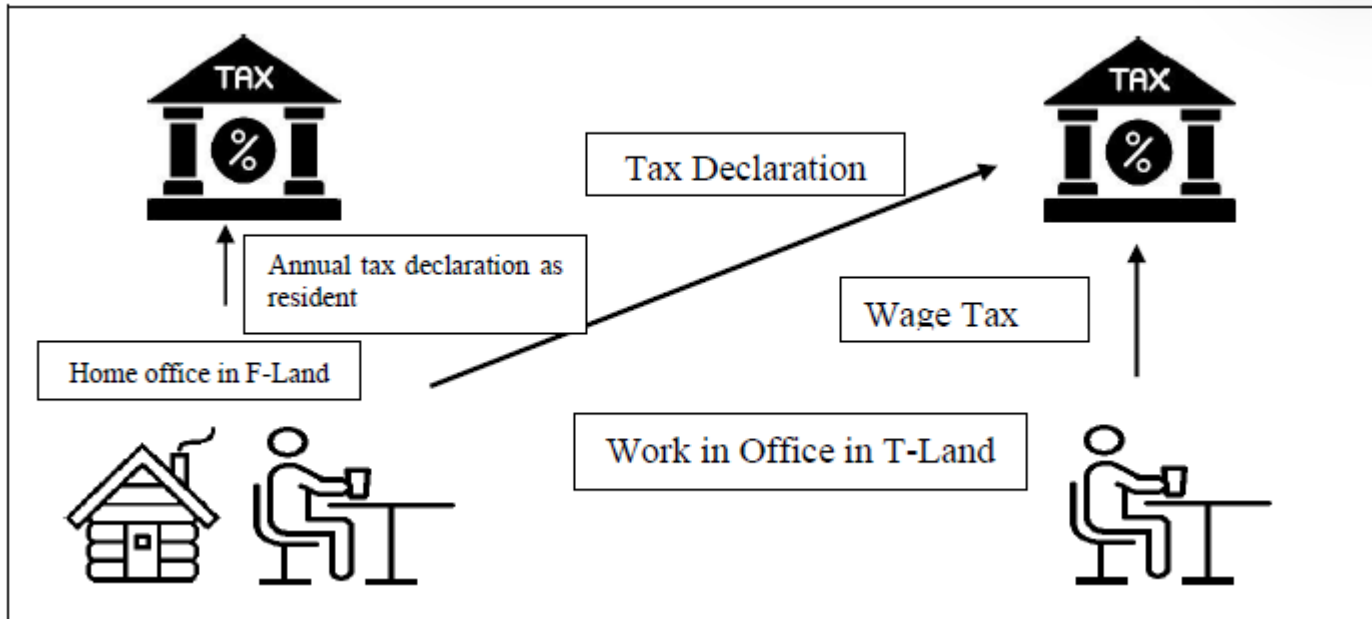
Calculation of Modulation 2:

	Number of cross-border commuters		Median Income in EUR
Domicile F-Land / Work T-Land without home office = 48 %	21.106	income taxable in T-Land = 100 %	43.300
Domicile F-Land / Work on site in T-Land 52 % of workers with a share of 86 %	22.864	income taxable in T-Land = 86%	37.238
Domicile F-Land / Home office F-Land 52 % of workers with a share of 14 %	22.864	income taxable in F-Land due to home office = 14 %	6.062
Domicile T-Land / Work F-Land without home office = 76 %	6.004	income taxable in F-Land = 100 %	45.552
Domicile T-Land / Work on site in F-Land 24 % of workers with a share of 91%	1.896	income taxable in F-Land = 91 %	41.452
Domicile T-Land / Home office T-Land 24 % of workers with a share of 9 %	1.896	income taxable in T-Land due to home office = 9 %	4.100

Calculation of Modulation 3 - One-stop-shop in the state of source

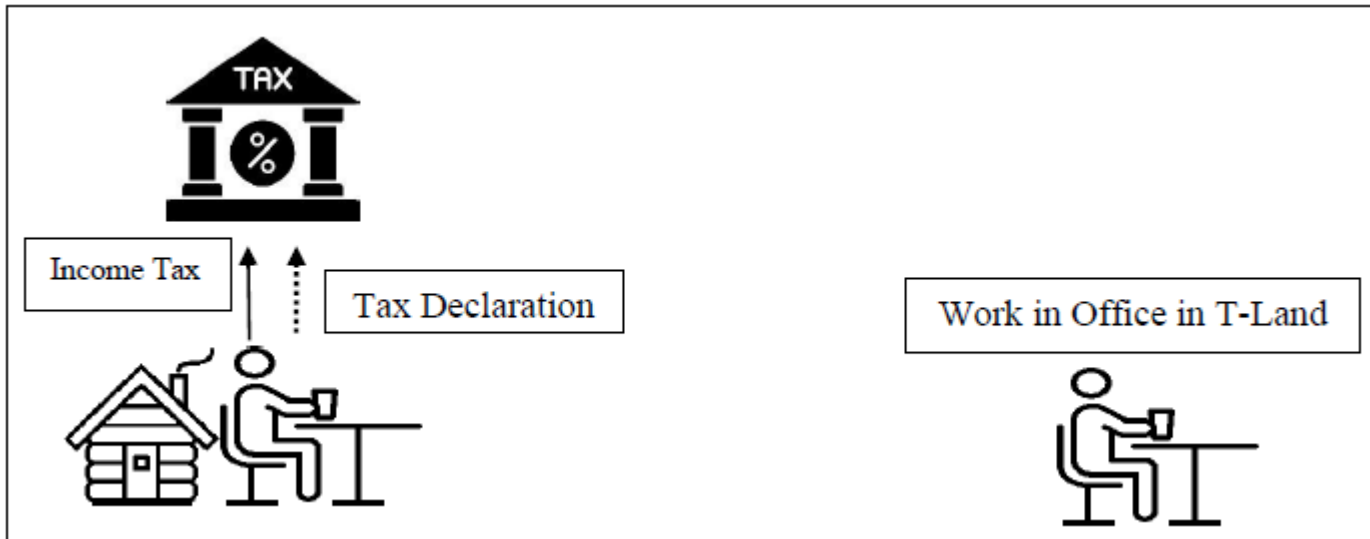
- One-stop-shop can reduce administrative burden and compliance cost.
- One-stop-shops can be set up in the state of residence or in the state of source. This option needs to be exercised correspondingly by both MS.
- If the number of incoming and outgoing commuters correspond, no adaptation is necessary - the tax revenue should remain the same.
- If there are imbalances between the number of incoming and outgoing commuters, this will impact the budget revenue, but could be addressed by a compensation mechanism.

One-stop-shop in the state of source



- One-stop-shop: taxing rights for the income attributed to a single state.
- Any activity in home office represents forgone revenue for the state of residence.

One-stop-shop in the state of residence



- One-stop-shop: taxing rights for the income attributed to a single state.
- Any activity carried out in the source state represents forgone revenue for the state of source.

Deducing a Formulary Compensation Mechanism

If a one-stop-shop was established in the :

- Source state, then the share attributable to telework in the other state would represent forgone revenue for the residence state;
- Residence state, then the share attributable to work carried out in the other state (under the provisions of Article 15 OECD-MTC) would represent forgone revenue for the source state.

Deducing a Formulary Compensation Mechanism

The amount representing the forgone revenue can be computed on the basis of the following data:

- Number of cross-border (tele-)workers;
- Share of working time in the other state (share of telework / share of work at office).

Deducing a Formulary Compensation Mechanism

- When the One-stop-shop is established in the **state of source**

Step 1: Determination of Budget Revenue:

Number of cross-border commuters	x	Average income tax due in source state	=	Budget revenue
----------------------------------	---	--	---	----------------

Step 2: Determination of Amount of compensation:

Budget revenue	x	Share of telework in state of residence	=	Amount of compensation
----------------	---	---	---	------------------------

Example: One-Stop Shop in source country

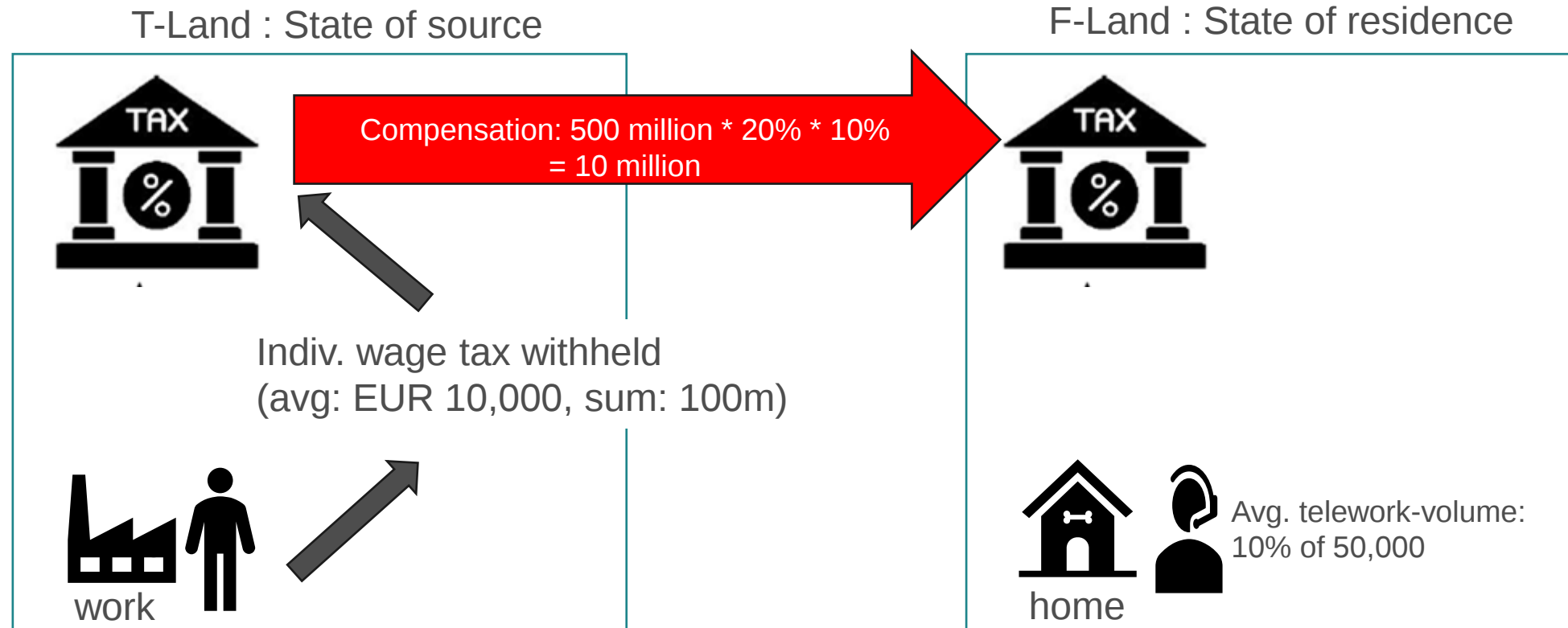
- EUR 10,000 workers from F-Land commuting to T-Land
- Average gross wage: EUR 50,000 p.a.

⇒ **primary income (wages) paid from T to F: EUR 500m**

Data source: Nat. Accounts
(Balance of Payments)

- **Of which: 10% accountable to telework (50m)**
- Avg. wage tax rate in State of source: 20%

Data source: New EU-wide
survey (LFS?)



Deducing a Formulary Compensation Mechanism

- When the One-stop-shop is established in the **state of residence**

Step 1: Determination of Budget Revenue: ¶

$$\text{Number of cross-border commuters} \times \text{Average income tax due in } \underline{\text{residence state}} = \text{Budget revenue}$$

¶

Step 2: Determination of Amount of compensation: ¶

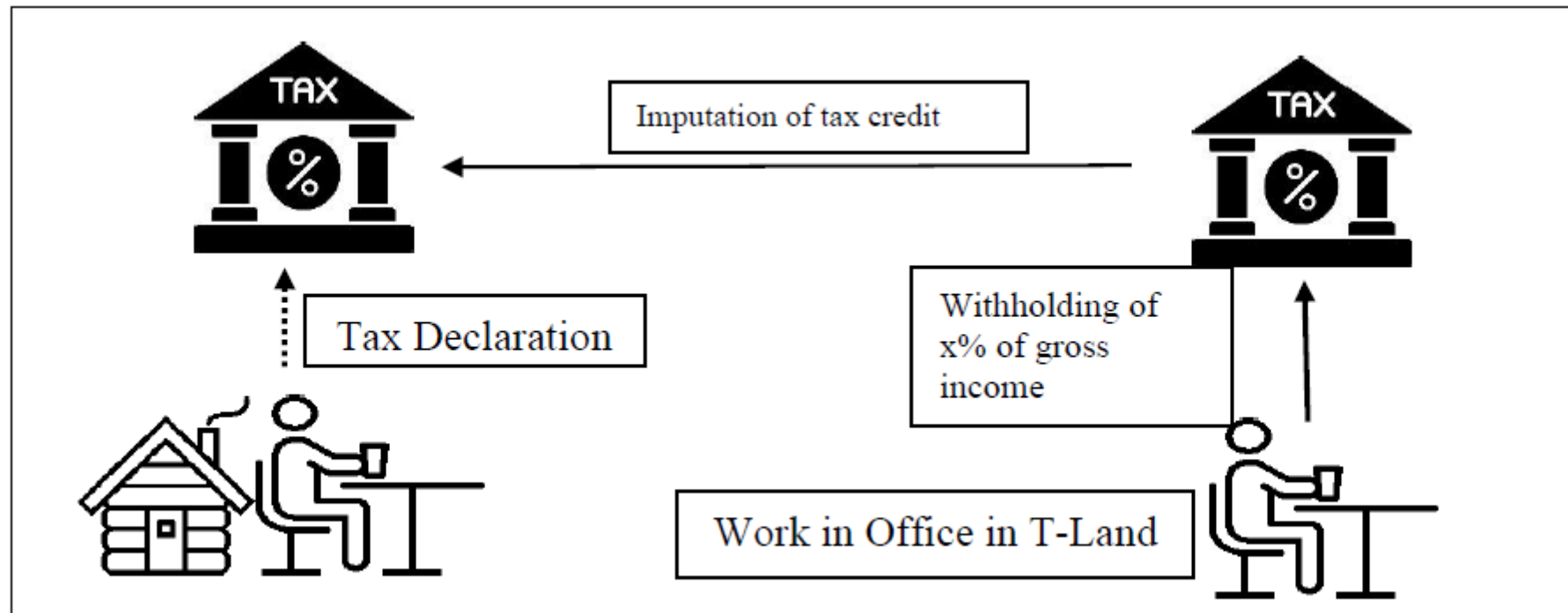
$$\text{Budget revenue} \times \text{Share of work at normal place of activity in state of source} = \text{Amount of compensation}$$

Deducing a Formulary Compensation Mechanism

- The crucial points are:
 - The determination of the number of cross-border commuters;
 - The average income tax due in the source state;
 - The share and volume of telework in the state of residence.
- The numbers could be determined:
 - On a micro one-by one-basis, i.e. summing up the individual figures for each commuter
 - Or at macro level.
- With regard to the amount of compensation to be transferred:
 - Does the state of the one-stop-shop receive a service fee for the collection of tax revenue ?
 - Is the compensation amount transferred 1:1 or is the level of taxation in the other state taken into account.

Taxation in State of Residence combined with a withholding tax

- One-stop-shop in the state of residence with a withholding in the state of source



Modulation 3: one-stop-shop in state of source

□	Number cross-border commuters□	Median Income in EUR□	Income Tax Base in EUR□	Personal income tax charge in EUR□	Average tax rate□	¶ □	Tax revenue in EUR□
Domicile F-Land / Work T-Land – share of CB TW = 14 %□	43.970□	43.300□	33.270□	3.087□	7,13%□	T-Land tax revenue □	135.735.390□
□	□	□	□	□	□	Share to be paid by T-Land to F-Land = 14 %□	19.002.955□
Domicile T-Land / Work F-Land – share of CB TW = 9 %□	7.900□	45.552□	35.739□	6.448□	14,16%□	F-Land tax revenue□	50.939.200□
□	□	□	□	□	□	Share to be paid by T-Land to F-Land = 9 %□	4.584.528□
□	□	□	□	□	□	Total tax revenue □	186.674.590□
□	□	□	□	□	□	T-Land tax revenue final□	121.316.963□
□	□	□	□	□	□	F-Land tax revenue final□	65.357.627□

Modulation 4: one stop shop in state of residence

□	Number cross-border commuters□	Median Income in EUR□	Income Tax Base in EUR□	Personal income tax charge in EUR□	Average tax rate□	¶ □	Tax revenue in EUR□
Domicile F-Land / Work T-Land — share of CB TW = 14.0%□	43.970□	43.300□	33.909□	5.877□	13,57%□	F-Land tax revenue □	258.411.690□
□	□	□	□	□	□	Share to be paid by F-Land to T-Land = 86.0%□	222.234.053□
Domicile T-Land / Work F-Land — share of CB TW = 9.0%□	7.900□	45.552□	35.522□	3.310□	7,27%□	T-Land tax revenue □	26.149.000□
□	□	□	□	□	□	Share to be paid by T-Land to F-Land = 91.0%□	23.795.590□
□	□	□	□	□	□	Total tax revenue □	284.560.690□
□	□	□	□	□	□	T-Land tax revenue final □	224.587.463□
□	□	□	□	□	□	F-Land tax revenue final □	59.973.227□

Conclusions

- One-stop-shops established either in the state of source or the state of residence can help to significantly lower the compliance burden for taxpayers, employers and national tax administrations.
- Cross-border teleworking can affect the tax revenues as illustrated above.
- The test case demonstrates the need to analyse the issue also from the perspective of Member States' tax revenue.
- For cases where there are significant imbalances, in particular regarding the number of incoming and outgoing cross-border workers, compensatory payments or the introduction of a withholding tax could be useful tools to compensate those imbalances.

THANK YOU FOR YOUR ATTENTION !

Keep in touch



ec.europa.eu/taxation_customs/



[@EU_Taxud](https://twitter.com/EU_Taxud)



ec.europa.eu/



[@EU_Commission](https://twitter.com/EU_Commission)



[europeancommission](https://www.instagram.com/europeancommission)



[@EuropeanCommission](https://www.instagram.com/EuropeanCommission)



[@EuropeanCommission](https://www.facebook.com/EuropeanCommission)



[EUTube](https://www.youtube.com/EUTube)



[European Commission](https://www.linkedin.com/company/EuropeanCommission)



[EU Spotify](https://open.spotify.com/EU_Spotify)

Thank you



© European Union 2020

Unless otherwise noted the reuse of this presentation is authorised under the [CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) license. For any use or reproduction of elements that are not owned by the EU, permission may need to be sought directly from the respective right holders.

Slide xx: **element concerned**, source: **e.g. Fotolia.com**; Slide xx: **element concerned**, source: **e.g. iStock.com**

DER EU-HAUSHALT

Die Gemeinsame Agrarpolitik innerhalb des MFR 2028-2034

Vorschlag der Kommission 16.7.2025

Ein ehrgeiziger Haushalt

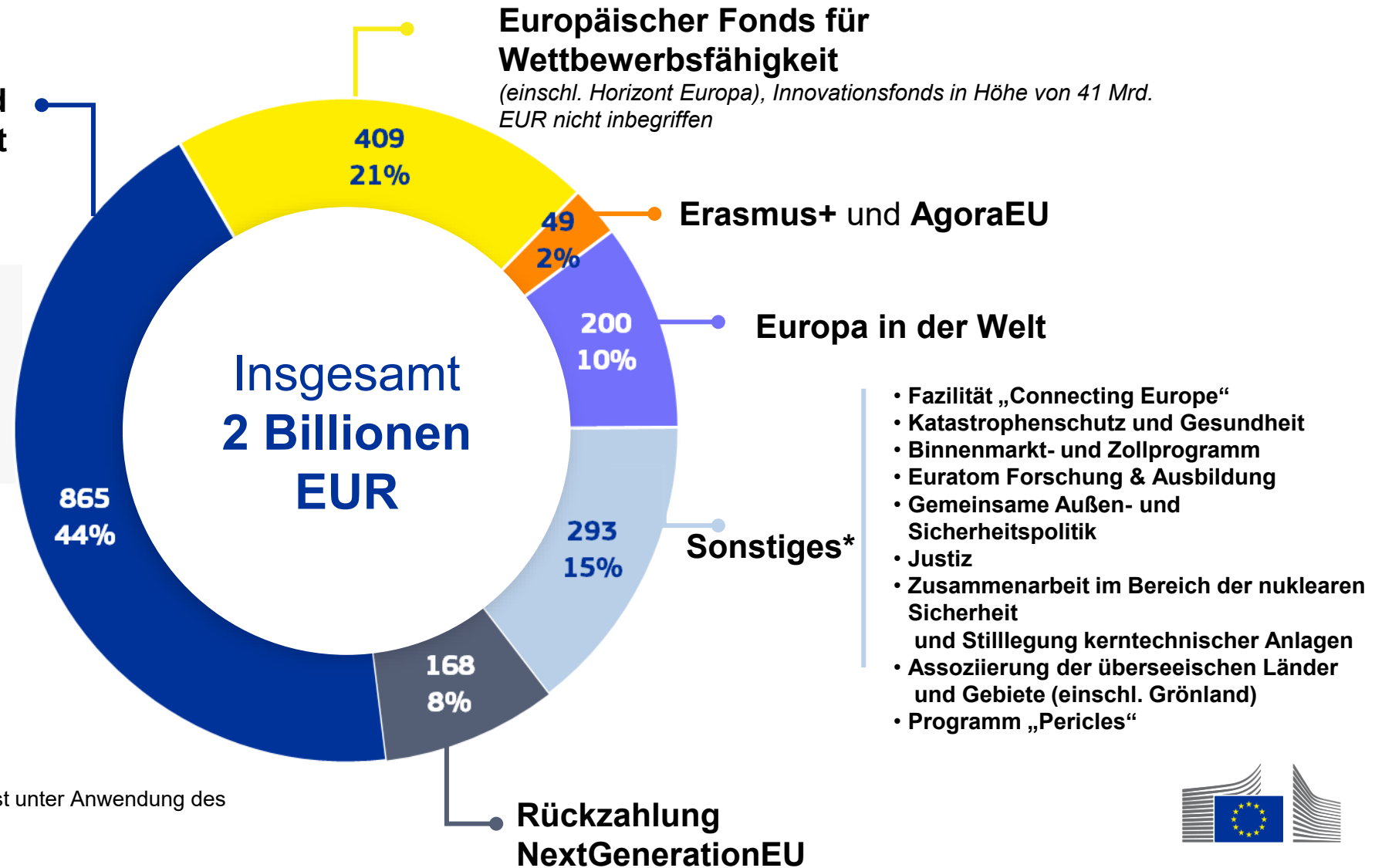
Pläne für nationale und regionale Partnerschaft

- 16 Programme statt 52
- Einfacher für die Begünstigten
- Ergebnisorientiert
- Flexibler

Die Obergrenzen basieren weiter auf einem festen Deflator von 2 %, wenn die Inflation in der EU zwischen 1 % und 3 % liegt. Wenn die Inflation unter 1 % oder über 3 % liegt, erfolgt eine Anpassung auf der Grundlage der tatsächlichen Inflation.

Alle Beträge in EUR, zu jeweiligen Preisen, angepasst unter Anwendung des Deflators von 2 %

* Umfasst auch Verwaltung und dezentrale Agenturen



Spezifische Ziele der NRP-Pläne: GAP

Artikel 3 der NRP-Verordnung

a) Unterstützung des nachhaltigen **Wohlstands** der Union in allen Regionen

b) Unterstützung der **Verteidigungsfähigkeiten** der Union und ihrer **Sicherheit** in allen Regionen

c) Stärkung des **sozialen Zusammenhalts** durch Unterstützung der Menschen und Stärkung der **Gesellschaften der Union** und des Sozialmodells der Union

d) Wahrung der **Lebensqualität** in der Union

e) Schutz und Stärkung der Grundrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie Wahrung der Werte der Union durch

i) Unterstützung eines fairen und ausreichenden Einkommens für Landwirte und ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit, einschließlich der Stellung der Landwirte in der Wertschöpfungskette

ii) Beitrag zur langfristigen Ernährungssicherheit

iii) Steigerung der Attraktivität der ländlichen Gebiete und Erhöhung des dortigen Lebensstandards, auch in Bezug auf den Zugang zum Gesundheitswesen, sowie faire Arbeitsbedingungen und Förderung des Generationswechsels; Stärkung der Vorsorge der Landwirte für Krisen und Risiken und ihrer Fähigkeit, mit diesen umzugehen; Förderung des Zugangs zu Wissen und Innovation sowie Beschleunigung des digitalen und des grünen Wandels für einen florierenden Agrar- und Lebensmittelsektor

v) Stärkung nachhaltiger land- und forstwirtschaftlicher Bewirtschaftungsverfahren, um Maßnahmen für ein resilientes Klima, die Bereitstellung vielfältiger Ökosystemleistungen, die Unterstützung der wirksamen Wasserbewirtschaftung und der Wasserqualität und -resilienz, die Umsetzung naturbasierter Lösungen, die Stärkung der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes, die Verbesserung der Erhaltung und Wiederherstellung von Biodiversität, Böden und natürlichen Ressourcen sowie die Verbesserung des Tierschutzes zu fördern

NRP*-Fonds – 865 Mrd. EUR an Zuschüssen

EU-Fazilität – 71,9 Mrd. EUR

Interreg – 10,2 Mrd. EUR

NRP*-Pläne – 783 Mrd. EUR

Davon 218 Mrd. EUR
für weniger entwickelte Regionen
(LDR)**

Einkommensstützung im

Rahmen der GAP

293,7 Mrd. EUR

Fischerei

2 Mrd. EUR

Nicht zweckgebunden

in NRP*-Plänen

453 Mrd. EUR

45 Mrd. EUR aus der
Halbzeitüberprüfung
im Voraus verfügbar

Mittel im Bereich Inneres

34,2 Mrd. EUR



Darlehen im Rahmen von Catalyst Europe
150 Mrd. EUR (nicht zweckgebunden)

Zu jeweiligen Preisen

Einheitliches Sicherheitsnetz – 6,3 Mrd. EUR

EU-Solidarität (z. B. Naturkatastrophen) – 20,1 Mrd. EUR / Maßnahmen im Bereich Inneres – 25,2 Mrd. EUR / Sonstige Maßnahmen der Union – 11,5 Mrd. EUR / Haushaltspolster – 8,7 Mrd. EUR

Mindestbetrag der GAP für Interventionen zur Einkommensstützung

- Degressive flächenbezogene Einkommensstützung (DABIS)
- Gekoppelte Einkommensstützung
- Kulturspezifische Zahlung für Baumwolle
- Zahlung für naturbedingte und andere gebietsspezifische Benachteiligungen
- Unterstützung für Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben
- Agrarumwelt- und Klimaaktionen
- Zahlung für Kleinerzeuger
- Unterstützung für Risikomanagementinstrumente
- Unterstützung für Investitionen von Landwirten und Waldbesitzern
- Unterstützung für die Niederlassung von Junglandwirten, neuen Landwirten sowie Unternehmensgründungen im ländlichen Raum und Unternehmensentwicklung von kleinen Betrieben
- Unterstützung für Vertretungsdienste
- Interventionen in bestimmten Sektoren

Wird aufgestockt für:

Interventionen zur Einkommensstützung (DABIS, gekoppelte Stützung, Baumwollzahlung und Kleinerzeugerzahlung können nur um den vorgezogenen Flexibilitätsbetrag aufgestockt werden)

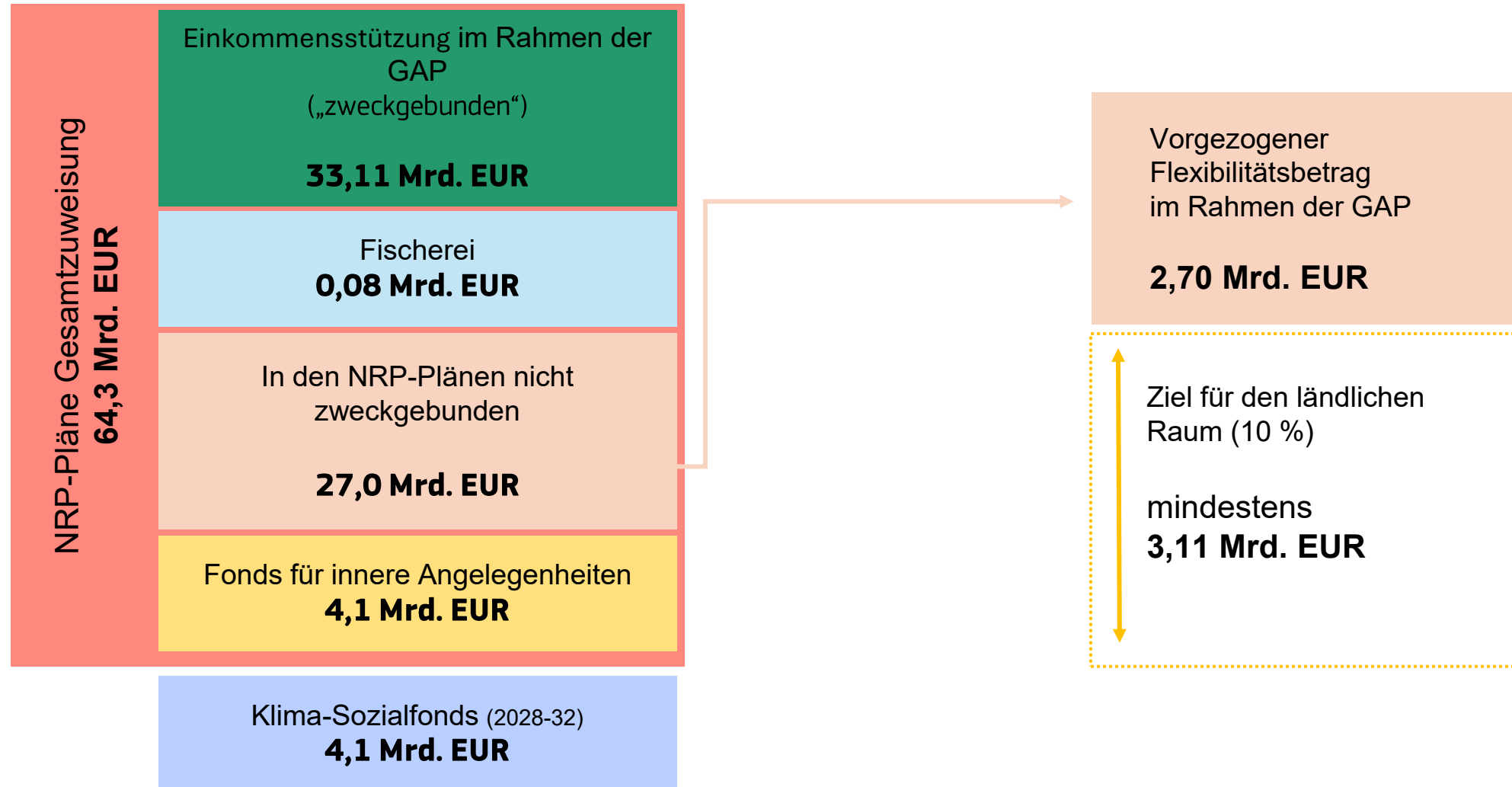


- LEADER
- Unterstützung für Wissensaustausch und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und in ländlichen Gebieten
- Initiativen der territorialen und lokalen Zusammenarbeit
- Interventionen in Gebieten in äußerster Randlage
- Interventionen auf kleineren Inseln des Ägäischen Meeres
- EU-Schulprogramm
- Krisenzahlungen

* Nationale und regionale Partnerschaft

** Interventionen im Rahmen der GAP und der GFP, die über die zweckgebundenen Beträge hinausgehen, können auf die Zuweisung für weniger entwickelte Regionen angerechnet werden, sofern sie diesen Regionen zugutekommen

NRP-Mittelzuweisung für Deutschland (2028-2034)



Finanzierung des GAP-Instrumentariums

ZWECKGEBUNDENE BETRÄGE FÜR DIE GAP

INTERVENTIONEN ZUR EINKOMMENSSTÜTZUNG

- Degressive flächenbezogene Einkommensstützung*
- Gekoppelte Einkommensstützung*
- Kulturspezifische Zahlung für Baumwolle*
- Zahlung für Kleinerzeuger*
- Zahlung für naturbedingte und andere gebietsspezifische Benachteiligungen*
- Unterstützung für Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben
- Agrarumwelt- und Klimaaktionen*
- Unterstützung für Risikomanagementinstrumente*
- Unterstützung für Investitionen von Landwirten und Waldbesitzern*
- Unterstützung für die Niederlassung von Junglandwirten, neuen Landwirten sowie Unternehmensgründungen im ländlichen Raum und Unternehmensentwicklung von kleinen Betrieben*
- Unterstützung für Vertretungsdienste
- Interventionen in bestimmten Sektoren*

100 %
EU-
Finanzierung

Nationaler Beitrag
mind. 30 % der
förderfähigen
öffentlichen
Ausgaben

SONSTIGE GAP-INTERVENTIONEN

- Schulprogramm*
- LEADER*
- Wissensaustausch und Innovation*
- Territoriale und lokale Zusammenarbeit
- POSEI-SAI*
- Krisenzahlungen für Landwirte**
(Mobilisierung der nationalen Zuweisungen)

Nationaler Beitrag
mind. 30 % der
förderfähigen öffentlichen
Ausgaben

Nationale Beitragssätze
mind. 15 %, 40 %, 60 %
der förderfähigen
öffentlichen Ausgaben

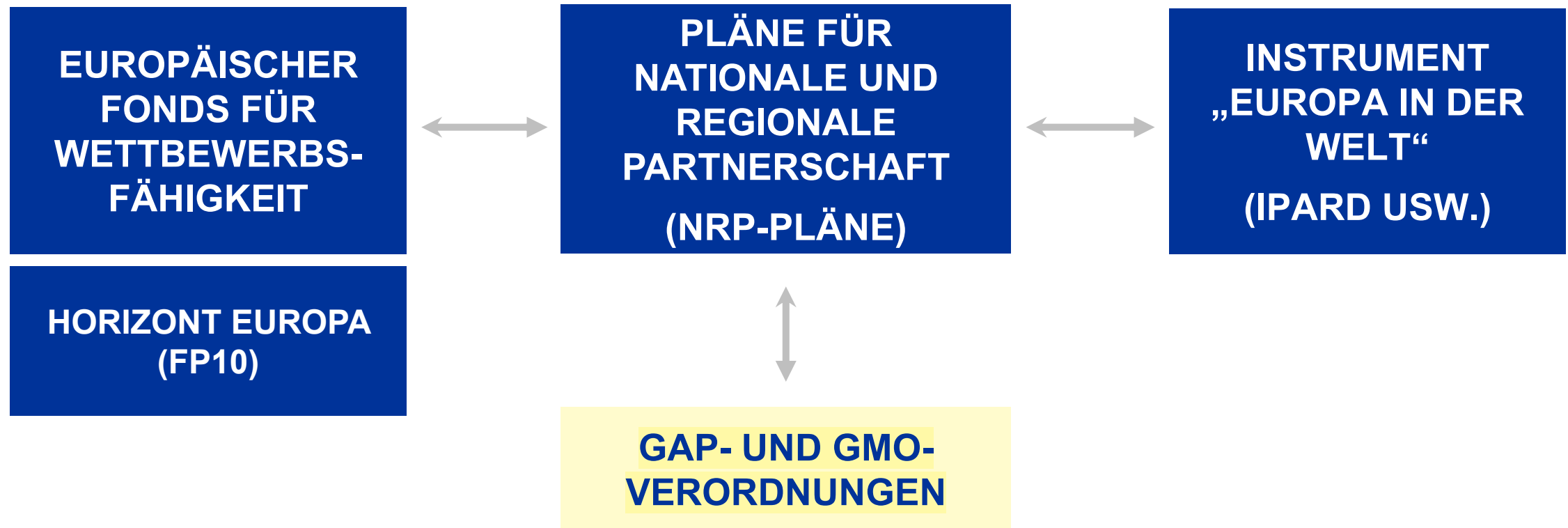
Für Einkommensbeihilfen, die über die zweckgebundenen Beträge hinausgehen:
Nationale Beitragssätze mind. 15 %, 40 %, 60 % der **förderfähigen öffentlichen Ausgaben**

(*) = Es ist für alle (bzw. die betroffenen) Mitgliedstaaten **obligatorisch**, diese Maßnahmen in ihren Plänen vorzusehen



Die GAP in der Architektur des MFR

VERORDNUNG ÜBER DEN LEISTUNGSRAHMEN



Danke für die Aufmerksamkeit!





Einführung in die EU-Regionalpolitik

Janos Schmied – GD Regio.F2

15. April 2026

EU-Kohäsionspolitik

- Zentrale Investitionspolitik der EU
- Artikel 174 – Vertrag von Lissabon
- Ziele:
 - wirtschaftliche Integration stärken
 - territoriale und sozio-ökonomische Disparitäten reduzieren
 - wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion

Aufteilung der EU-Zuständigkeiten

AUSSCHLIESSLICH



- Handel
- Wettbewerb



GETEILT



- Landwirtschaft
- Regionalpolitik



UNTERSTÜTZEND

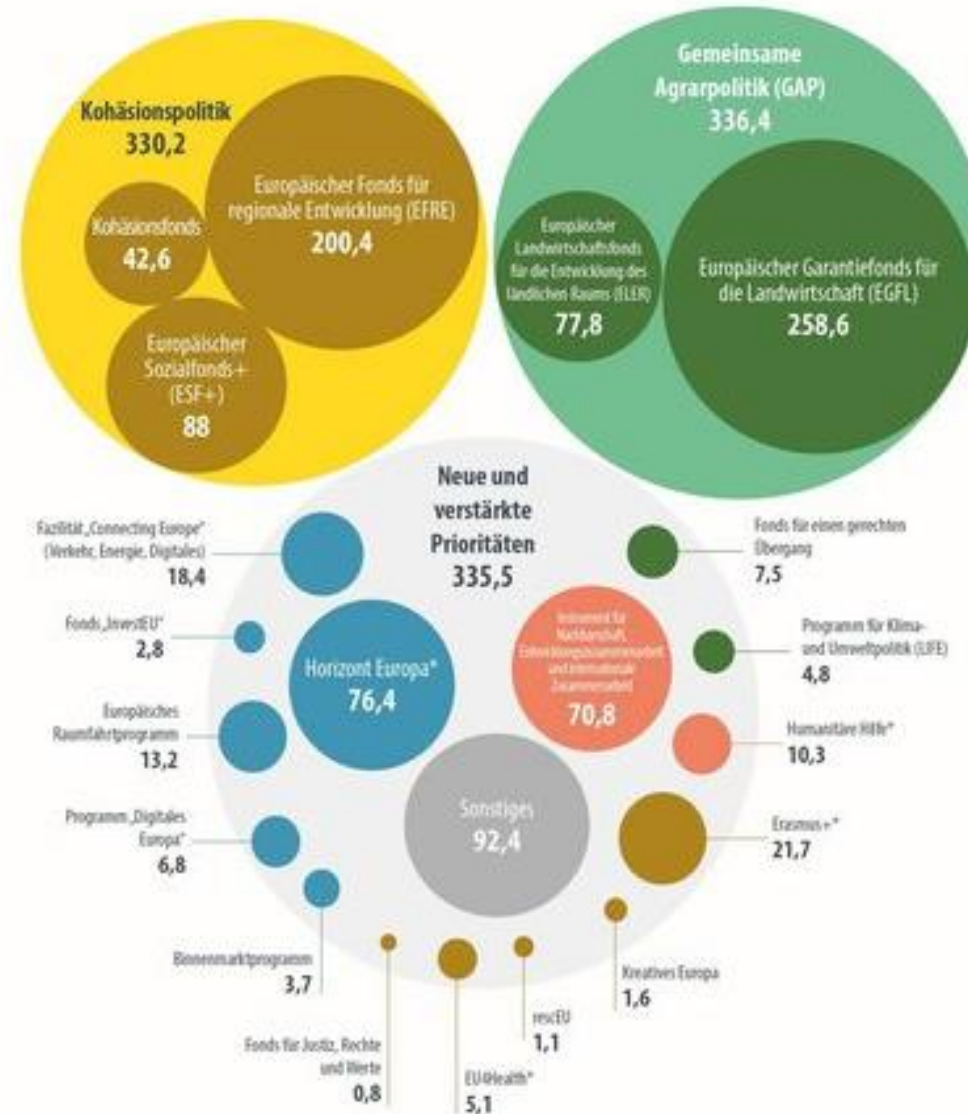


- Tourismus
- Bildung



Wichtigste Programme und Fonds im mehrjährigen Finanzrahmen

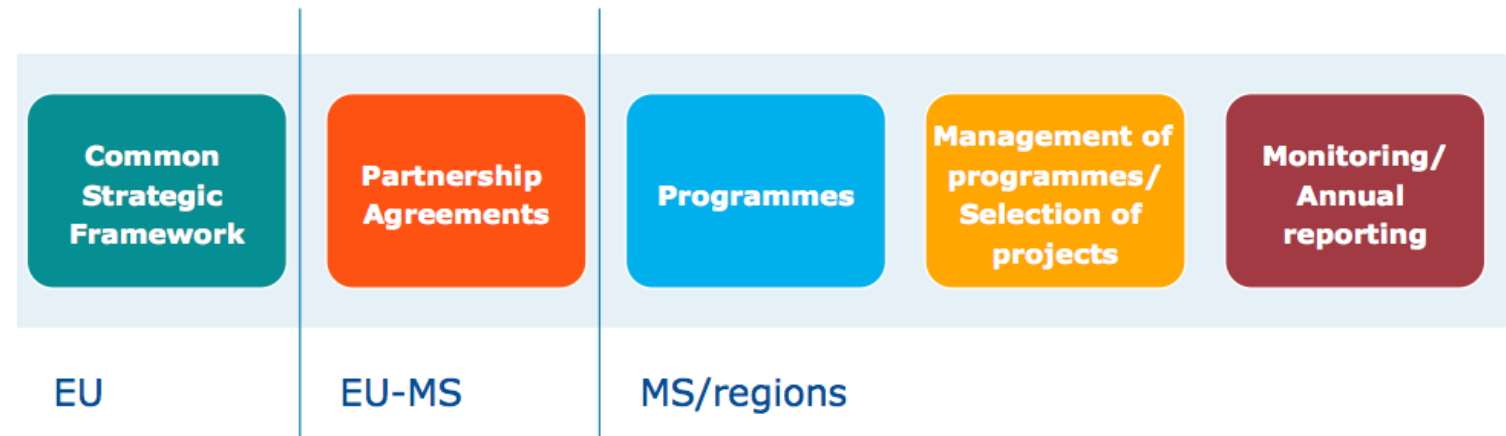
in Mrd. € (zu Preisen von 2018)



Europäische
Kommission

Grundsätze der Kohäsionspolitik

- Geteilte Mittelverwaltung
– Projektauswahl vor Ort
- Konzentration
- Additionalität –
Kofinanzierung
- Mehrjährige
Programmierung
- Partnerschaftsprinzip

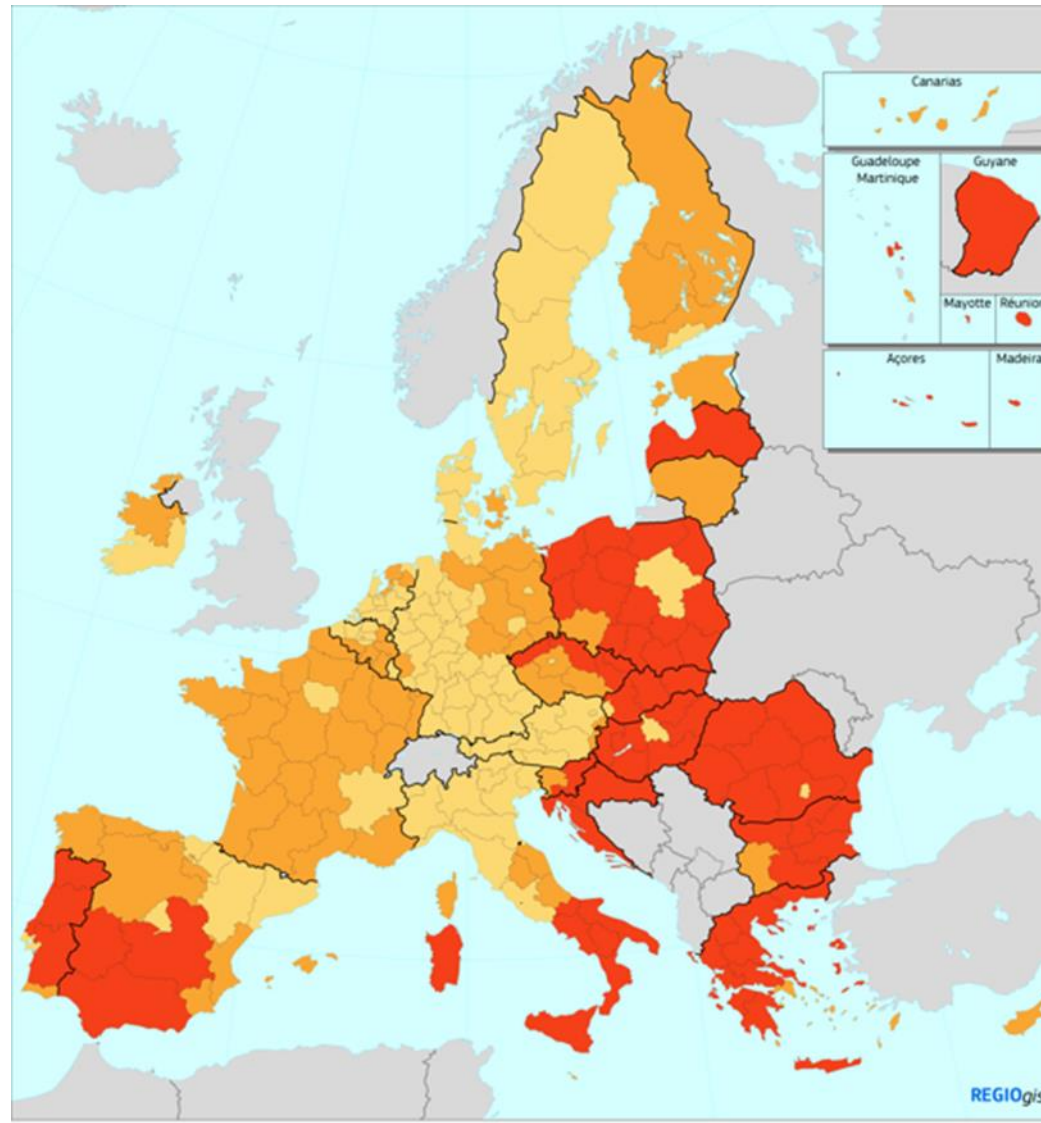


Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds

Europäischen Struktur- und Investitionsfonds	Budget 2021-27 (laufende Preise in EUR Mrd.)
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	226,0
Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+)	99,3
Kohäsionsfonds (KF)	48,0
<i>(Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER))</i>	(87,4)
Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)	6,1

➤ **1/3 des gesamten EU-Budgets!**

Neue regionale Karte zur Förderfähigkeit 2021-2027



GDP/head (PPS) by NUTS2 region, average 2014-2015-2016

Index, EU-27 = 100

- < 75% (less developed regions)
- 75% - 100% (transition regions)
- >= 100% (more developed regions)

Obergrenze für EU-Beitrag

85%	Weniger entwickelte Regionen
60%	Übergangsregionen
40%	Stärker entwickelte Regionen

➤ Modulierung von Fördersätzen auf Projektebene!

Förderfähigkeit 2021-2027 – Regionenkategorien in Deutschland



Germany: Investment for jobs and growth goal (ERDF and ESF+) eligibility, 2021-2027

Categories of regions

- Less developed regions (GDP/head (PPS) less than 75% of the EU-27 average)
- Transition regions (GDP/head (PPS) between 75% and 100% of the EU-27 average)
- More developed regions (GDP/head (PPS) above 100% of the EU-27 average)

GDP/head: average 2015-2016-2017

Politische Ziele

1. Ein **wettbewerbsfähigeres** und **intelligenteres** Europa durch die Förderung eines innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandels
ca. 60% der EFRE-Mittel
2. Ein **grünerer**, CO₂-armer Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft
ca. 30% der EFRE-Mittel
3. Ein **stärker vernetztes** Europa durch die Steigerung der Mobilität
4. Ein **sozialeres** und inklusiveres Europa
5. Ein **bürger näheres** Europa durch die Förderung einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung aller Arten von Gebieten und lokalen Initiativen
mind. 8% der EFRE-Mittel

THEMATISCHE KONZENTRATION

Gilt auf nationaler Ebene! – Mehr Flexibilität!

Für Länder mit:	Mindestprozentsatz PZ 1 („intelligenteres Europa“)	Mindestprozentsatz PZ 2 („grüneres, CO2-freies Europa“)
Weniger entwickelte Regionen	25%	30%
Übergangsregionen	40%	30%
Stärker entwickelte Regionen	PZ 1 + PZ 2 min. 85%	30%

- 8 % der Mittel fließen in die nachhaltige Stadtentwicklung

Kohäsionspolitische Mittel in DE (2021-2027)

im Vergleich zu 2014-2020 (%), laufende Preise in Mio. EUR

FONDS	2021-2027	2014-2020	Veränderung
EFRE	10 820	10 774	+ 0.42 %
ESF +	6 562	7 496	- 12.46 %
EMFAF	212	291	- 27.15 %
Fonds für gerechten Übergang (JTF)	2 478	-	-
Gesamt	20 072	18 561	+ 8.14 %
Interreg	1 018	965	+ 5.5 %
REACT-EU (2021)	1 887		
RRF	25 600		

Niedersachsen erhält aus dem EFRE/ESF 2014-2020: 978,3 Mio.
EUR und aus dem EFRE/ESF+ 2021-2027: 1,058 Mrd. EUR

Übergangsregion und Stärker entwickelte Region

EFRE/ESF-Fördergebietskulisse in Niedersachsen

Programmgebiet „Übergangsregion“ (ÜR)

■ Lüneburg

Programmgebiet „Stärker entwickelte Region“ (SER)

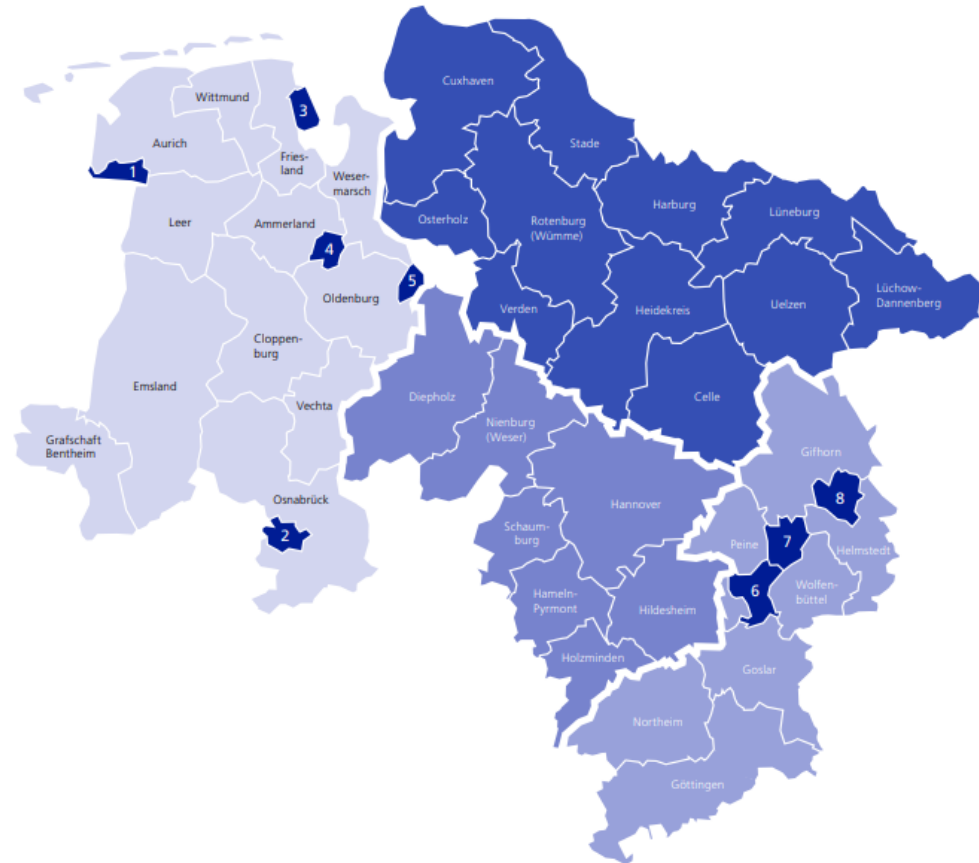
■ Weser-Ems

■ Braunschweig

■ Leine-Weser

Kreisfreie Städte

- 1 Emden
- 2 Osnabrück
- 3 Wilhelmshaven
- 4 Oldenburg (Oldb.)
- 5 Delmenhorst
- 6 Salzgitter
- 7 Braunschweig
- 8 Wolfsburg



Kohäsionspolitische Mittel in Niedersachsen (2021-2027)

im Vergleich zu 2014-2020 (%), laufende Preise in Mio. EUR

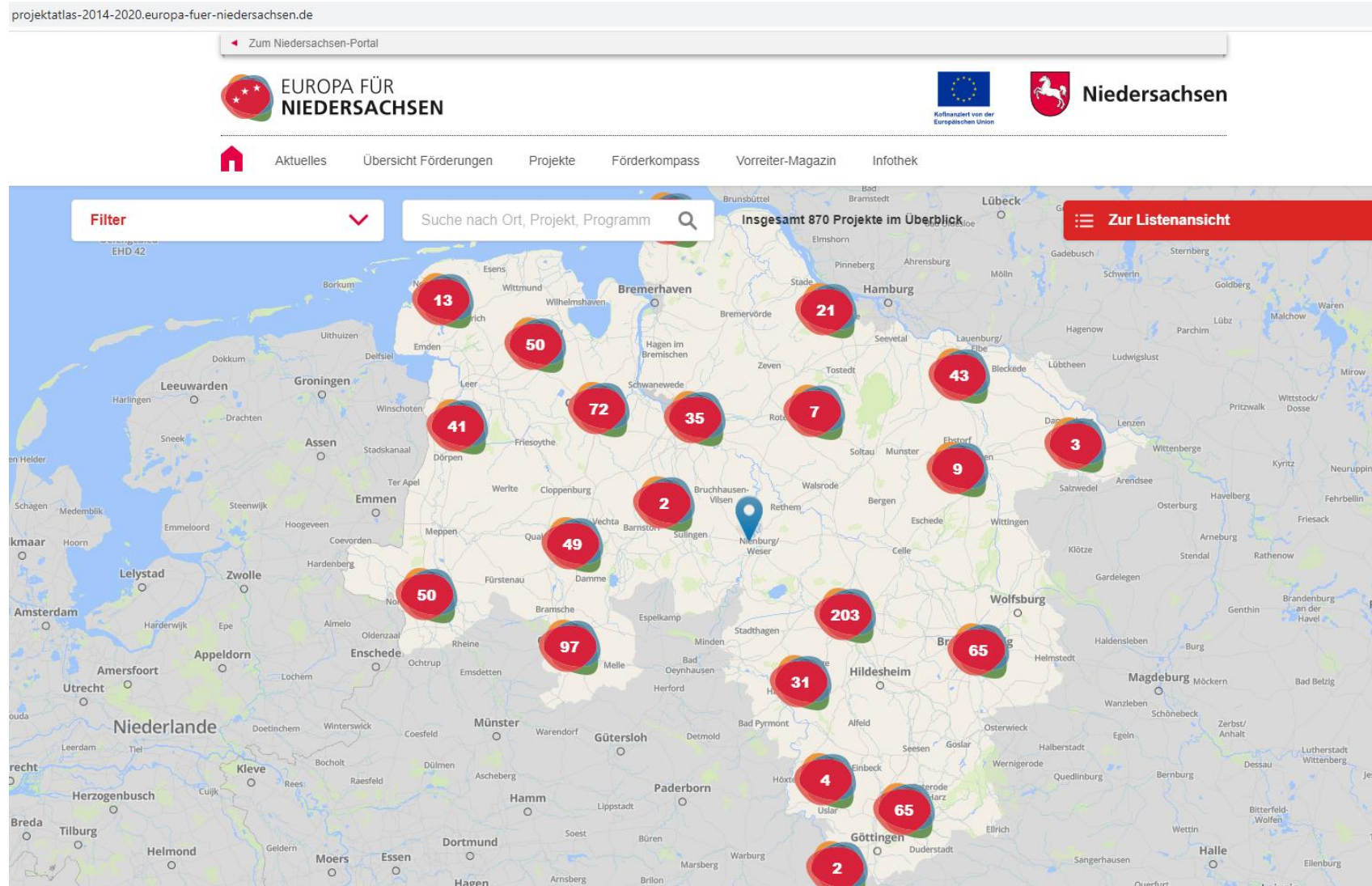
FONDS	2021-2027	2014-2020	Veränderung
EFRE - Übergangsregion	307.701.658,00	206.225.848,00	49,21%
EFRE - stärker entwickelte Region	490.571.135,00	487.864.082,00	0,55%
EFRE insgesamt	798.272.793,00	694.089.930,00	15,01%
ESF / ESF+ - Übergangsregion	85.086.419,00	94.449.663,00	-9,91%
ESF / ESF+ - stärker entwickelte Region	175.523.335,00	189.768.972,00	-7,51%
ESF / ESF+ insgesamt	260.609.754,00	284.218.635,00	-8,31%
REACT-EU-ESF	0	21.251.950,00	
REACT-EU-EFRE	0	198.049.408,00	
REACT-EU insgesamt	0	219.301.358,00	
EFRE & ESF/ESF+ insgesamt	1.058.882.547,00	978.308.565,00	8,24%
Grand total	1.058.882.547,00	1.197.609.923,00	

Unterstützte Maßnahmen

EFRE 2021-27

- Ausbau der **F&E-Kapazitäten**/Forschungsinfrastrukturen
- Förderung des **Technologietransfers** von FuI-Organisationen in KMU
- Unterstützung direkter **F&E-Projekte in KMU**
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (u.a. **Start-up-Infrastruktur** / wirtschaftsnahe Infrastruktur / Finanzierung wachstumsstarker **Start-up-Unternehmen durch ein Finanzinstrument, Gründung & Nachfolge in KMU und Handwerk**)
- **Energieeffizienzmaßnahmen**
- **Biodiversität** - grüne Infrastrukturen, Schutz, Verwaltung von Natura-2000-Gebieten und anderen nationalen Naturgebieten sowie Verbesserung der Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Tourismus
- Entwicklung **intelligenter lokaler Energiesysteme**
- Investitionen in die **Kreislaufwirtschaft**
- **nachhaltige städtische Mobilität**
- Territoriale Instrumente: nachhaltige Stadtentwicklung (**Innenstadtprogramm**) & integrierte territoriale Investitionen (**Zukunftsregionen**)

<https://projektatlas-2014-2020.europa-fuer-niedersachsen.de/>



https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/liste-der-vorhaben-152610.html

europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/liste-der-vorhaben-152610.html

Zum Niedersachsen-Portal Ministerien Service

AA

 **EUROPA FÜR NIEDERSACHSEN**

 **Niedersachsen. Klar.**

 [Aktuelles](#) [Übersicht Förderung](#) [Projektatlas](#) [Förderkompass](#) [Vorreiter-Magazin](#) [Infothek](#)

STARTSEITE ► ÜBERSICHT FÖRDERUNG ► EFRE UND ESF+

Liste der Vorhaben

Liste der Vorhaben 2014-2020

Um die Öffentlichkeit über die einzelnen Förderprojekte in Niedersachsen zu informieren, werden die Empfänger von EFRE- und ESF-Fördermitteln in einer „Liste der Vorhaben“ im Internet veröffentlicht. Die Liste wird alle 6 Monate aktualisiert und beinhaltet u.a. die Namen der Zuwendungsempfänger, die Projektbezeichnungen, die förderfähigen Ausgaben und den Unions-Kofinanzierungssatz pro Prioritätsachse.

 [Liste der Vorhaben EFRE Stand 30.09.2022.xlsx - Download \(XLSX, 0,39 MB\)](#)

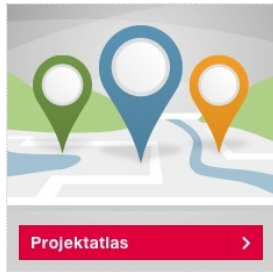
 [Liste der Vorhaben ESF Stand 30.09.2022.xlsx - Download \(XLSX, 1,21 MB\)](#)

Liste der Vorhaben 2021-2027

Um auch in der Förderperiode 2021-2027 die Öffentlichkeit über die einzelnen Förderprojekte in Niedersachsen zu informieren, werden die Empfänger von EFRE- und ESF Plus-Fördermitteln in einer „Liste der Vorhaben“ im Internet veröffentlicht. Die Liste wird alle 4 Monate aktualisiert und beinhaltet u.a. die Namen der Zuwendungsempfänger, die Projektbezeichnungen, die Gesamtkosten des Vorhabens und den Kofinanzierungssatz der Union.

 [Liste der Vorhaben EFRE 2021-2027 Stand 30.09.2022.xlsx - Download](#)

 [Liste der Vorhaben ESF+ Stand 30.09.2022.xlsx - Download](#)



Projektbeispiele

EFRE Niedersachsen I.



BATTERY LAB BRAUNSCHWEIG

ECKPUNKTE:

- 900 m2 Entwicklungszentrum zur Untersuchung von Elektroden- und Zellproduktionsprozessen
- Fertigung großformatiger Batteriezellen
- Sieben Institute der TU Braunschweig sowie die PTB Braunschweig und Industrieunternehmen

Gesamtkosten: ca. 9.000.000 Euro

Zuschuss der EU aus dem

Fonds EFRE: ca. 4.000.000 Euro

Weitere Informationen: www.tu-braunschweig.de/blb



ANWENDUNGSPLATTFORM INTELLIGENTE MOBILITÄT (AIM)

ECKPUNKTE:

- bildet als Großforschungsanlage das komplette Spektrum der Verkehrsforschung ab
- Entwicklung & Erprobung von Fahrerassistenzen
- modernes Verkehrsmanagement

Gesamtkosten: 15.200.000 Euro

Zuschuss der EU aus dem

Fonds EFRE: 5.250.000 Euro

Weitere Informationen: www.dlr.de/ts/aim

Projektbeispiele

EFRE Niedersachsen II.



Zentrum für Materialtechnik an der Technischen Universität Clausthal

- Forschungseinrichtung für Materialwissenschaft und Werkstofftechnik, Maschinenbau und Energietechnologien, Wissens- und Technologietransfer.
- **Weltmarktfähige Innovationen und Produkte** zu entwickeln, zusammen mit industriellen Projektpartnern aus KMU und Großindustrie.

EFRE-MITTEL: **4 000 000 €** INVESTITIONSVOLUMEN GESAMT: **8 000 000 €**



Küstenschutz für die Insel Baltrum

- Nach Sturmflutschäden 2006-2008.
- Verbesserung der **Standicherheit und Funktion der Küstenschutzanlage**.
- Schutz gegen Unterspülung.
- Verminderung des Wellenaufbaus.
- Aussichtsplattform und ein begehbare Wellenbrecher.
- Nachhaltige Sicherheit für Inselbewohner und Touristen.

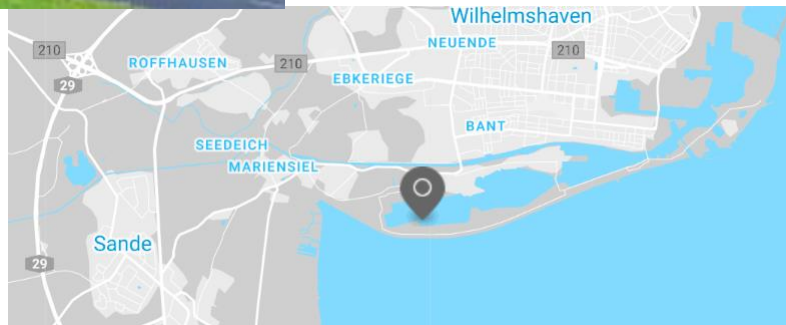
EFRE-MITTEL: **2 440 000 €** INVESTITIONSVOLUMEN GESAMT: **4 880 000 €**

Projektbeispiele EFRE Niedersachsen III.



Altlastensanierung am Banter See, Freifläche Surfschule

*Gesamtkosten: 275.000 EUR
EU-Anteil: 50%*



Projektbeispiele EFRE Niedersachsen IV.



Nationalparkpromenade Norddeich

Gesamtkosten: 4,6 Mio. EUR

EU-Anteil: 33,33%





3D-Druck in der Orthopädietechnik

Sanitätshaus Weigel

Gesamtkosten: 201.012 EUR
EU-Anteil: 40%



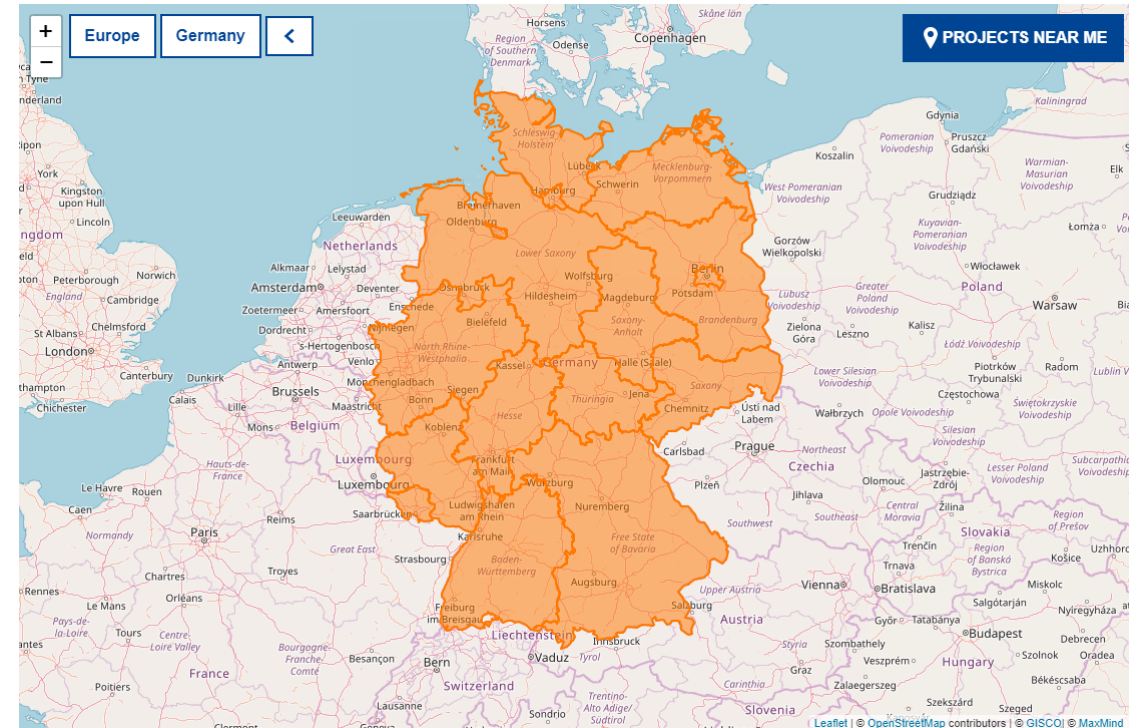
Kohesio I.

- « Kohesio » als Informationsplattform am 17. März 2022 von Kommissarin Ferreira und Kommissar Schmitt gestartet
- Informationen auf Projektebene in den 27 MS
- Angaben von 1,5 Millionen Projekten in der Datenbank
- EFRE, Kohäsionsfonds und ESF-kofinanzierte Projekte



Kohesio II.

- 338 000 Projekte aus Deutschland
- 29 200 Projekte aus Niedersachsen
- <https://kohesio.ec.europa.eu/>



Ein paar Gedanken zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028

- 7 Jahre zu lang - **kaum Flexibilität** für Änderungen - angesichts der Krisen für „die neue Welt“ noch geeignet?
- **Krisen dennoch auch für neue Instrumente** den Weg geebnet (z.B. REACT-EU, STEP).
Sollen aber **Kriseninstrumente durch die Kohäsionspolitik** umgesetzt werden?
- 50 Förderprogramme im MFR, aber **Zweidrittel des MFR für Gemeinsame Agrarpolitik und Kohäsionspolitik**
- Für die Periode nach 2027 **sehr schwere Verhandlungen vorhersehbar – ganz neue Herausforderungen** werden den Spielraum für andere Politikbereiche eingrenzen (z.B. Sicherheit/Verteidigung, Erweiterung)
- **NextGenerationEU und RRF** werden als große ‚Innovationen‘ gesehen
- der MFR bleibt allerdings **nur ein Instrument**, es geht eher darum, **welche Prioritäten in welchen Politikbereichen** die EU nach 2027 finanzieren möchte

Finanzielle Ausstattung

Nationaler und regionaler Partnerschaftsfonds

865

Nationale und regionale Partnerschaftspläne, davon mindestens an:	783
• Weniger entwickelte Regionen	218
• Direktzahlungen für die Landwirtschaft und Teil der GFP	296
• HOME Fonds	34
• Nicht vorab zugewiesener Betrag	235

Social Climate Fund (zusätzlich zu den 865 Milliarden)

(50)

+ 150 Mrd. EUR an (fakultativer) Darlehensunterstützung zur Aufstockung der Pläne

Interreg Plan	10.3
EU-Fazilität, davon:	72
• Unionshandlungen	63
• Aufkommende Herausforderungen und Prioritäten	8.7

*Mrd. EUR, in heutigen Preisen,
gerundet*



Was wird beibehalten?

- Geteilte Verwaltung
- Partnerschaftsprinzip und Multi-Level-Governance - starke Einbeziehung der regionalen Partner in die Gestaltung und Umsetzung des Plans
- Geografischer Geltungsbereich - alle Kategorien von Regionen; differenzierte Kofinanzierung
- Schwerpunkt auf weniger entwickelten Regionen mit Mindestzuweisungen
- Territoriale Ansätze: Städte, ländliche Gebiete, östliche Grenzregionen, Inseln und Regionen in äußerster Randlage



Was ist neu?

- 14 derzeitige Fonds, die in einem einzigen Regelwerk zusammengefasst sind
- Keine vorab zugewiesenen Mittel für Übergangs- und stärker entwickelte Regionen
- Verbesserte eingebaute Flexibilität
- Leistungsmodell - Zahlungen auf der Grundlage der Erfüllung von Meilensteinen und Zielen, die an Investitionen und Reformen geknüpft sind
- Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und des Kapazitätsaufbaus - eigenes spezifisches Ziel
- Weniger Regeln und mehr Verhandlungen im Vorfeld - mehr Orientierung?



Vielen Dank!



© European Union 2020

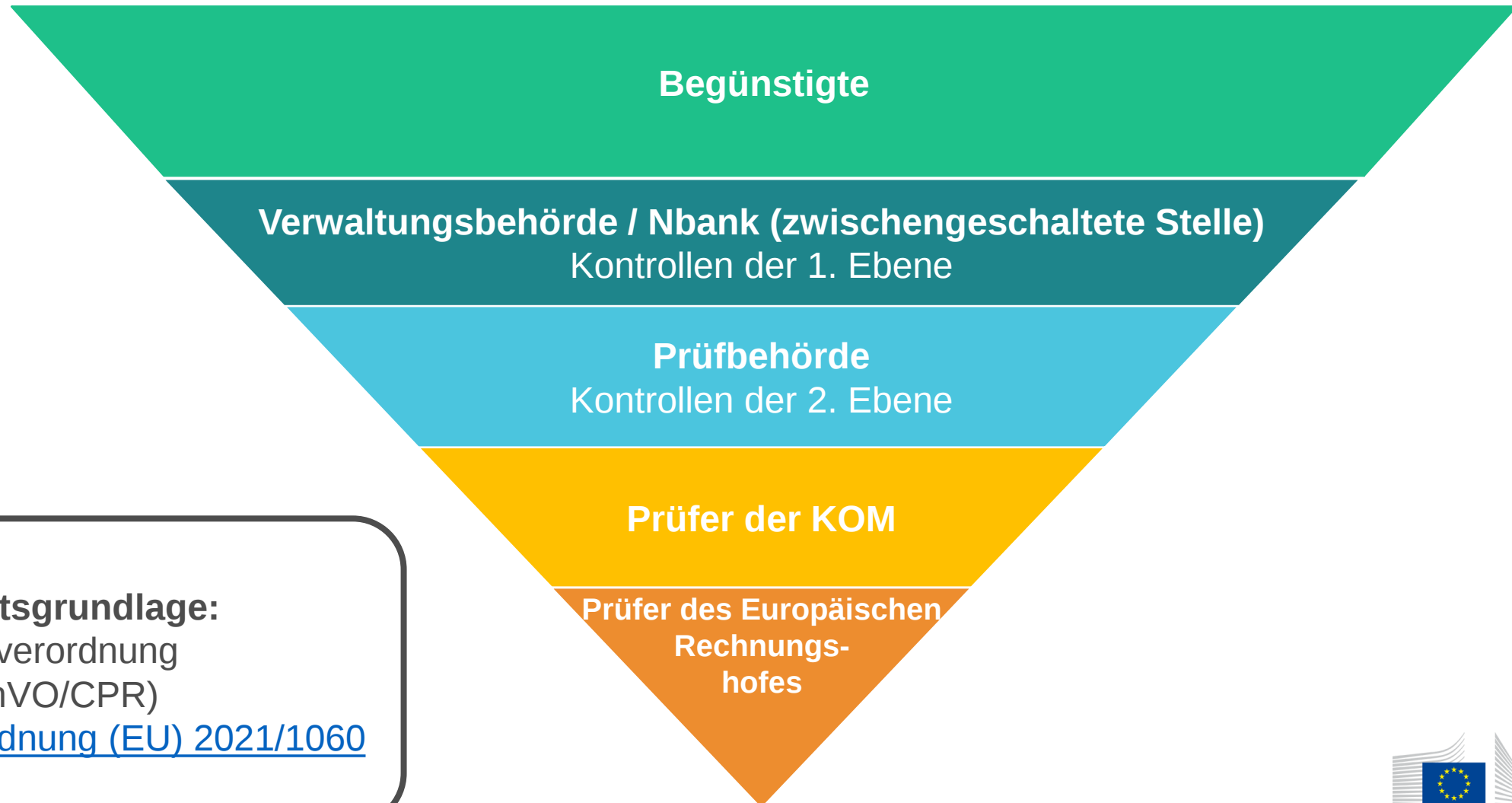
Unless otherwise noted the reuse of this presentation is authorised under the [CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) license. For any use or reproduction of elements that are



Prüfung von EU-Geldern und Vorgaben zur Kontrolltiefe

Louisa Lönnes, Prüferin, DAC.3

Schlüsselakteure und Kontrollen

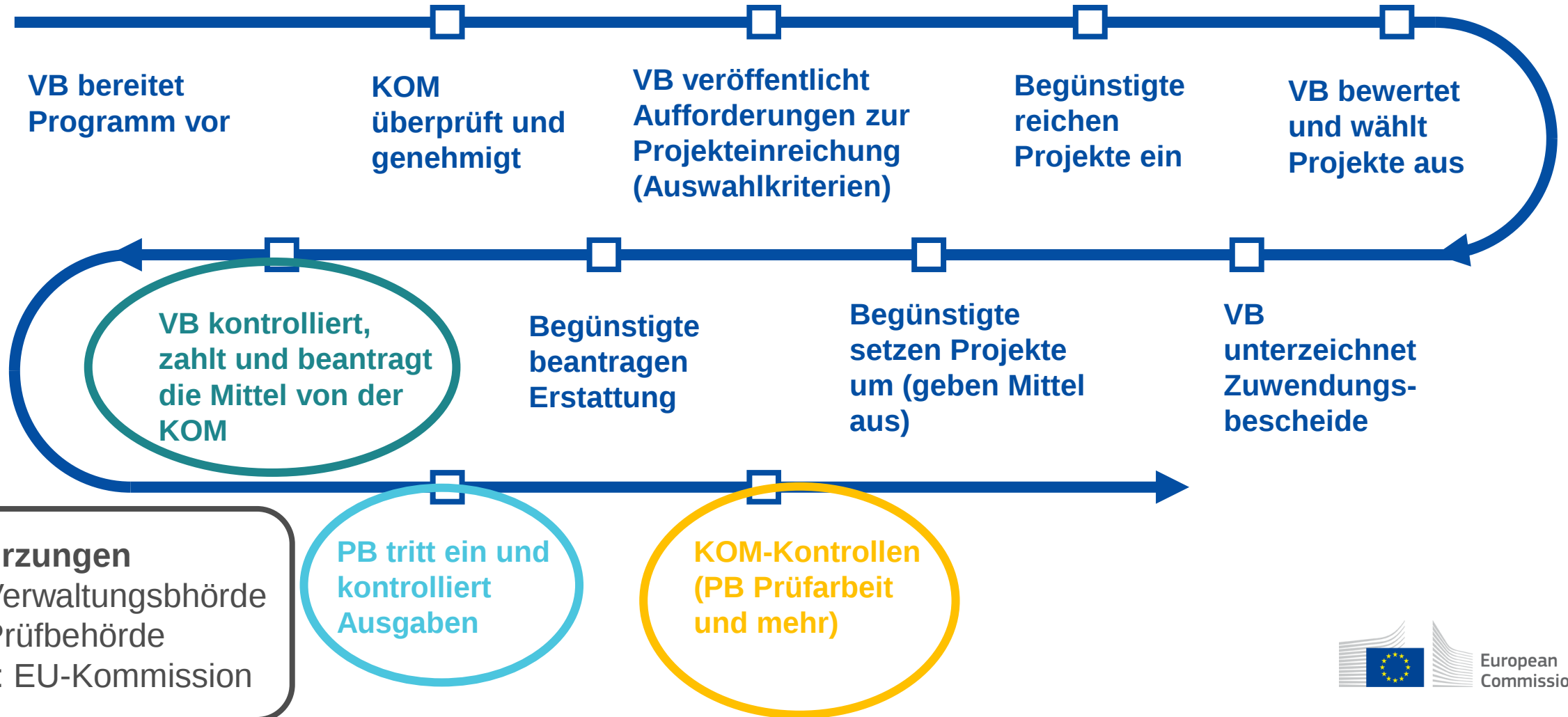


Rechtsgrundlage:

Dachverordnung
(DachVO/CPR)

[Verordnung \(EU\) 2021/1060](#)

Die kurze Version der Reise



Aufgaben der Begünstigten

- Einhaltung des EU-Rechts und des nationalen Rechts
- Einhaltung der Bedingungen des Zuwendungsbescheides
- Separate Buchführung der Ausgaben von EU-Projekten
- Aufbewahrung der Projektunterlagen
- Bericht an die VB über die Durchführung des Projekts
- Publizität (Informations- und Kommunikationspflichten)

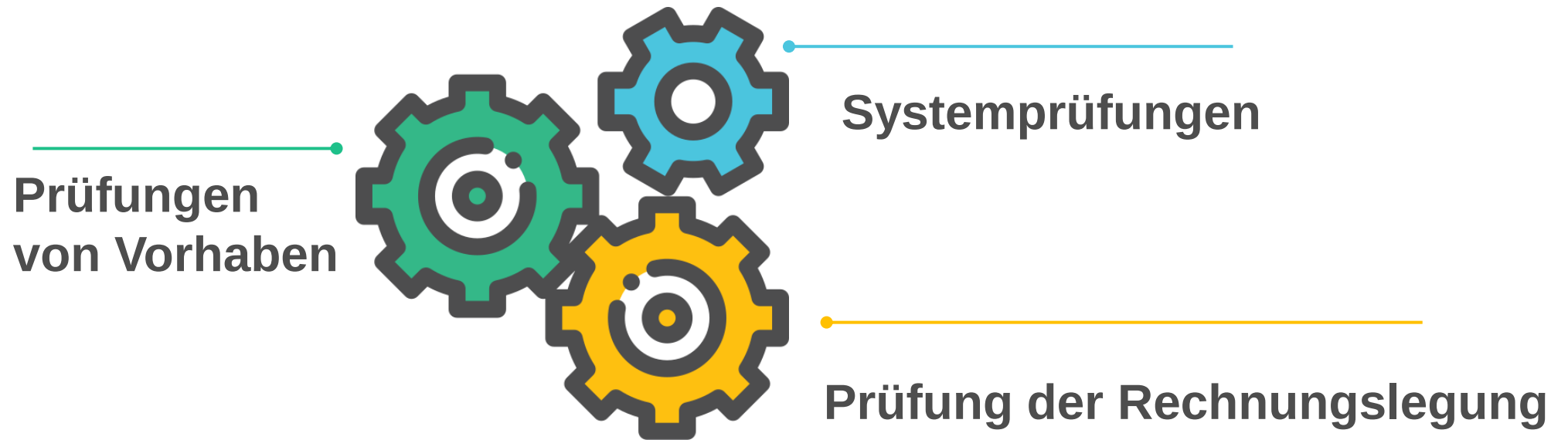
Verwaltungskontrollen

- Verwaltungsbehörde bzw. die zwischengeschaltete Stelle überprüft ob:
 - die kofinanzierten Produkte und Dienstleistungen geliefert wurden;
 - das Vorhaben mit dem geltenden Recht, dem Programm und den Bedingungen für die Unterstützung des Vorhabens im Einklang steht.
- Überprüfungen können basiert sein auf:
 1. Ordnungsmäßigkeit tatsächlicher Kosten, d.h. Überprüfung konkreter Ausgaben, getrennte Buchführung, Einhaltung geltenden Rechts, usw.
 2. Erfüllung der Bedingungen/Ziele für die Erstattung (Für vereinfachte Kostenoptionen (VKO) und Nicht mit Kosten verbundene Förderungen/ Financing-not-linked-to-cost (FNLC))

Risikobasierte Verwaltungskontrollen

- Neu vorgesehen in DachVO ([Verordnung \(EU\) 2021/1060](#)), Artikel 74(2)
- Risikobasiert werden ausgewählte Mittelabrufe (eingereicht durch die Begünstigten) von VB geprüft => Arbeitsaufwand für VB und Begünstigte reduziert, dennoch entscheidende Risiken, z.B. Vergabe, 1. Mittelabruf, etc. abgedeckt.
- Weitere Informationen in [Recommendation paper on Risk based management verifications](#)

Prüfungen der PB



Prüfungsumfang

- Verbindung zwischen Prüfstandards und Statistik

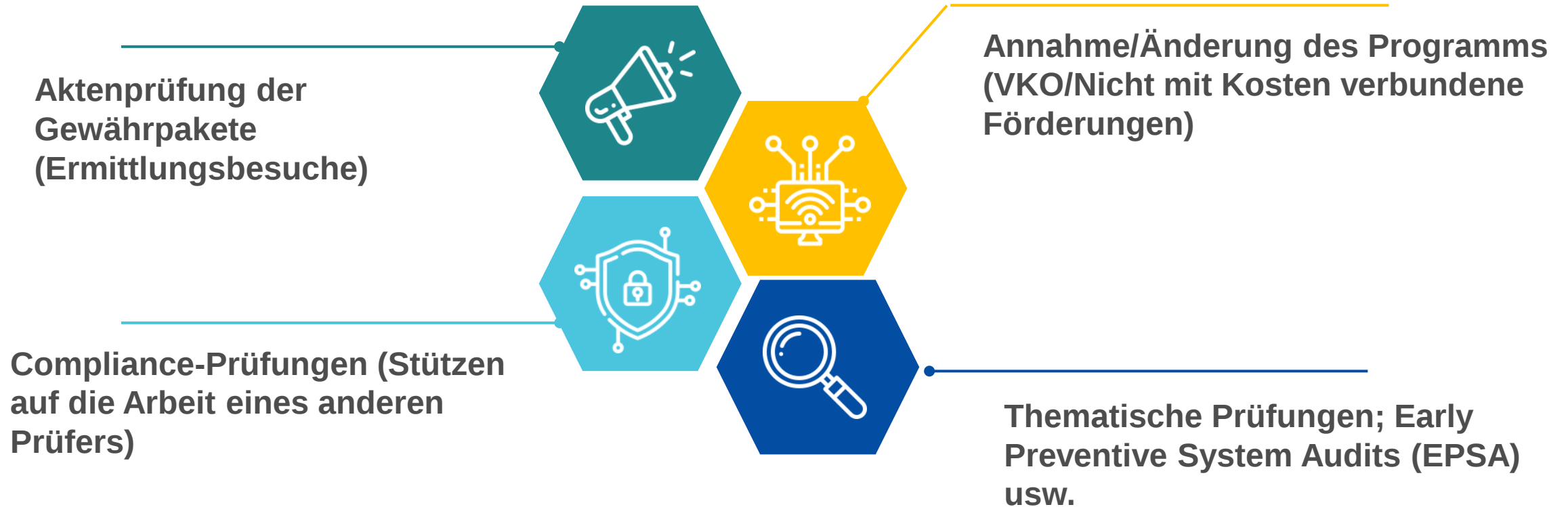

$$\text{Prüfrisiko} = \text{Inhärentes Risiko} \times \text{Kontrollrisiko} \times \text{Aufdeckungsrisiko}$$

- Stichprobengrößen hängen von der Höhe des inhärenten und des Kontrollrisikos ab
- Professionelles Urteil

Stichproben der Prüfbehörde

- Einfache Stichprobenverfahren versus wertbezogene Stichprobenverfahren
 - Unterstichproben
 - Stratifizierung
 - Intervall der Ergebnisse: Hochrechnung des Fehlers, Bestimmung der Gesamtfehlerquote und der oberen Fehlerrate (maximal erwartbarer Fehler)
- Vergleich mit Wesentlichkeitsschwelle (2%) und Bewertung der Schlüssigkeit der Ergebnisse

Prüftätigkeit der Kommission

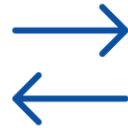


Flexibilität der EU-Strukturförderung – Nationale Umsetzungsanforderungen

- Dachverordnung 2021/1060 setzt kaum Begrenzungen → Fördergegenstände werden auf nationaler Ebene bestimmt



Eingrenzung der
Zielgruppen
Gerechtfertigte
Prioritäten



Zusätzliche
potentielle
Fehlerquellen /
Prüffaktoren

- EU- und nationale Rechtsvorschriften sind einzuhalten
- Möglicherweise Gold-Plating?



Haben Sie Fragen?

Haushalts- und Finanzausschuss des Niedersächsischen Landtages

Update on the Solvency II Review

Alexander Schaefer

Leonie Schwall

15/04/2026

Solvency II Review

The Solvency II Review – Why reviewing it?

- Legal Mandate for a review
- Keeping SII fit-for-purpose
 - More risk-sensitivity
 - More effective supervision of cross-border activities and financial stability risks
- Reducing administrative burden
 - Reduced scope
 - More proportionality
- Embedding political priorities in the framework
 - Such as savings and investments union



Timeline



Objectives of the amendments to the Solvency II Delegated Regulation

Encourage long-term equity investments

- Adjusting capital requirements for long term equity investments

Improve Risk Sensitivity

- Preserve insurers' ability to offer long-term life insurance products with guarantees
- Introduction of Macroprudential tools
- Considering sustainability risks



Mitigate excessive short-term volatility

- Less volatile valuation of long-term liabilities
- Changes to the risk margin and to the long-term guarantee measures

Reduce administrative burden

- Streamlining reporting requirements
- More proportionate framework

Long-term equity investments

Favorable capital treatment for long-term equity investments (LTEI)

- Capital charge is reduced to 22% (from 49%) under certain circumstances
- This is particularly relevant for investments in private equity and venture capital and applicable for the following EU-labelled funds:
 - European Long-Term Investment Funds (ELTIFs)
 - European Venture Capital Funds (EuVECA)
 - other unleveraged alternative investment funds (AIFs)
- To benefit from this preferential treatment, insurers must demonstrate to the satisfaction of the supervisory authority that equities can be held for at least five years, without being forced to liquidate their position, even under stressed conditions
 - Three approaches can be followed by insurers, providing that certain conditions are met (illiquidity of life liabilities, liquidity buffer and forced selling test)



Legislative programmes

Introduction of a new preferential treatment for equity investments under legislative programmes

Insurers benefit from favourable prudential treatment for the calculation of their capital requirements (subject to prior supervisory approval).

Legislative programmes are established by EU, national, or regional legislation.

They combine public support (such as guarantees, co-investment, or subsidies) with private financing.

Alignment with the banking rules on legislative programmes to ensure legal certainty and predictability for both the public and private investors.

Example of the benefit of preferred LTE under legislative programmes

Leg. programme reduces credit risk by 20%

Preferential risk factor for long-term equity is 22%.

→ Reduction by the same proportion, meaning 4.4 percentage points (20% of 22%)

→ 17.6 %

Long-term guarantees

The long-term guarantee measures are a set of regulatory mechanisms aiming to smoothen or mitigate the impact of market volatility on insurers' liabilities – and therefore their solvency position.

Extrapolation

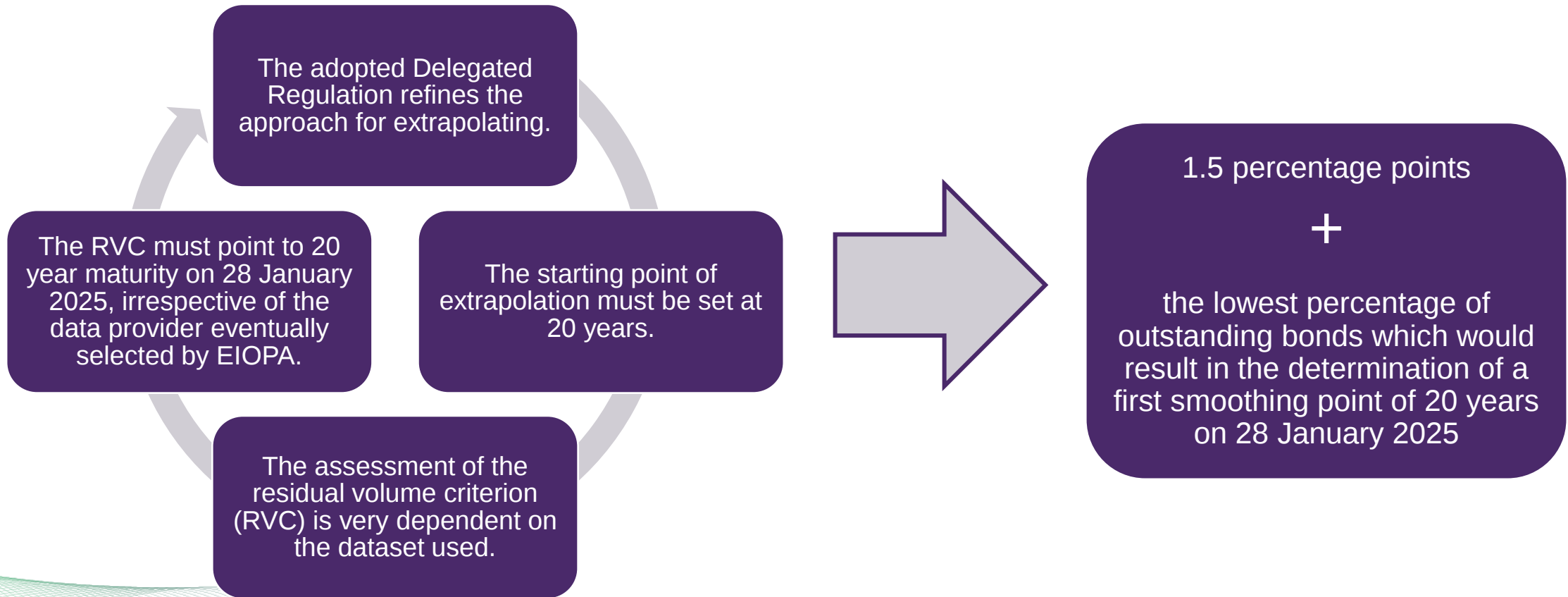
Volatility Adjustment
(VA)

Risk Margin

Matching Adjustment
(MA)



Long-term guarantees: Extrapolation



Long-term guarantees: Volatility adjustment

Amending the formula to calculate the spread underlying the volatility adjustment

uplift of the spread assuming portfolios consist only of government and corporate bonds

refinement of the spread calculation to better reflect credit risk

Amending the approach for calculating risk correction

cap on the overall risk-corrected spread to prevent excessive VA reductions during market stress

the risk corrected spread is a percentage of current spreads

Introducing a formula for the credit spread sensitivity ratio including the approach for pegged currencies

measure insurer's asset sensitivity to credit spreads relative to liabilities

avoiding overcompensation of the VA effect

Long-term guarantees: Risk margin

Solvency II Directive

Lowering the cost-of-capital rate from 6% to 4.75%

Reduction of the risk margin across the EU by 21%

Solvency II Delegated Regulation

The natural decline of certain risks over time was not enough reflected including the possibility of double counting of such risks

Introduction of an exponential and time-dependent factor, which assumes an annual reduction of risks of at least 3.5% (decay factor)

Cap for the reduction in the quantification of future risks at 50%

Less sensitive to interest rates fluctuations

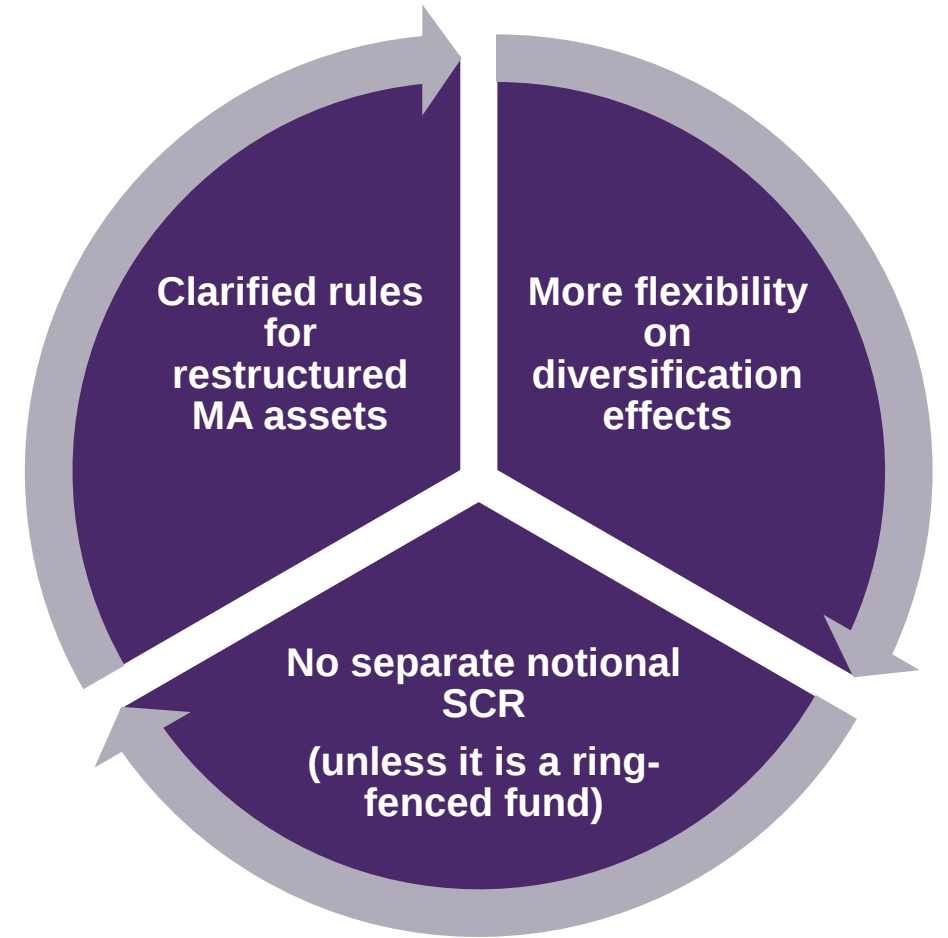


Long-term guarantees: Matching adjustment

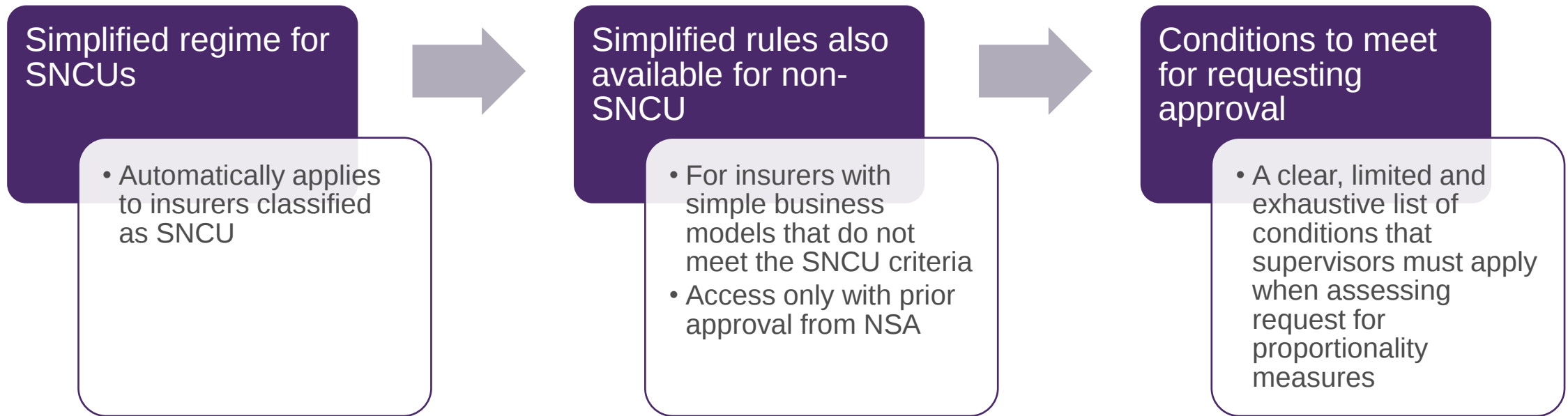
Setting out the conditions under which restructured assets may be included in matching adjustment portfolios

Removing restrictions to diversification benefits when using the matching adjustment

Removing the requirement to calculate a notional solvency capital requirement for determining excess own funds within matching adjustment portfolios



Proportionality framework



The conditions include quantitative thresholds, an assessment of the undertaking's ability to absorb risks, and confirmation that its business model is not complex. The conditions are tailored to the specific proportionality measure or set of measures requested.

Proportionality framework

Proportionality measures for non SNCUs

Reduction of the
frequency of the RSR

Combination of key
functions

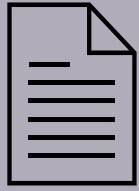
Reduction of the
frequency of the review
of written policies

Reduction of the
frequency of the ORSA

Prudent deterministic
valuation of the best
estimate for life
obligations with options
and guarantees

Waiver from liquidity
risk management plan
covering liquidity
analysis over the short
term

Reporting and disclosure



SFCR

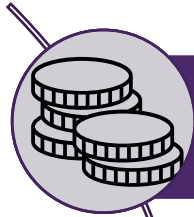
- Divided into two distinct parts
- Concise, accessible and easy to understand for policy holders and beneficiaries
- More detailed for market participants
- Specifying and streamlining the content



RSR

- Narrative information were limited to what is strictly necessary
- Avoidance of overlaps with information, that are already reported in the ORSA
- Specifying and streamlining the content
- Reduced frequency of the RSR and ORSA for non SNCU possible

Additional investment capacity for insurers



Unlock additional investment capacity for insurers to channel it into productive investments that support EU strategic objectives.



EIOPA and NSAs will monitor how insurers make use of this enhanced capacity.



This includes their investment portfolios and risk exposure.



EIOPA will report on impacts to the European Commission, the European Parliament and the Council in 2028.

Macroprudential Tools and Sustainability

Solvency II Directive	Consideration of Systemic Risk within the ORSA and the Prudent Person Principle, Set-up of Liquidity Risk Management Plans
	Enhanced Supervisory Powers to counter systemic shocks to insurance sector
Solvency II Delegated Regulation	Further specification on Level 2 to be drafted by EIOPA via either RTS or Guidelines / discussion in Experts Groups



S II Directive: Sustainability risk plans, Long term climate scenario analysis
SII Delegated Regulation: Review of the standard formula parameters for Nat Cat risks

De-prioritisation exercise

De-prioritisation of Level 2 acts in financial services legislation

- Aim is to deliver the EU policy implementation more effectively and efficiently
- From 2019-2024
 - 430 Level 2 acts in the area of financial serviced for the COM to adopt
- 115 empowerments are considered to de-prioritize and, among them, 3 technical standards for Solvency II

RTS on identification of exceptional sector-wide shocks	Solvency II - 2009/138/EC	Art. 144c(7)	Shall	2026 Q2
RTS on management of sustainability risks including sustainability risk plans	Solvency II - 2009/138/EC	Art. 44(2c)	Shall	2026 Q2
ITS on method for the prudent deterministic scenario	Solvency II - 2009/138/EC	Art. 86(2a)	Shall	2026 Q2

Thank You



© European Union 2024

Unless otherwise noted the reuse of this presentation is authorised under the [CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) license. For any use or reproduction of elements that are not owned by the EU, permission may need to be sought directly from the respective right holders.



Airbus auf einen Blick

~165.000

Mitarbeitende

€ 73 Mrd.

Umsatz

8.754

Auftragsbestand an Flugzeugen

*2025



Alle 1,4 Sekunden
startet oder landet
ein Airbus-Flugzeug.

~105.000 Mitarbeiter

€ 53 Mrd. Umsatz

Commercial Aircraft



~36.000 Mitarbeiter

€ 13 Mrd. Umsatz

Defence and Space



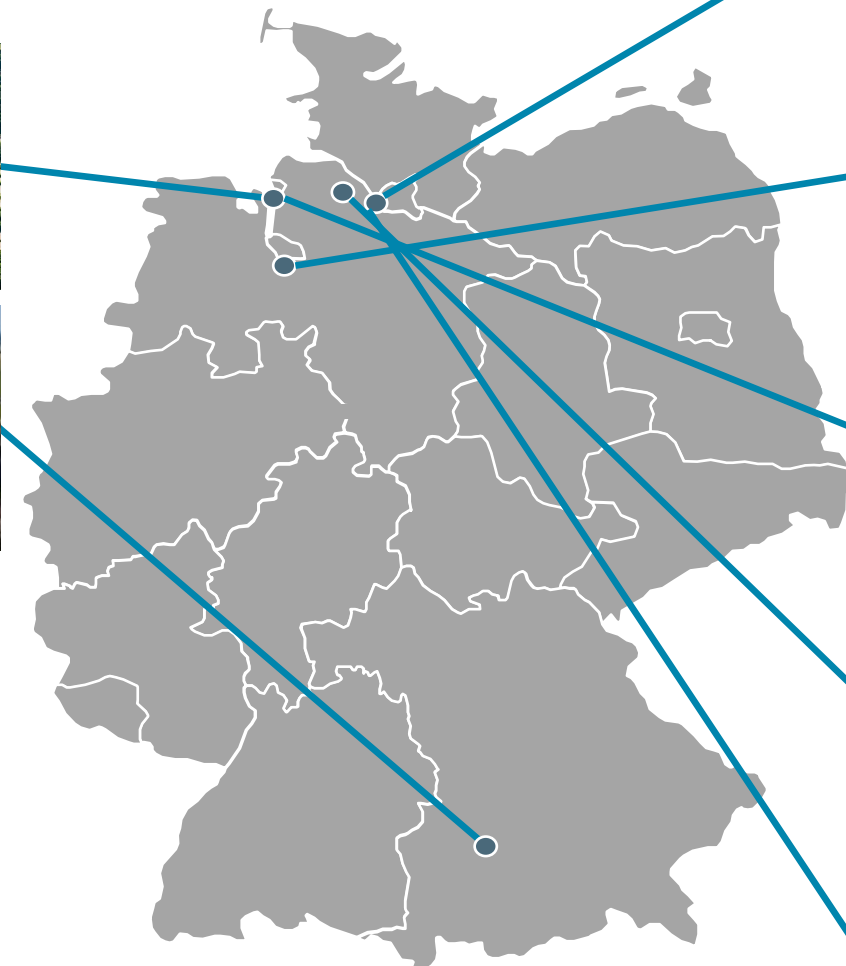
~24.000 Mitarbeiter

€ 9 Mrd. Umsatz

Helicopters

Airbus Commercial in Deutschland

(~31.000 Mitarbeitende)



Hamburg [Airbus Amber]
18.370 Mitarbeitende



Bremen
2.850 Mitarbeitende
(5.000 alle Divisionen)



Nordenham
3.150 Mitarbeitende



Stade
1.830 Mitarbeitende



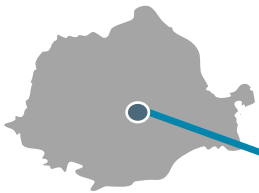
Buxtehude
465 Mitarbeitende



Varel
1.220 Mitarbeitende



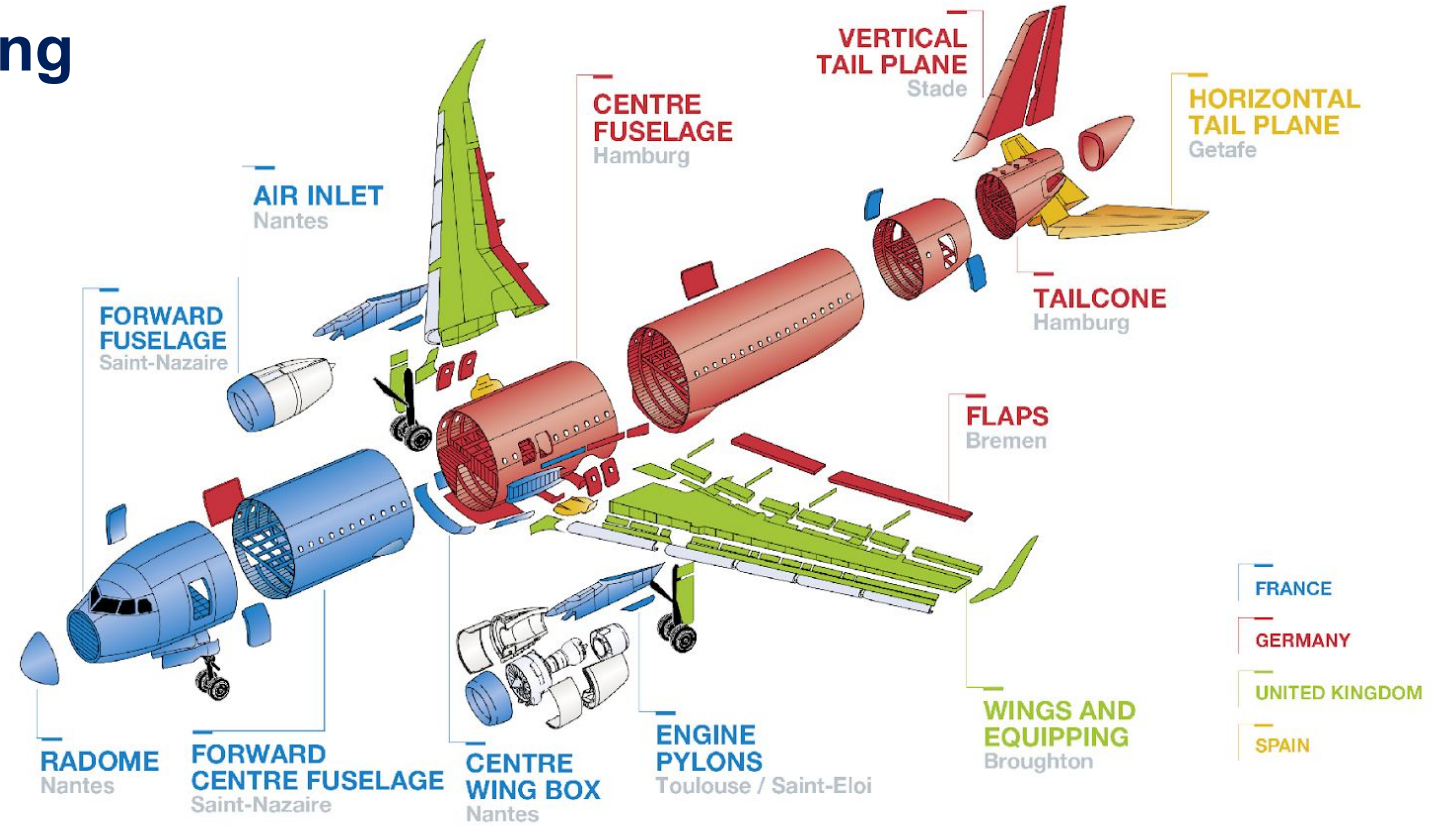
Augsburg
2.980 Mitarbeitende



Rumänien: **Brasov**
1.100 Mitarbeitende

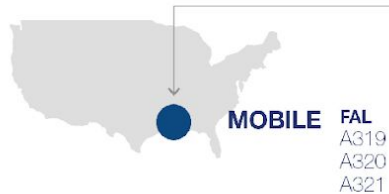


Industrielle Arbeitsteilung am Beispiel des A320-Programms



AMERICA

US

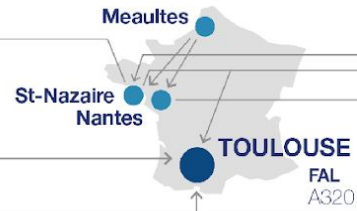


EUROPE

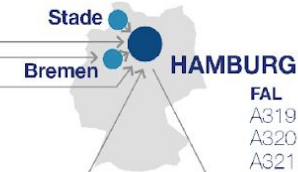
UK



FRANCE



GERMANY



SPAIN



ASIA

CHINA



Umsetzung der reformierten EU-Fiskalregeln

Haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung



27 nationale mittelfristige finanzpolitisch-strukturelle Pläne eingereicht und bewertet



8 Pläne mit verlängerter Anpassungszeit unter Zusage eines einschlägigen Reform- und Investitionspakets: AT, BE, DE, ES, FI, FR, IT, RO



10 Mitgliedsstaaten im Defizitverfahren: AT, BE, FI, FR, HU, IT, MT, PL, RO, SK



Nationale Ausweichklausel aktiviert für 17 Mitgliedsstaaten: AT, BE, BG, CZ, DE, DK, EE, EL, FI, HR, HU, LT, LV, PL, PT, SI, SK

Herbstpakets des Europäischen Semesters 2026

☐ Bewertung der Haushaltspläne 2026 auf Basis der Herbstprognose

Haushaltspläne in **DE** und 11 weiteren Euro-Mitgliedsstaaten **konform**

Gefahr der (*wesentlichen) Nichterfüllung: HR, LT, SI, MT*, NL*

☐ Laufende Defizitverfahren

Verfahren ruhen, Empfehlungen des Rates bleiben bindend

☐ Bericht nach Art 126(3) für Deutschland und Finnland

	Outturn	Autumn notification	European Commission Autumn 2025 Forecast			EDP conclusion
	2024	2025	2025 (and 2025 w/o increase in defence expenditure)	2026	2027	
Germany	-2.7%	-3.3%	-3.1% (-2.6%)	-4.0%	-3.8%	<u>Not</u> warranted
Finland	-4.4%	-4.3%	-4.5% (-3.4%)	-4.0%	-3.9%	Warranted

Deficit(s) above 3% of GDP triggering the report marked in *red*.



Eckpunkte Frühjahrspaket 2026



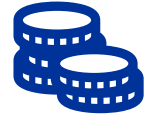
Mitgliedsländer: Einreichung **jährlicher Fortschrittsbericht** bis Ende April



Kommission: **Frühjahrspaket** Anfang Juni, basieren auf Frühjahrsprognose (Mitte Mai)

- **Länderberichte** (Schwerpunkt auf Umsetzung der Empfehlungen von 2025)
- Vorschläge für **länderspezifische Empfehlungen 2026**
- Bewertung des **Fortschritts bei Reformen und Investitionen** für Länder mit Verlängerung

Neubewertung **Haushaltspolitik** mit Ist-Daten für 2025



- Mögliche Entscheidungen im **Defizitverfahren**
- Unter Berücksichtigung der **Ausweichklausel** für Verteidigungsausgaben

Im Kontext erhöhter **Unsicherheit** und gestiegener **Energiepreise**



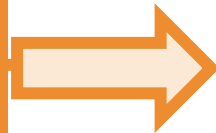
Germany's Medium-Term Fiscal-Structural Plan

The Reformed EU Fiscal Framework

- Reformed over 2020-24 to strengthen **public debt sustainability** and promote **sustainable and inclusive growth**. Rules in force since April 2024.
- **Key principles:**
 - Risk-based and medium-term approach
 - Gradual and credible debt reduction
 - Increased national ownership
 - Better enforcement and simpler monitoring by a single indicator: net expenditure growth
- **Medium-term plans** are the cornerstone of the new framework.
- All plans submitted since Autumn 2024. **Germany submitted mid-July.**
See: [National medium-term fiscal-structural plans - European Commission](#)

Medium-Term Plans: 3 Main Blocks

Fiscal block



Net expenditure path has to ensure:

- Debt is kept at prudent levels or put on a downward path by end of adjustment period
- Deficit is brought or kept below 3% of GDP over the medium term
- Other requirements are fulfilled (e.g. safeguards)

Measures to underpin adjustment over 7 years

Other reforms & investments pertaining to European Semester

The National Escape Clause for Defence

- Part of the **ReArm Europe** Plan and specified by the [Communication on accommodating increased defense expenditure](#) in March 2025
- Allows **deviation from net expenditure path** endorsed by the Council
- Increased flexibility **limited** in:

Scope	applied only to defence spending
Amount	allowed deviation capped at 1.5% GDP
Time	flexibility limited to 4 years
- The deficit resilience and debt sustainability **safeguards are deactivated**

Key Parameters of the German Plan

- Time horizon of five years (2025-2029)
- Fiscal adjustment extended to seven years (2025-2031) - as seven other Member States
- An average net public expenditure growth of 2.9% over 2025-2029 (2.8% over 2025-2031)
- 17 measures to underpin the extension
- 35 measures as part of the European Semester



Trajectory to Be Endorsed by the Council

ANNEX I

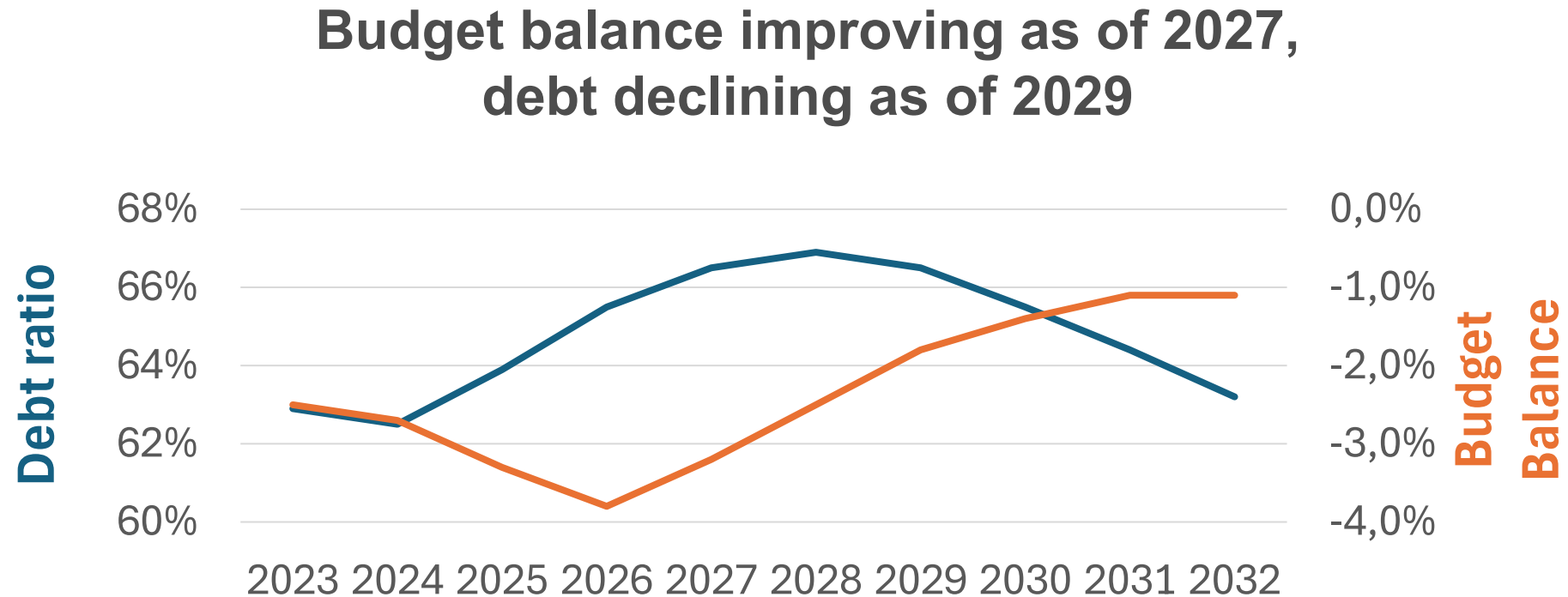
Maximum growth rates of net expenditure (annual and cumulative growth rates, in nominal terms)

Germany

Years		2025	2026	2027	2028	2029
Growth rates (%)	Annual	4.4	4.5	2.3	1.7	1.6
	Cumulative (*)	4.4	9.0	11.5	13.3	15.2

(*) The cumulative growth rates are calculated by reference to the base year of 2024. The cumulative growth rates are used in the annual monitoring of ex-post compliance in the control account.

Combining Expansion and Consolidation Over Time



Source: German Medium-Term Plan

Reforms and Investments Supporting the Extension

17

Set of measures focusing on:

- investment-enabling reforms
- simplification and government efficiency
- raising labour supply

1%

Growth impact of circa 1% of GDP in 2029 estimated by Germany



Package addresses EU-level Country-Specific Recommendations

ANNEX II
Set of reforms and investments that underpins an extension of the adjustment period to seven years

Reform / investment	Main objective	Description and timing of key steps	Monitoring indicator(s)
Operationalisation of the Special Fund for Infrastructure and Climate Neutrality (new measure)	Specifying the financial framework to address urgent public investment needs for national infrastructure.	Following the creation of the Special Fund for Infrastructure and Climate Neutrality, there will be legislation establishing the rules on how the funds are to be spent, particularly the additionality criterion for investment. Step 1: By Q3 2025, adopt the laws for the creation of the Special Fund for Infrastructure and Climate Neutrality.	Step 1: Entry into force of legislation
Research allowance to support R&D (new measure)	Strengthen business R & D activities through fiscal incentives.	Step 1: By Q1 2026, adopt a law on the extension of the tax base and eligible expenditure of the research allowance.	Step 1: Entry into force of legislation
Reduction of administrative burden (new measure)	Reduce bureaucratic burdens on business, citizens and administration.	Remedial measures will be bundled into administrative burden reduction laws. Step 1: By Q4 2027, adopt legislation on the reduction of administrative burden.	Step 1: Adoption of legislation
Simplification of procurement law for the Armed Forces (new measure)	Reduce red tape and enable investment by simplifying procurement law for the Federal Armed Forces.	Step 1: By Q2 2026, simplifying procurement laws for the Armed Forces by extending the scope for simplified procurement procedures, speeding up and digitalising procedures.	Step 1: Entry into force of legislation
Simplification of procurement law (new measure)	Reduce red tape and enable investment by simplifying procurement law.	Step 1: By Q3 2026, simplify procurement laws by extending the scope for simplified procurement procedures, speeding up and digitalising procedures.	Step 1: Entry into force of legislation
Facilitating employment after reaching retirement age (new measure)	Improve labour supply by removing disincentives to continue work after the regular retirement age.	Step 1: By Q2 2026, lift the ban on pre-employment to facilitate the temporary return to the labour market after reaching retirement age by changing the relevant legislation.	Step 1: Entry into force of legislation
Digital one-stop shop for qualified third-country nationals (new measure)	Improve labour supply by facilitating highly qualified migration.	Step 1: By Q4 2029, start a central IT platform for foreign professionals.	Step 1: Start of a public online IT platform

EN 24 EN

Overall Assessment

- Plan **assessed as compliant** with new EU fiscal rules
- **Activation of national clause for defence** justified
- Consistent with **medium-term fiscal sustainability**
- **Aligned with long-standing recommendations for Germany**

Annex

Maximum growth rates
of net expenditure
recommended by the
Council



Projected growth rates of net
expenditure in the Commission
Autumn 2025 forecast
(taking account of flexibility for
increased defence expenditure)

Thresholds:

0.3% of GDP in
annual terms
0.6% of GDP in
cumulated terms

- **within** the recommended ceilings → **'compliant'**
- **above** the recommended ceilings
 - below threshold → **'at risk of non-compliance'**
 - above threshold → **'at risk of material non-compliance'**

Member States in EDP**Projected to be:**

IT, SK, FR, AT*, BE*, PL, RO	compliant
HU	at risk of non-compliance
MT	at risk of material non-compliance

EDP held in abeyance
for all Member States
= no stepping-up
(no outturn data)

Member States not in EDP**Projected to be:**

FI, LU, DE, EE, EL, LV, CZ, DK, SE	compliant
CY, IE, PT	compliant (thanks to budgetary position close to balance or in surplus)
HR, LT, SI, ES*, BG	at risk of non-compliance
NL	at risk of material non-compliance

* These euro-area Member States have not submitted a DBP this autumn.

How to set the fiscal path in the plan?

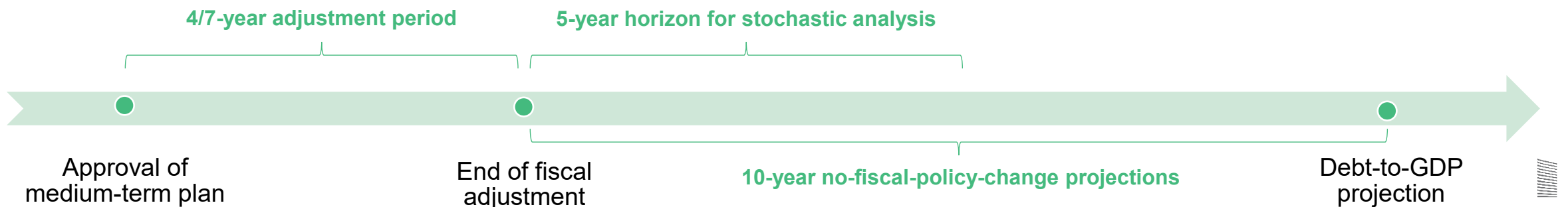
Prior guidance:

- **Reference trajectories** for Member States with deficit above 3% of GDP or debt above 60% of GDP based on a common and transparent methodology (**debt sustainability analysis**)
- **Technical information** for MS with deficit and debt below Treaty reference values (where relevant)
- **Technical dialogue** before submission of plans

DSA-based criteria – risk-based approach

By the end of the adjustment period and without further budgetary measures:

- **Deficit below 3% of GDP** and kept below it over the 10 years following the adjustment period
- **Debt on a plausibly downward path**, or below 60% of GDP 10y beyond the adjustment period
- **Debt declines with probability of at least 70%** 5 years beyond the adjustment period
- Or debt and deficit both below the Treaty reference values under all deterministic scenarios



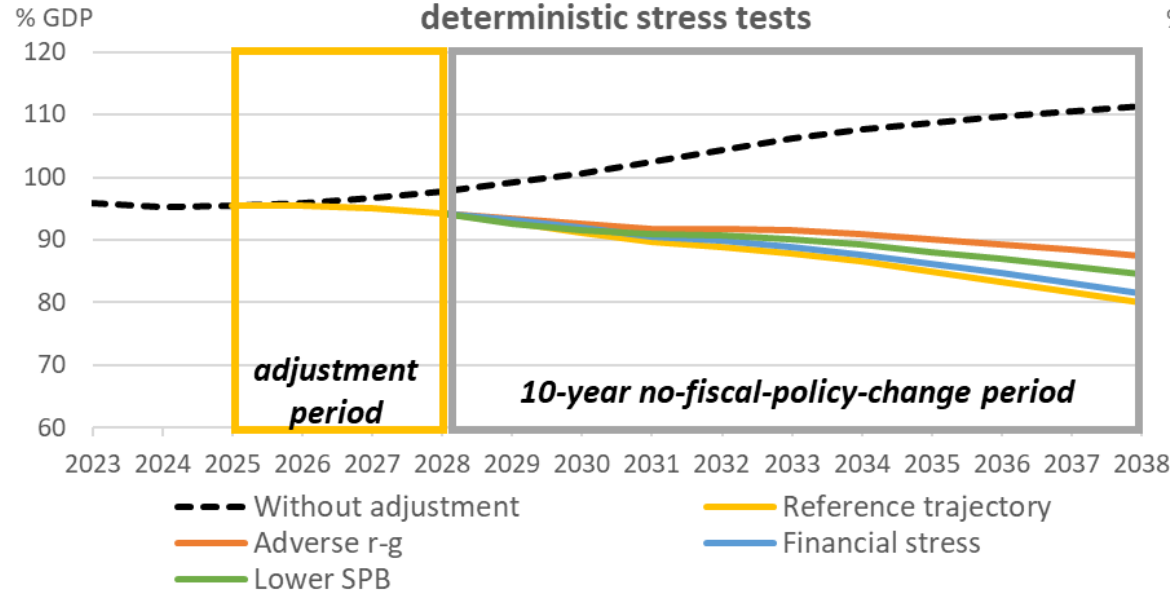
DSA-based criteria – risk-based approach (cont'd)

Debt is put or remains on a *plausibly* downward path:

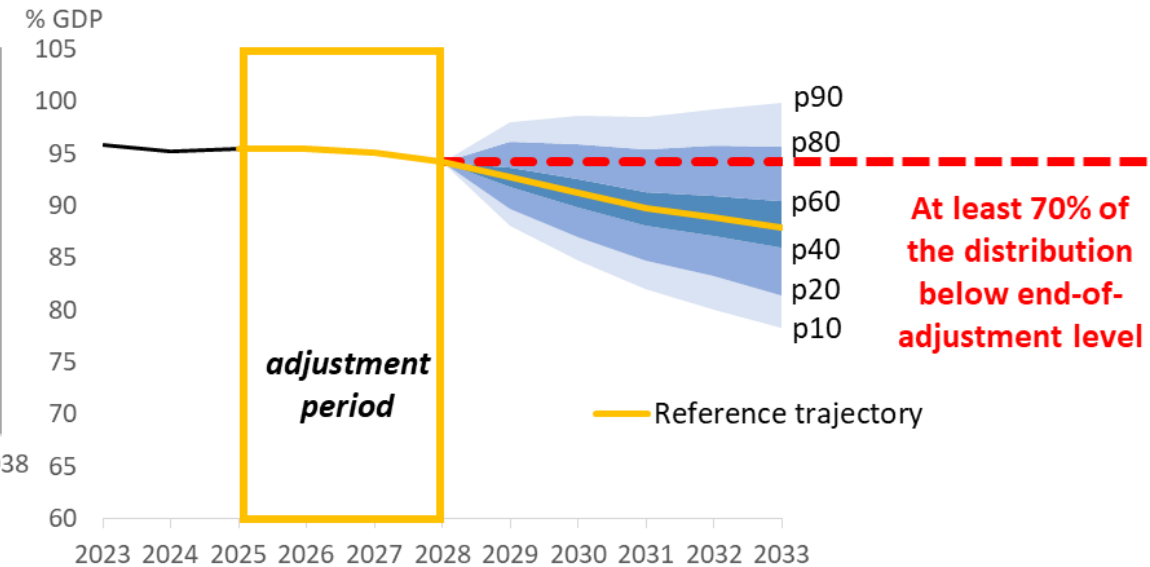
- Under the **adjustment scenario**
- Under 3 adverse stress tests:
 - ✓ **'Lower SPB' scenario**: SPB permanently reduced by 0.25 pps of GDP the first 2 years
 - ✓ **'Adverse r-g' scenario**: interest-growth-rate differential permanently increased by 1 pp
 - ✓ **'Financial stress' scenario**: market interest rates temporarily increase by 1 pp (plus risk premium for high-debt countries)
- Under stochastic simulations: debt declines with probability of at least 70%, in line with the threshold used in the Commission's standard DSA

Illustrative (fictitious) example

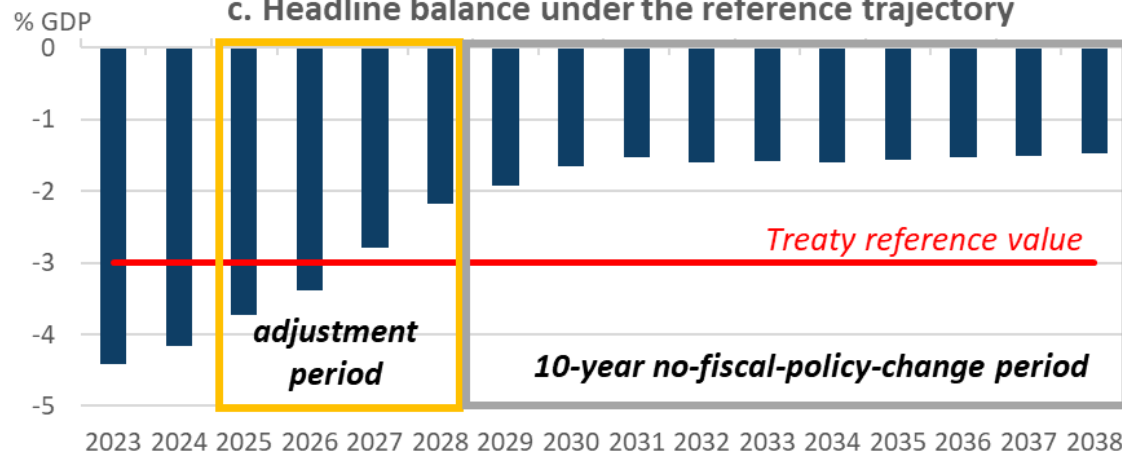
a. Debt projections under the reference trajectory and the deterministic stress tests



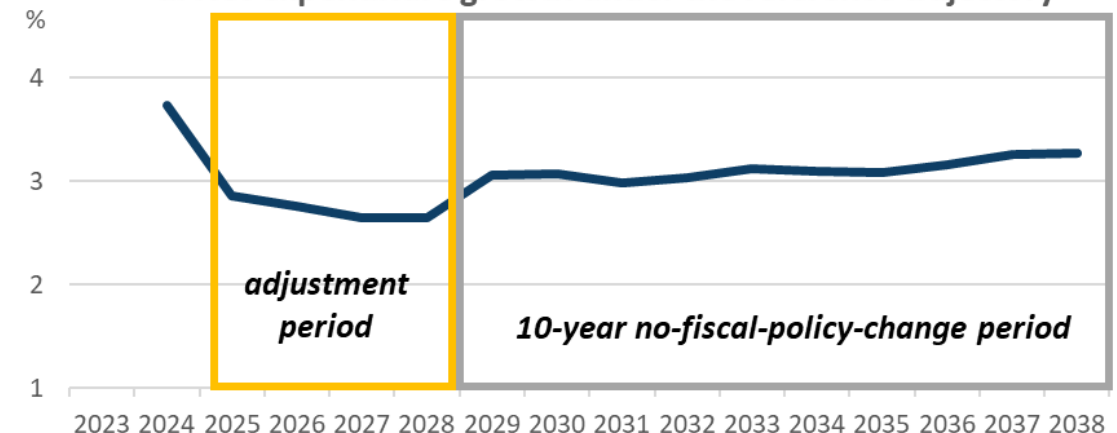
b. Stochastic debt projections around the reference trajectory



c. Headline balance under the reference trajectory



d. Net expenditure growth under the reference trajectory



Additional provisions: benchmark and safeguards

- **Consistency with the corrective arm (“deficit benchmark”)**
minimum annual adjustment of 0.5 pps. of GDP if deficit > 3% of GDP
(transition period until 2027)
- **Debt sustainability safeguard**
annual average debt decline of at least 1 pp of GDP as long as debt > 90% of GDP (at least 0.5 pps. if debt > 60%)
- **Deficit resilience safeguard**
minimum annual adjustment of 0.4 (0.25) pps. of GDP if structural deficit > 1.5 of GDP

Vermögensbezogene Besteuerung und Steuerlücken

16 April 2026

Stephan Wolters, Frank Neher, Daniel Stöhlker, Francisco Macedo
DG TAXUD, European Commission

Studie zu Vermögensbesteuerung

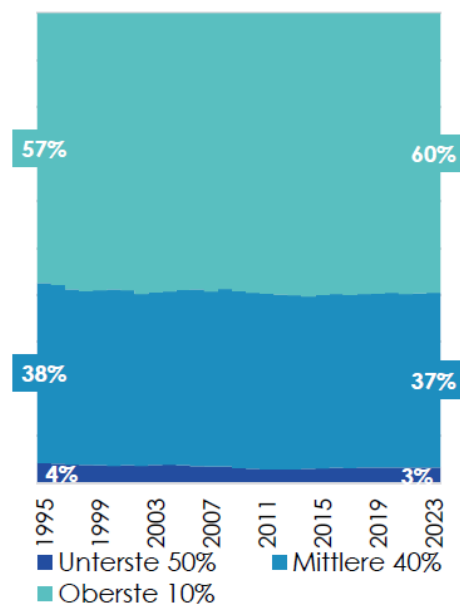
- Veröffentlicht am 15.04.2026 - [Reports Studies - Taxation and Customs Union - European Commission](#)
- Konsortium im Auftrag von GD TAXUD

CASE – Center for Social and Economic Research (Projektleiter)
WIFO – Austrian Institute of Economic Research (Konsortiumsleiter)
PwC – PricewaterhouseCoopers
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich
IEB – Institut d'Economia de Barcelona
VATT – Institute for Economic Research

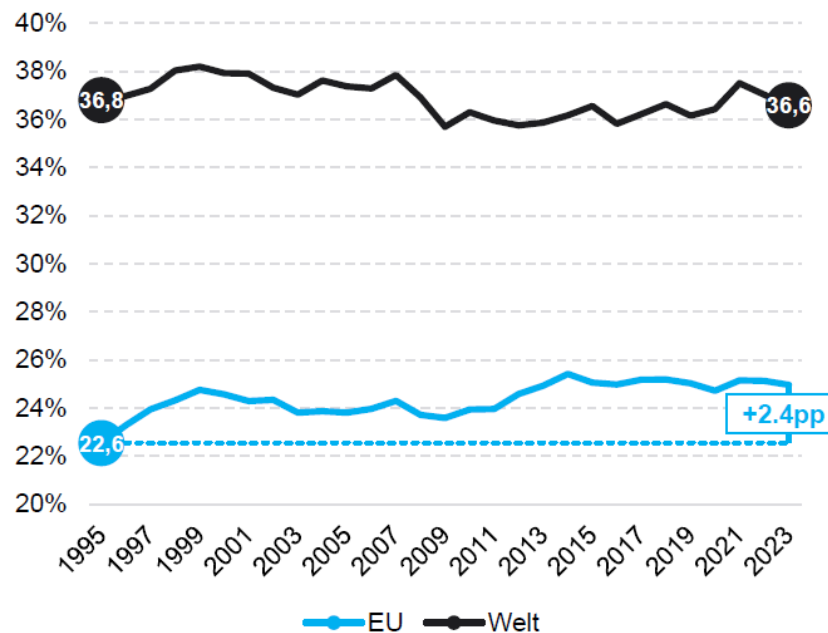


Hintergrund und Zielsetzung

**Abb. 1 –
Vermögensverteilung in der
EU, 1995–2023**



**Abb. 2 – Vermögensanteil des obersten Prozents in
der EU und international, 1995–2023**



Anmerkung: Anteil am Gesamtvermögen der Haushalte von Erwachsenen; die Kategorie Welt umfasst auch die EU;

Quelle: Eigene Ausarbeitung basierend auf der World Inequality Database.

Methodischer Ansatz und Struktur

Literaturauswertung

Überblick bestehender
Vermögensbesteuerung

Fallstudienanalyse
(Österreich, Frankreich,
Deutschland, Spanien,
Norwegen, Schweiz,
Kolumbien)

Wiederkehrende
Steuern

Nettovermögens-
steuern

Kapitalsteuern

Nicht wiederkehrende
Steuern

Kapitalsteuern

Erbschafts-
steuern

Wegzugs-
steuern

Zentrale Beobachtungen

- Erhebliche Unterschiede in der Anwendung und Gestaltung von vermögensbezogenen Steuern in der EU
- Vermögensbezogene Steuern erzielen zumeist kein nennenswertes Steueraufkommen. Trotz steigenden Privatvermögens sind die Erträge langfristig oft rückläufig.
- Drittens bestimmen institutionelle Faktoren die Wirksamkeit und Durchführbarkeit von vermögensbezogenen Steuern maßgeblich.
- Ausgestaltung und Verhaltensreaktionen bedeutsam mit Blick auf Effekte
- Wirksamkeit: Relevanz des Steuersystems insgesamt



Fallstudie – Deutschland

- Steuereinnahmen der Vermögenssteuer sanken von 1.1% des BIP (3.5% der gesamten Steuereinnahmen) im Jahr 1965 auf 0.4% des BIP (1.1% der gesamten Steuereinnahmen) im Jahr 1996.
- **Keine effektiven Durchsetzungsmechanismen;** Bankgeheimnis verhinderte Drittmeldepflichten
- Deutliche **Unterbewertung von Immobilien;** gewichtige **Ausnahmen für Betriebsvermögen.**
- **Unternehmen und nicht börsennotierte Aktien oft deutlich unterbewertet** – auf Grund vereinfachter Bewertungsverfahren
- **Sehr hoher Verwaltungsaufwand** auf Grund komplizierter Bewertungsverfahren
- **Aussetzung nach Urteil BVerfG (1995/97)** – ungleiche Bewertung unterschiedlicher Vermögensarten



Mind the Gap Report – Kontext und Zielsetzung

- Steuerlücken reißen große Löcher in Haushalte der EU-Mitgliedstaaten
 - €128 Milliarden allein im Bereich MWSt in 2023
- Gleichzeitig sind Investitionsbedarfe hoch – Verteidigung, Klimaschutz, Digitalisierung; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
- Ein umfassendes Bild existiert aber nicht

Inhalte des Berichts ‘Mind the Gap’

- **Umfassende Analyse von Steuerlücken** in der EU und den Mitgliedstaaten
 - [Mind the Gap – Challenges and opportunities for tax compliance and tax expenditures in the EU](#)
- Flankiert von 27 Länder-Analysen (‘country fiches’)
- Behandelte Themen
 - Steuerlücken u.a. durch Steuervermeidung und –hinterziehung (‘compliance gap’)
 - Steuerlücken durch Steuervergünstigungen (‘policy gap’)
 - Rolle von Steuerverwaltung und (digitaler) Technologie
- Ergänzende Studien zu Steuerlücken in MWSt und Unternehmensteuern
- Aktuell Arbeit an nächster Ausgabe des Berichts

Compliance Steuerlücke

- Steuerausfälle durch **Nichtbefolgung** / mangelnde Steuerehrlichkeit
- Einnahmeverluste aufgrund von Steuerbetrug und -vermeidung, Insolvenzen und Zahlungsausfällen sowie (ungewollte) Fehlberechnungen
- **Mehrwertsteuer-Lücke (Deutschland):** 31 Mrd. Euro (in 2023)
 - Ca. 10% aller zu leistender MwSt.-Zahlungen [EU: 9,5%]
 - Abnehmender Trend bis etwa 2022, dann leichte Zunahme
 - Zunahme an Insolvenzen (+22%)
 - Wachstum im Tourismus (+8%) und Gastgewerbe (+7%)

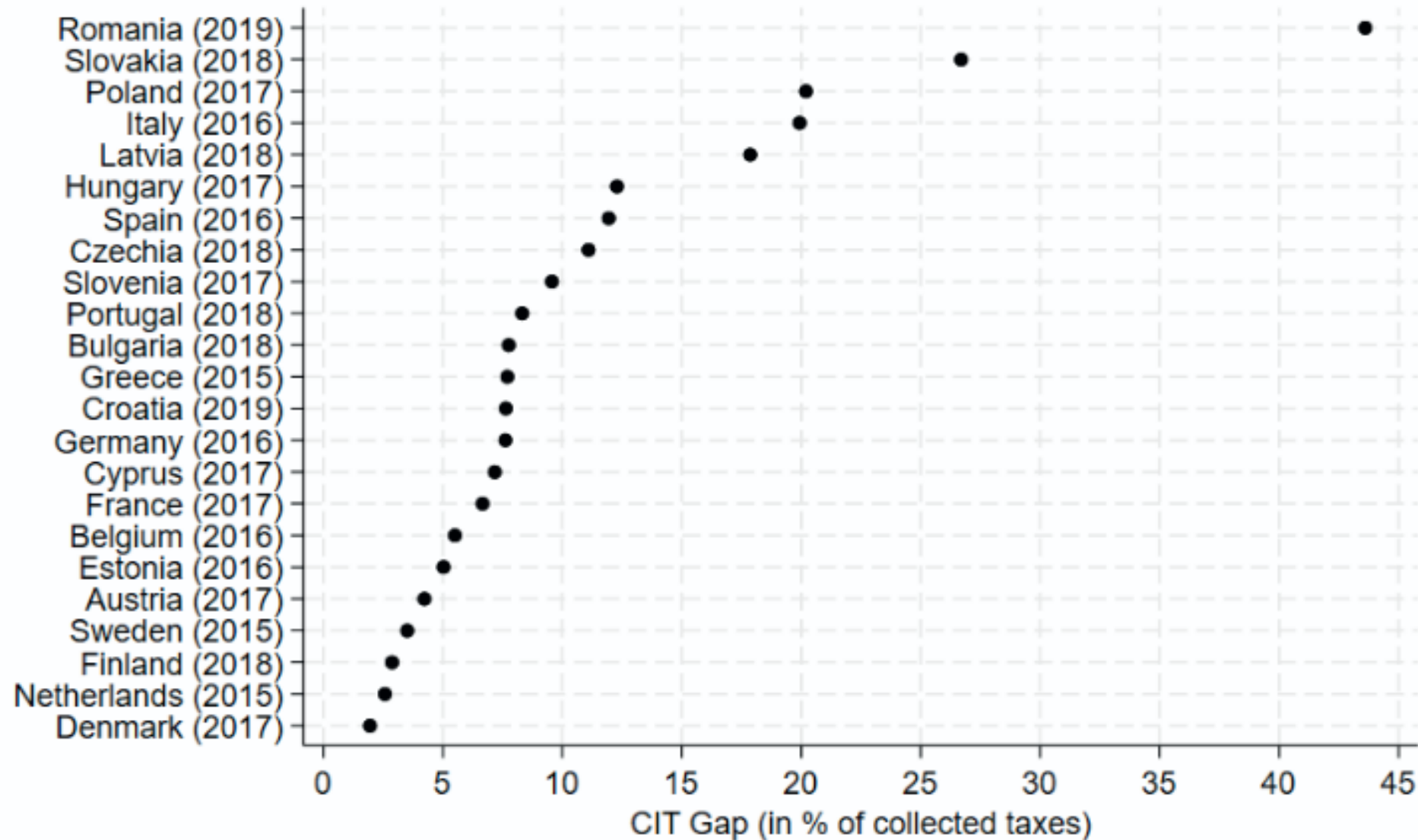


Compliance Steuerlücke

- **Steuerlücke bei Unternehmen:** 7,1 Mrd. Euro (Deutschland, 2016)
 - Ca. 7,6% der erhobenen Steuereinnahmen von Unternehmen [EU: 10,9%]
 - Steht im Einklang mit relativ kleiner Schattenwirtschaft
 - Aber: internationale Gewinnverlagerung darin unberücksichtigt
- **Einkommensteuer-Lücke:**
 - Keine offizielle Schätzung der ESt-Lücke
 - Internationale Steuerhinterziehung durch Privatpersonen: ca. 0.24% des BIPs (8 Mrd. Euro)
 - Höhere Risiken bei selbstständiger Tätigkeit und informellen Tätigkeiten



Compliance Steuerlücke



Steuererhebung / Digitalisierung

Stärken

- Geringe Steuerrückstände (ca. 3%)
- Hohe Prüfungsaktivität (ca. 146.000 in 2023)
- e-Invoicing Projekt (B2B)
- ELSTER (Front-end Digitalisierung)

Schwächen

- Bund-Länder Fragmentierung (wichtig: KONSENS)



Steuerausfälle durch Steuervergünstigungen – Überblick

- Steuervergünstigungen sind eine indirekte Form staatlicher Ausgaben, die über das Steuersystem umgesetzt werden (daher auch Steuerausgaben).
- Wichtige Rolle bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (z.B. F&E-Anreize, Förderung sauberer Technologien);
- Zielkonflikte sind möglich: Zunahme der Steuerkomplexität, höhere Compliance-Kosten, möglicherweise Verletzung horizontaler und vertikaler Steuergerechtigkeit;



Steuerausfälle durch Steuervergünstigungen – Transparenz

- Staatliche Politik- und Förderprogramme durch Budget finanziert. Steuervergünstigungen nicht im Budget → Transparenzdefizit;
- Das EU-Rahmenwerk für fiskalische Steuerung (fiscal governance framework) sieht umfassende Berichterstattung über Steuervergünstigungen und deren fiskalische Implikationen vor ([Art. 14,2](#));
- Messprobleme;
- Vergleichbarkeit der Steuerausfälle international und über die Zeit problematisch;
- Subnationale Steuern häufig nicht berücksichtigt;



Steuervergünstigungen in Deutschland

- 30. Subventionsbericht (zweijährig): 107 Steuervergünstigungen mit Gesamtvolumen von 18 Mrd. EUR im Jahr 2024 (0,4% BIP und 4,9% der Bundessteuereinnahmen).
- Über die Hälfte der Steuervergünstigungen nach Anzahl und rund 80% nach Volumen wurden in den letzten 10 Jahren extern evaluiert, allerdings folgenlos.
- Rechnungshof sieht Einsparpotenzial von bis zu 30 Mrd. EUR und fordert mehr Transparenz sowie eine rigorosere Evaluierung von Steuervergünstigungen (April 2025).
- Zum Beispiel Erbschaftsteuerbefreiung für Unternehmensübertragungen (Ländersteuer) bleibt undokumentiert.



Steuervergünstigungen in der EU

- Entgangene Einnahmen von 0,4% des BIP in IE bis 14% in NL (aber Probleme der Aggregation und Vergleichbarkeit).
- Einige Länder unterhalten eine sehr hohe Anzahl an Vergünstigungen was Steuerkomplexität erhöht (e.g. EL über 1.000, PT über 700, FR und PL über 400).
- Berichterstattungspraxis unterscheidet sich erheblich. Detaillierungsgrad variiert stark. Einige Länder schließen umfangreiche Vergünstigungen gänzlich aus ihrer Berichterstattung aus (MwSt in IT).
- Keine systematische Überprüfung von Steuerausgaben. Nur wenige Mitgliedstaaten (z.B. NL, AT) verfügen über gesetzliche Vorgaben zur regelmäßigen Überprüfung.



Schlussfolgerungen und Diskussion

- Vermögenssteuern
 - Viele unterschiedliche Instrumente existieren, aber Steuereinnahmen sind relativ begrenzt
 - Konkrete Ausgestaltung ist essenziell für Wirksamkeit
- Steuerlücken
 - Es gibt große Steuerlücken (und große Unterschiede)
 - Compliance: Digitalisierung bietet weitere Potenziale
 - Vergünstigungen: Berichterstattung und Evaluierung wichtig



Thank you!

Questions?



© European Union 2025

Unless otherwise noted the reuse of this presentation is authorised under the [CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) license. For any use or reproduction of elements that are not owned by the EU, permission may need to be sought directly from the respective right holders.



Steuerausfälle durch Steuervergünstigungen – Überblick (long)

- Steuervergünstigungen wie Befreiungen, ermäßigte Sätze, Steuergutschriften und Abzüge sind eine indirekte Form staatlicher Ausgaben, die über das Steuersystem umgesetzt werden (daher auch Steuerausgaben).
- Sie können eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit spielen (z.B. F&E-Anreize, Förderung sauberer Technologien),
- Steuervergünstigungen können mit erheblichen Zielkonflikten verbunden sein: Zunahme der Steuerkomplexität, höhere Compliance-Kosten, möglicherweise Verletzung horizontaler und vertikaler Steuergerechtigkeit.



Steuerausfälle durch Steuervergünstigungen – Transparenz (long)

- Staatliche Politik- und Förderprogramme werden in der Regel durch das Budget finanziert. Steuervergünstigungen werden in der Regel nicht im Budget verzeichnet und entziehen sich daher zunächst demokratischer Aufsicht.
- Das EU Rahmenwerk für fiskalische Steuerung (fiscal governance framework) sieht umfassende Berichterstattung über Steuervergünstigungen und deren fiskalische Implikationen vor ([Art. 14,2](#): “Member States shall publish detailed information on the impact of tax expenditure on revenues.”). Es besteht jedoch keine Einigung darüber welche detaillierten Informationen
- Messprobleme: der Wert der Steuervergünstigung entspricht den entgangenen Steuereinnahmen aber diese müssen gegen einen hypothetischen Vergleichsfall ermittelt werden.
- Vergleichbarkeit der Steuerausfälle über Länder und über die Zeit problematisch da Änderungen bei den Steuervergünstigungen oder im Vergleichsrahmen die Ursache sein können.



Steuervergünstigungen in Deutschland

(long)

Deutschland berichtet über seine Steuerausgaben im zweijährlichen Subventionsbericht, der sowohl direkte Subventionen als auch Steuervergünstigungen umfasst. Der jüngste (30.) Bericht listet 107 Steuervergünstigungen mit einem Gesamtvolumen von 18 Milliarden EUR auf Bundesebene im Jahr 2024 auf, was 0,4% des BIP und 4,9% der Bundessteuereinnahmen entspricht. Dieses Volumen ist nominell stabil geblieben und soll bis 2026 im Verhältnis zu den Steuereinnahmen leicht sinken.

Ein erheblicher Anteil dieser Regelungen wurde überprüft — mehr als die Hälfte nach Anzahl und rund 80% nach Volumen — häufig durch externe Forschungsinstitute und nicht intern durch das Bundesfinanzministerium. Bestimmte Maßnahmen wie die Forschungszulage unterliegen einer verpflichtenden Wirkungsevaluierung, und der Bundesrechnungshof führt anlassbezogene Prüfungen durch.

Im April 2025 bezifferte der Rechnungshof das Einsparpotenzial auf bis zu 30 Milliarden EUR durch besseres Management oder Abbau von Steuervergünstigungen und forderte mehr Transparenz sowie eine rigorosere Evaluierung.

Ein besonders bemerkenswerter Bereich ist die Erbschaftsteuerbefreiung für Unternehmensübertragungen. Unternehmen mit einem Wert von über 26 Millionen EUR können vollständig von der Erbschaftsteuer befreit werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind (Fortführung des Betriebs und Erhalt der Arbeitsplätze für mindestens sieben Jahre, nachgewiesene Unfähigkeit zur Steuerzahlung ohne Veräußerung von Betriebsvermögen). Zwischen 2021 und 2023 wurden 60 solcher Fälle gemeldet, die Vermögensübertragungen von 12,7 Milliarden EUR betrafen. Von den zunächst veranlagten 4,4 Milliarden EUR Erbschaftsteuer wurden 4,0 Milliarden EUR anschließend erlassen.



Steuervergünstigungen in der EU (long)

- Entgangene Einnahmen reichen von 0,4% des BIP in Irland bis 14% in den Niederlanden (aber Problem der Aggregation und Vergleichbarkeit).
- Einige Länder unterhalten eine sehr hohe Anzahl an Vergünstigungen — EL über 1.000, PT über 700, FR sowie PL über 400 — was Steuerkomplexität erhöht.
- Die Berichterstattungspraxis unterscheidet sich erheblich. Zwar nehmen die meisten Mitgliedstaaten inzwischen Informationen zu Steuerausgaben in ihre Haushaltsunterlagen auf (wie von der EU-Haushaltsrahmenrichtlinie verlangt), doch der Detaillierungsgrad variiert stark. Einige Länder schließen umfangreiche Vergünstigungen gänzlich aus ihrer Berichterstattung aus — beispielsweise stuft Italien ermäßigte MwSt-Sätze nicht als Steuerausgaben ein, da sie Teil der ursprünglichen Gesetzgebung sind.
- Nur wenige Mitgliedstaaten (insbesondere die NL und AT) verfügen über gesetzliche Vorgaben zur regelmäßigen Überprüfung von Steuerausgaben. Den meisten Ländern fehlen systematische Verfahren zur Bewertung, ob ihre Steuervergünstigungen weiterhin wirksam, zielgenau und kosteneffizient sind. Selbst dort, wo Überprüfungen stattfinden, werden die festgestellten Probleme nicht konsequent angegangen.

